

Die Flug-Bomben

Tod und Zerstörung am 11. September 2001 in den USA Das Entsetzen, die Trauer, die Heuchelei und das „Bomben-Geschäft“

von
Tristan Abromeit

1. November 2001

Teil 3: Anhang Dokumentation Abteilung I

Anmerkung: Die Texte, die ich auf den nächsten Seiten wiedergebe, sind mir während der Ausarbeitung meines eigenen Textes in die Hände gekommen. Ich wollte sie - teils des Umfangs wegen, teils wegen der Gedankenführung - nicht wie andere Zitate in meinem Haupttext einbauen, fand sie aber wichtig genug, sie weiter zureichen. Die Inhalte der Texte in diesem Anhang stehen für sich und bedürfen keiner Erläuterung. Direkte Verweise aus dem Haupttext heraus habe ich nur hier und dort angebracht, von dem Anhang zum Haupttext hin fehlt jeder Verweis. Aber wer den Haupttext und die Dokumentation insgesamt liest, wird die Zusammenhänge zwischen Haupttext und Anhang erkennen. Es fehlt auch ein Namensregister, wenn die Arbeit auf ein größeres Interesse stößt, muß das später erstellt und eingefügt werden.

Die Reihenfolge der Wiedergegebenen Texte und Anmerkungen sind keine Rangfolge, sondern durch den Arbeitsablauf bedingt.

Für die Inhalte der Internetseiten, auf die direkt und indirekt verwiesen wird, kann ich natürlich keine Haftung übernehmen.

Tristan Abromeit

<u>Inhalt:</u>	<u>Seite</u>
Internet-Adressen zum Thema Marktwirtschaft ohne Kapitalismus	3
Die Rede von US-Präsident Bush.....	5
Bin Laden ruft "Heiligen Krieg" aus.....	7
«Prahlerischer Imperialismus».....	8
Nobelpreisträger zu Terror und Vergeltung, Monitor vom 27. 9. 01	8
Der Preis der Lüge - oder: Die Schatten der Geschichte von Gabriele Gillen	10
Beschluss zu den Attentaten in den USA, Bündnisgrüne, 14. 9. 01	13
Interview mit Uri Avnery zur aktuellen Situation in Israel / Palästina.....	15
Texte von Uri Avnery aus Mein Freund der Feind	22
VORSCHLÄGE FUER KONFOEDERATION, Abileah, 1973	26
GESELLSCHAFT FUER NAH-OST KONFOEDERATION, Rundbrief	28
FDP-Rüge für Möllemann, edp / HAZ vom 10.10.01	30

Einmischung erwünscht: Für eine Zivilisierung des israelisch-palästinensischen Konflikts, Friedenspolitischer Ratschlag	31
„Die Dschihad-Falle“, nur ein Hinweis.....	35
Kurztext zur Gründungszeit der Grünen und zu Hartmut Gründler von G. Otto	36
Abstimmungen zur NATO-Erweiterung, Fax von T.A. Vom 25. 3. 98	37
Bündnis 90 - Die GRÜNEN: Ist der Absturz in der Werteskala vom politischen Hoffnungsträger zum politischen Abschaum noch zu stoppen? - Es ist unfruchtbar, nur über ein Pro oder Kontra der Bombardierung abzustimmen von T.A. 5/99	39
Bürger-Reaktionen,	40
Eiserner Kehraus wirklich erwünscht?, Steffen Brosig.....	40
Effizienter Schlag, Immo de Veer	41
Anmaßend, Achim Raths	42
Hohe Meinung, Prof. Horst Exner	42
Mit Augenmaß, Christopher Bodirsky	43
Christen und Muslime trennen Welten, Hildegard Mesering	43
Warnung wichtig, Georg Weil	44
Andere Opfer übersehen?, Johannes E.C. Bönker	44
Bedauerlich, Harald Herbst	45
Viel erreicht, Dieter Aneus Uden	45
Mutig, Ina Baumann	45
Dialog muss erfolglos bleiben, Peter Bensch	46
Schuld auf uns geladen, Jürgen Ellinghaus	46
Ein Zeichen setzen, Ursula Chutsch	46
Falscher Weg, Joachim Fischer	47
Protestbrief an Fischer, Frei Altenarbeit e.V. / Zeitzeugenprojekt	47
Offener Brief von Franz Vogler an Bundeskanzler G. Schröder	49
Heikle Geschäfte im Namen Allahs, von Hermann Pfeiffer	52
Zinsverbot im Koran.....	53
Anmerkungen von T.A. Zu Pfeiffer	53
Künstler melden sich vermehrt zu Wort, HAZ/ap	54
Künstler kritisieren Otto Schily / Das ist Feigheit“	
Saddam nennt Angriffe „Akt des Terrorismus“	55
Das Boden(un)recht - Beiträge zur Förderung der Menschenrechte, des Friedens und der Freiheit von T. A., 10/2000, Auszug / Projektbeschreibung	56
Anzeigen aus der <i>Zeitung für Nächstenliebe</i>	64
Zusammenstoß der Hegemonialinteressen von Gerhard Margreiter.....	66

Internet-Adressen zum Thema Marktwirtschaft ohne Kapitalismus

übernommen von <http://www.generation-golf.de/geldreform/hapt.htm> / Stand 6.10. 2001

www.INWO.de

Bundesweiter Verein, der sich mit der Geld- und Bodenproblematik befaßt

www.r-evolution.de

unentgeltliches + und sehr informatives Papiermedium der INWO

www.INWO.Org

Internationale Vereinigung für Natürliche Wirtschaftsordnung
www.Geldreform.de
umfangreiche Materialsammlung
www.Systemfehler.de
die antikapitalistische und antikommunistische Seite
www.Sff0.de
Seminar für freiheitliche Ordnung
www.Freigeld.de
der Neuro als regionale Substitutionswährung
www.Freiwirtschaft.de
der Weg zu einer wirklich sozialen Marktwirtschaft
www.CGW.de
Christen für Gerechte Wirtschaftsordnung
www.NWO.de
Natürliche Wirtschaftsordnung
www.Tauschring.de
Tauschring-Archiv Berlin-Kreuzberg
www.H.-J.Werner.de
Verschiedenes zur Freiwirtschaft
www.MagritKennedy.de
Professorin Margrit Kennedy, Universität Hannover
www.Erlajahr2000.de
Kampagne für die Entschuldung der Dritten Welt
www.BibliothekderFreien.de
anarchistische Bibliothek im Haus der Demokratie in Berlin
www.Equilibrismus.de
sozioökologisches Wirtschaftskonzept
www.monetary-reform.on.ca
Geldreform in Kanada
www.Sozialoekonomie.de
Zeitschrift für Sozialökonomie
www.Humanwirtschaftspartei.de
Diese Partei, ehem. FSU, setzt sich seit langem für die Freiwirtschaft ein.
www.ATTAC.de
Netzwerk für eine demokratische Kontrolle der internationalen Finanzmärkte
www.mehr-demokratie.de
Der Verein setzt sich für mehr basisdemokratische Elemente in der deutschen Politik ein.
www.BING.de
Berliner Initiative Neutrales Geld

Ergänzung: www.utespero.com
Forum für libertäre Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung

Yahoo! Schlagzeilen / <http://de.news.yahoo.com>

Freitag 21. September 2001, 07:55 Uhr

Die Rede von US-Präsident Bush

Washington (dpa) - In seiner Ansprache vor dem Kongress sagte US-Präsident George W. Bush in der Nacht zum Freitag nach einer dpa-Übersetzung unter anderem:

«Normalerweise kommen Präsidenten in diese Kammer, um über die Lage der Nation zu berichten. Heute Nacht ist ein solcher Bericht nicht nötig. Er wurde bereits vom amerikanischen Volk abgeliefert.

Wir haben den Mut von Passagieren gesehen, die Terroristen überwältigten, um andere auf der Erde zu retten, Passagiere wie ein außergewöhnlicher Mann namens Todd Beamer...

Wir sind ein Land, das durch die Gefahr wachgerüttelt wurde und aufgerufen ist, die Freiheit zu verteidigen. Unsere Trauer hat sich in Wut verwandelt, und Wut in Entschlossenheit. Ob wir unsere Feinde der Gerechtigkeit ausliefern oder ob wir Gerechtigkeit zu ihnen tragen, es wird Gerechtigkeit geben.

Und im Namen des amerikanischen Volkes danke ich der Welt für ihre große Unterstützung. Amerika wird niemals die Klänge unserer Nationalhymne am Buckingham Palace (in London) vergessen, auf den Straßen von Paris und am Brandenburger Tor in Berlin...

Wir werden auch nicht die Bürger von 80 Nationen vergessen, die mit unseren eigenen starben. Dutzende Pakistanis. Mehr als 130 Israelis. Mehr als 250 Bürger Indiens. Männer und Frauen aus El Salvador, Iran, Mexiko und Japan und hunderte britischer Staatsbürger. Amerika hat keinen wahrhaftigeren Freund als Großbritannien. Wieder einmal sind wir in einer großen Aufgabe vereint...

Amerikaner kennen Kriegsoffer, aber nicht im Zentrum einer großartigen Stadt an einem friedlichen Morgen. Amerikaner haben Überraschungsangriffe erlebt, aber niemals zuvor auf tausende Zivilisten. All dies brach über uns an einem einzigen Tag herein, und die Nacht senkte sich auf eine veränderte Welt, eine Welt, in der die Freiheit selbst angegriffen wird.

Die Vereinigten Staaten achten das afghanische Volk. Schließlich sind wir sein größter Geber humanitärer Hilfe. Aber wir verurteilen das Taliban-Regime.

Es unterdrückt nicht nur sein eigenes Volk. Es bedroht Menschen überall, indem es Terroristen unterstützt, ihnen Schutz gewährt und ihnen Nachschub liefert. Durch die Unterstützung und die Förderung von Mord wird das Taliban-Regime selbst zum Mörder. Und heute Nacht fordern die Vereinten Staaten von Amerika Folgendes von den Taliban:

Liefere Sie den Behörden der Vereinigten Staaten alle Führer von Al Qaida aus, die sich in Ihrem Land verstecken. Lassen Sie alle Ausländer frei, einschließlich amerikanischer Staatsbürger, die Sie ungerechterweise eingesperrt haben. Schützen Sie ausländische Journalisten, Diplomaten und Helfer in Ihrem Land. Schließen Sie sofort

und für immer jedes Ausbildungslager für Terroristen in Afghanistan, und liefern Sie jeden Terroristen und jede Person in deren Umfeld den zuständigen Behörden aus. Diese Forderungen sind nicht verhandelbar oder diskutierbar. Die Taliban müssen handeln, und zwar sofort handeln. Sie werden die Terroristen ausliefern oder ihr Schicksal teilen.

Ich will heute Nacht auch direkt zu den Moslems in der ganzen Welt sprechen. Wir achten Ihren Glauben. Er wird frei von vielen Millionen Amerikanern praktiziert und von vielen weiteren Millionen in Ländern, die Amerika zu seinen Freunden zählt. Seine Lehren sind gut und friedlich, und diejenigen, die Böses im Namen Allahs begehen, schänden den Namen Allahs. Die Terroristen sind Verräter an ihrem eigenen Glauben, ja, sie versuchen gar den Islam selbst zu entrühen. Der Feind der Amerikaner sind nicht unsere vielen moslemischen Freunde, nicht unsere zahlreichen arabischen Freunde. Unser Feind ist ein radikales Netzwerk von Terroristen und jede Regierung, die sie unterstützt.

Sie folgen dem Weg des Faschismus, des Nationalsozialismus und Totalitarismus. Und sie werden den Weg bis zu Ende gehen: Ins unbekannte Grab der Geschichte überkommener Lügen.

Wir werden jedes Mittel in unserer Macht einsetzen - jedes Mittel der Diplomatie, jede Möglichkeit der Geheimdienste, jedes Instrument der Strafverfolgung, jeden finanziellen Einfluss und jede notwendige Waffe des Krieges -, um das globale Netzwerk des Terrors zu zerstören und zu besiegen.

Unsere Antwort beinhaltet mehr als einen sofortigen Gegenschlag und einzelne Angriffe. Amerikaner sollten nicht eine einzige Schlacht erwarten, sondern einen langen Feldzug, wie wir ihn bisher noch nicht erlebt haben...

Jede Nation, in jeder Region, muss sich nun entscheiden: Entweder sind Sie mit uns oder mit den Terroristen. Von diesem Tag an werden die Vereinigten Staaten jede Nation, die weiterhin Terroristen beherbergt oder unterstützt, als feindliches Regime betrachten.

Unser Land wurde wach gerüttelt: Wir sind gegen Angriffe nicht immun... Daher verkünde ich heute die Einrichtung einer Institution mit Kabinettsrang, die mir direkt untersteht - das Amt für Heimatschutz...

Das ist allerdings nicht nur Amerikas Kampf. Und nicht nur Amerikas Freiheit steht auf dem Spiel. Das ist der Kampf der Welt. Das ist der Kampf der Zivilisation. Das ist der Kampf aller, die an Fortschritt und Pluralismus glauben, an Toleranz und Freiheit... Die zivilisierte Welt schließt sich Amerika an. Sie versteht, dass wenn der Terror unbestraft davon kommt, ihre eigenen Städte, ihre eigenen Bürger als nächste an der Reihe sein könnten...

Amerikaner fragen: Was wird von uns erwartet? Ich bitte Sie, Ihr Leben zu leben und Ihre Kinder zu umarmen. Ich weiß, dass viele Bürger heute Nacht Angst haben. Und ich bitte Sie, ruhig und entschlossen zu sein, selbst angesichts einer anhaltenden

Bedrohung...

Einige sprechen von einem Zeitalter des Terrors. Ich weiß, es liegen Schwierigkeiten vor uns, und wir müssen Gefahren entgegensehen... Solange die Vereinigten Staaten von Amerika entschlossen und stark sind, wird dies kein Zeitalter des Terrors sein. Dies wird ein Zeitalter der Freiheit sein, hier und überall auf der Welt.»

0000000

T-Online - Nachrichten - Politik - Bin Laden - 8. 10. 01

Auftritt mit vorbereiteter Erklärung

Bin Laden ruft "Heiligen Krieg" aus

Kurz nach den US-Angriffen auf Ziele in Afghanistan strahlte der Fernsehsender El Dschasira des Golfemirats Katar am Sonntag ein Video mit einer offenbar vorbereiteten Erklärung des mutmaßlichen Terroristenführers Osama bin Laden aus. Es war nicht klar, wann der Film aufgenommen wurde. Die Erklärung bezieht sich auf die Anschläge vom 11. September, aber nicht konkret auf die Angriffe vom Sonntag. Die Nachrichtenagentur AP dokumentiert den Wortlaut der Erklärung in einer inoffiziellen Übersetzung:

"Ich bezeuge, dass es keinen Gott außer Allah gibt, und Mohammed ist sein Prophet. Da ist Amerika, von Gott getroffen an einer seiner empfindlichsten Stellen. Seine größten Gebäude wurden zerstört, Gott sei Dank dafür. Da ist Amerika, voll Angst von Norden nach Süden, von Westen nach Osten. Gott sei Dank dafür.

Was Amerika jetzt erfährt, ist unbedeutend im Vergleich zu dem, was wir seit etlichen Jahren erfahren. Unsere Gemeinschaft erfährt diese Erniedrigung und diese Entwürdigung seit mehr als 80 Jahren. Ihre Söhne werden getötet, ihr Blut wird vergossen, ihre Heiligtümer werden angegriffen, und niemand hört es und niemand nimmt Notiz.

Als Gott eine der Gruppen des Islams segnete, Speerspitzen des Islams, zerstörten sie Amerika. Ich bete zu Gott, dass er sie erhöhen und segnen möge. Während ich spreche, werden Millionen unschuldiger Kinder getötet. Sie werden in Irak getötet, ohne Sünden zu begehen, und wir hören keine Verurteilungen oder eine Fatwa von der Führung. Dieser Tage suchen israelische Panzer Palästina heim - in Dschenin, Ramallah, Rafah, Beit Dschalla und an anderen Orten im Land des Islams, und wir hören niemanden, der seine Stimme erhebt oder sich einen Schritt bewegt.

Wenn das Schwert niedergeht, nach 80 Jahren, richtet die Heuchelei ihr hässliches Haupt auf. Sie trauern und sie klagen um diese Mörder, die das Blut, die Ehre und die Heiligtümer der Moslems missbraucht haben. Das geringste, was man über diese Leute sagen kann, ist, dass sie verderbt sind. Sie sind der Ungerechtigkeit gefolgt. Sie haben dem Schlachter den Vorzug vor dem Opfer gegeben, dem Unterdrücker vor dem unschuldigen Kind. Möge Gott ihnen seinen Zorn zeigen und ihnen geben, was sie verdienen.

Ooooooooo

Yahoo! Schlagzeilen / Kurzberichte / Donnerstag 20. September 2001, 13:25 Uhr

«Prahlerischer Imperialismus» laut EU-Kommissar Terror-Nährboden

Kopenhagen (dpa) - EU-Kommissar Poul Nielson hat nach den Terroranschlägen der letzten Woche von den USA und der EU eine Beendigung ihres «prahlerischen Normen-Imperialismus» verlangt. Es stehe außer Zweifel, dass prahlerisches Gebaren eine Ursache für die Frustration und den Hass gegenüber der USA sei, der den Nährboden für Terrorismus liefere. Das sagte der Däne der Kopenhagener Zeitung «Politiken».

OOOOOOO

MONITOR Nr. 481 am 27.09.2001

www.monitor.de

Nobelpreisträger zu Terror und Vergeltung

Bericht: Claudia Passow, Lioba Werrelmann

Klaus Bednarz: "Zu den Stimmen, die in den vergangenen Tagen immer nachhaltiger vor einer Eskalation der Gewalt warnen, gehören auch zahlreiche Friedens- und Literaturnobelpreisträger - wie Bischof Tutu aus Südafrika, Rigoberta Menchu aus Guatemala und der portugiesische Literaturnobelpreisträger José Saramago. Sie - wie viele andere - fordern vor allem, die Ursachen des Terrorismus zu bekämpfen, und dass der Westen mehr Verantwortung für unterentwickelte und arme Länder übernehmen soll. Stimmen von Friedens- und anderen Nobelpreisträgern, zusammengetragen von Claudia Passow und Lioba Werrelmann."

Günter Grass. Der deutsche Literaturnobelpreisträger von 1999. Er kritisiert vor allem, dass auch bei uns allzu schnell von "Vergeltung" gesprochen werde.

Günter Grass, Literaturnobelpreisträger: "Es ist auch wieder ein völlig undifferenzierter Begriff. Zu solchen Wortungeheuern kommt man, wenn man nicht bereit ist, nach der Verurteilung des schrecklichen Anschlages sich anschließend zu fragen: Wie konnte es dazu kommen? Welche Verantwortung haben wir womöglich? - als Frage - oder Mitverantwortung haben wir womöglich, was dieses Verbrechen angeht? Wie konnte dieser Hass sich so steigern? Wie konnte er so seinen Ausdruck finden?"

Weltweit warnen Nobelpreisträger vor einem Krieg in Afghanistan. Wie der Südafrikaner Bischof Desmond Tutu, der für seinen Kampf gegen die Apartheid den Friedensnobelpreis bekam.

Desmond Tutu, Friedensnobelpreisträger: "Unsere Angst ist, wenn man einen Schlag gegen Af

ghanistan führt und dadurch das Land in Schutt und Asche legt, dass mit absoluter Sicherheit für einen solchen Krieg eines Tages wieder Rache geübt wird. Wir in Südafrika haben es der Welt gezeigt, dass man durch Verhandlungen die Gewaltspirale brechen kann, die Spirale der Rache und der Vergeltungsmaßnahmen."

Die Südafrikanerin Nadine Gordimer wurde 1991 mit dem Literaturnobelpreis ausgezeichnet. In ihren Büchern prangerte sie die Unmenschlichkeit des Apartheidregimes an.

Nadine Gordimer, Literaturnobelpreisträgerin: "Krieg schafft nur noch mehr Probleme, neue Grenzen, neue Völkerwanderungen. Die Terror-Anschläge sind durch nichts zu rechtfertigen. Aber mit Krieg darauf zu antworten halte ich für eine Ironie der Geschichte, denn nichts kommt aus heiterem Himmel. Es bedarf sehr viel Ärgers und zwar begründeten Ärgers über die amerikanische Außenpolitik. Und, es ist auch eine Ironie der Geschichte, dass die USA Bin Laden früher unterstützt hat, als es darum ging, die Russen aus Afghanistan zu vertreiben."

In Portugal kämpfte der Schriftsteller José Saramago jahrelang gegen die Diktatur. 1998 erhielt er den Nobelpreis für Literatur.

José Saramago, Literaturnobelpreisträger: "Es gibt für einen Krieg gegen Afghanistan keinen Grund. Oder, besser gesagt, der Grund, den man als Beweis anführt, ist ein Grund, der nur indirekt mit diesem Land zu tun hat: die Existenz eines Terroristen, Osama Bin Ladens. Dass man den internationalen Terrorismus bekämpfen muss, ist klar. Man muss ihn mit dem Gesetz und nicht mit einem anderen Terrorismus bekämpfen, dem Staatsterrorismus, den man jetzt offenbar duldet."

Der ehemalige Präsident Costa Ricas, Oscar Arias Sanchez, bekam 1987 den Friedensnobelpreis. Er wurde für die Ausarbeitung eines Friedensplanes für Mittelamerika ausgezeichnet.

Oscar Arias Sanchez, Friedensnobelpreisträger: "Die Regierungen, die soviel Geld haben wie die europäischen Länder, wie die USA, sollten im Hinblick auf den Terrorismus mehr Verantwortung für die Länder zeigen, die es noch nicht geschafft haben, die Unterentwicklung und die Armut zu besiegen."

In Guatemala kämpfte Rigoberta Menchu für die Rechte der Indios. Dafür erhielt sie 1992 den Friedensnobelpreis.

Rigoberta Menchu: "Ich appelliere an die Menschheit, ihren Verstand zu nutzen, ihre Vernunft, die Zivilisation, von der wir sprechen. Und das darf nicht eine Zivilisation sein, die auf Rache basiert, sondern es muss eine Zivilisation sein, die auf Dialog und auf Respekt basiert."

Klaus Bednarz: "Der nächste Friedensnobelpreisträger übrigens könnte George W. Bush heißen. Norwegische Professoren und Intellektuelle nämlich haben ihn in diesen Tagen dem Nobelpreis-Komitee vorgeschlagen. Allerdings haben sie ihren Vorschlag an eine Bedingung geknüpft: 'Wenn die USA 'Krieg' als Antwort auf die Terroranschläge vermeiden.'"

oooooooo

Gabriele Gillen

Der Preis der Lüge - oder: Die Schatten der Geschichte

Ein Essay für WDR 5 - Neugier genügt

Sendedatum: 14. September 2001

Redaktion: Rainer Marquardt

Beginnen wir mit einem einfachen Gedanken:

Ein Verbrechen gegen ein menschliches Wesen steht einem anderen Verbrechen gegen ein menschliches Wesen in nichts nach. Ein Mensch ist so viel wert wie ein anderer. Denn: "Alle Menschen sind gleich geschaffen", so steht es auch in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776, und die Vereinten Nationen beginnen ihre "Allgemeine Erklärung der Menschenrechte", die nun schon älter als 50 Jahre ist, mit der feierlichen Formulierung von der "Anerkennung der allen Mitgliedern der menschlichen Familie innewohnenden Würde und ihrer gleichen und unveräußerlichen Rechte" - eine Anerkennung, die die Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden bilde.

Schauen wir uns um auf der Welt: Nein, die Menschen sind nicht gleich. Gleich geboren, aber nicht gleich ernährt; gleichermaßen würdig, aber nicht gleichermaßen geschützt; gleichberechtigt, aber nicht gleich behandelt.... Wer hungert, wird eben nicht satt. Wer zwischen Folterkellern lebt, lebt in der täglichen Angst um seine Haut. Wer verfolgt wird, kann sich kein Wohnzimmer einrichten. Wer keine Macht hat, ist ohnmächtig. Und wer sich verachtet fühlt, lernt den Hass.

Alle Menschen sind gleich.

Aber erleben wir ein Massaker an Afrikanern oder Arabern als die gleiche Katastrophe wie ein Massaker an Europäern oder US-Amerikanern? Ist es nicht so, dass wir dort in Afrika oder im Nahen Osten den rohen Umgang miteinander beinahe für normal halten? Doch würden wir es verstehen, wenn ein Afrikaner oder ein Palästinenser ein Blutbad in Europa oder in den USA schlicht für das selbstverständliche Produkt einer Zivilisation hielte, die Auschwitz oder Hiroshima hervorgebracht hat?

Der Umfang und die Heftigkeit der Anschläge gegen die USA mögen überraschend gewesen sein, doch überrascht es auch, dass die USA in diesen Zeiten das Opfer von gewalttätigen Attacken wird? MUSS es uns wundem, dass in den durch Kriege und Armut und Umweltzerstörung verwüsteten Teilen der Erde nach einfachen Lösungen gerufen wird, nach Rache? Wollen wir nicht begreifen, dass der Terror nicht nur eine bösertige, sondern auch eine verzweifelte Antwort auf die Aufteilung der Welt in Arm und Reich, in Sklaven und Herrscher ist?

Alle Menschen sind gleich.

Doch die Geschichte der Eroberung Amerikas ist bis heute eine lange blutige Geschichte über die Missachtung von Menschenrechten und den Missbrauch von Macht: Die Ausrottung der Indianer, die Unterdrückung der Schwarzen, Hiroshima und Vietnam, Chile und der Nahe Osten, die Verweigerung von Schuldenerlassen oder Umweltauflagen. Überall auf der Welt leben Menschen in einer Situation der permanenten Demütigung und des ökonomischen Desasters. Und überall mischen die USA mit - selbstlegitimiert durch die vermeintliche

Verteidigung der Freiheit, aber in Wahrheit immer auf der Seite des Geldes und besessen von der Durchsetzung des eigenen Werte- und Wirtschaftssystems. Die Verbrechen der Macht stehen in nichts den Verbrechen der Ohnmacht nach.

Worum weinen wir in diesen Tagen? Für wen oder was legen wir Gedenkminuten ein, feiern wir Trauergottesdienste, sagen wir Gartenpartys, Sportveranstaltungen und Haushaltsdebatten ab? Warum unterbrechen wir Wahlkämpfe und warum legen wir gedämpfte Musik auf die Plattenteller der Rundfunkanstalten? Trauen wir tatsächlich um die Toten in den USA? Doch wann haben wir je in dieser Form auf die Bombardierungen von kurdischen Dörfern, auf das Massensterben im hungernden Afrika, auf die Erschießung von palästinensischen Kindern reagiert? Auf das Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens, auf das Gemetzel der Taliban in Afghanistan, auf die durch Selbstmordattentäter zerfetzten Menschen in Jerusalem? Oder auf den Völkermord in Ruanda 1994, bei dem eine Million Frauen, Männer und Kinder ermordet wurden. Die gerade jetzt so viel beschworene Menschenverachtung erleben wir schließlich Tag für Tag. Was erschüttert uns also so in diesen Tagen? Die Ahnung, dass die Spirale aus Gewalt und Gegengewalt immer seltener vor den Türen der "Ersten Welt" halt machen wird? Das plötzliche Wissen um die Zerbrechlichkeit unserer mit Beton und Konsum und Seifenopem von Elend und realer Verzweiflung abgeschirmten Welt? Oder erschüttert uns vielleicht auch die Erkenntnis, dass unsere sogenannte Zivilisation auf einer Lüge aufgebaut ist; dass wir unsere Hände nicht länger in Unschuld waschen können; dass das World Trade Center und das Pentagon nicht nur für Tausende von unschuldigen Opfern, sondern auch für Tausende von Tätern stehen, die Kriege inszenieren, Waffen verkaufen und Hungersnöte in Kauf nehmen, wenn es den Börsenkursen dient? Die terroristischen Anschläge in den USA ein Menetekel, eine Unheil kündende Prophezeiung?

Doch wem oder was sagt die mit Flammen und Rauchzeichen in den Himmel geschriebene Geisterschrift dieses Mal ihren Untergang voraus? Der letzten Großmacht USA oder der zügellosen Gewalt des Geldes? Was können wir erkennen im globalen Nebel zu Beginn des 3. Jahrtausends? Trotz der pausenlosen Wiederholung dieser Floskel in den vergangenen Tagen - es stimmt nicht, dass sich die Welt durch den Zusammenbruch des World Trade Centers verändert hat. Verändert hat sich die Silhouette von New York. Ansonsten ist die Welt die gleiche geblieben.

Überall Probleme, für die niemand eine Lösung hat oder auch nur zu haben vorgibt. Die selben Kriege, der selbe Hunger, die selbe Hoffnungslosigkeit... Die dramatischen Anschläge in den USA verändern nichts, sie zeigen nur, dass immer ausgefeiltere Waffensysteme im Besitz der Nato oder anderer Staaten immer ausgefeiltere Terroraktionen bedingen. Die Kriegserklärung gegen die USA hat eine Vorgeschichte. Denn Terroraktionen dieser Art entstehen auf einem politischen, sozialen und ideologischen Nährboden, in einem Klima aus Hass und Intoleranz und Rassismus. Wenn Bundeskanzler Schröder nun von einer "Kriegserklärung an die gesamte zivilisierte Welt" spricht, schreibt er die Spaltung der Welt schon wieder fort. Wer nicht zu uns gehört, ist also unzivilisiert.

Nein, die Welt hat sich nicht verändert. Sie ist leider genau so wie zuvor. Meistens jedoch sterben die Menschen stiller und nicht so spektakulär.

Ich stehe, trotz aller Beschwörungen der Anständigen, nicht auf der Seite von Amerika und ich empfinde die grausamen Terroranschläge auch nicht als einen Anschlag auf mein moralisches Wertesystem. Ich halte die USA nicht für eine Demokratie und ihre Regierung nicht für eine Hüterin der Menschenrechte, nicht für moralisch legitimiert, moralische Urteile zu fällen. Aber ich traure um die Toten in New York und Washington - so wie um die zivilen

Opfer im Kosovo-Krieg oder die verbrannten Flüchtlinge in deutschen Asylbewerberheimen...

Wenn wir aber in Deutschland die Musterschüler im symbolischen Trauern mimen wollen, dann bin ich dafür, alle Sportveranstaltungen und Oktoberfeste und Messe-Galas abzusagen bis zu jenem Tag, an dem es Gerechtigkeit gibt auf der Welt. Und bis zur Einlösung der UNO-Erklärung zu den Menschenrechten plädiere ich auch für die dauerhafte Unterbrechung von inhaltsleeren Wahlkämpfen und für tägliche Gedenkminuten.

Ohne Gerechtigkeit keine Sicherheit. Nicht noch mehr Waffen, nicht noch mehr Sicherheitskontrollen, nicht noch mehr Mauern gegen die Armut und das Fremde machen die Welt und unser Leben sicherer, sondern sozialer und ökonomischer Ausgleich, der entschiedene und demokratische Kampf gegen die Verwüstungen des Kapitals, Toleranz und Kultur...

Auch wir hier in den Medien sind gefordert. Wir müssen die Täter und die Zusammenhänge beim Namen nennen: Wer profitiert von Massenentlassungen oder Hungersnöten, wer verweigert des Profites wegen welche Medikamente für Afrika, wer hat die Albaner in Mazedonien eigentlich bewaffnet - und wer die Gefolgsleute des Terroristen Bin Laden? Waren das nicht die Deutschen und die USA? Wir müssen uns der Propaganda und der freiwilligen Gedankengleichschaltung entziehen. Und schon jetzt unsere Stimmen gegen einen drohenden Krieg erheben. Und dagegen, dass die USA gemeinsam mit ihren Verbündeten hinter der Pose der Betroffenheit und auf der Suche nach Schuldigen gegen jeden vorgehen, der berechtigt gegen die politische Dominanz der USA kämpft.

Wie könnten wir besser der vielen Toten gedenken, der zahllosen Opfer von sinnloser Gewalt und gezieltem Terror, als mit dem gemeinsamen Bemühen darum, dass sich die Welt tatsächlich ändert?!

oooooooooooo

... direkt: Info für Aktive *Bündnis 90 / Die Grünen - Bundestagsfraktion*

14. September 2001
Nr. 19/2001

...direkt: extra

Beschluss der Bundestagsfraktion und des außerordentlichen Parteirats von Bündnis 90/Die Grünen, 13. September 2001 in Berlin

Beschluss zu den Attentaten in den USA

1. Die entsetzlichen Angriffe, die am 11.09.2001 auf die Vereinigten Staaten von Amerika verübt wurden, waren ein menschenverachtender Anschlag gegen die Werte einer offenen, zivilen Gesellschaft, für die wir eintreten. Diese Angriffe haben weltweit lähmendes Entsetzen, Trauer, Wut, große Sorge hervorgerufen, aber auch zu einer starken Welle der Solidarität mit den Opfern, ihren Angehörigen und dem ganzen amerikanischen Volk geführt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind Teil dieser Solidarität.

2. Wir unterstützen die Forderung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, dass die Verantwortlichen des Massenmordes, die Organisatoren wie die Sponsoren ausfindig gemacht und zur Rechenschaft gezogen werden. Wir unterstützen die Feststellung des Sicherheitsrates, dass Terrorakte als Bedrohung des internationalen Friedens bekämpft werden müssen.
3. Die Regierung der USA hat angekündigt, dass sie hart auf die terroristische Aggression reagieren will. Sie hat zum Beispiel davon gesprochen, den Terrorismus "mit Stumpf und Stil auszurotten". Das hat in breiten Teilen der deutschen wie der europäischen Öffentlichkeit der Sorge Nahrung gegeben, eine zu wenig besonnene Reaktion der USA könnte am Ende die Rechnung der Terroristen aufgehen lassen, die auf eine Eskalation der Gewalt setzen. Vor diesem Hintergrund unterstreichen wir das legitime Recht der USA zur Selbstverteidigung auf der Basis der Charta der Vereinten Nationen. Glaubwürdig ist rechtsstaatliche Demokratie aber nur, wenn sie bei der Ermittlung und Bestrafung der Täter ihre eigenen Prinzipien nicht verletzt. Das Völkerrecht deckt Rache nicht ab; eine davon geprägte Eskalationsstrategie lehnen wir ab. Jedes mögliche Vorgehen muss begleitet werden von einem politischen Konzept, das über den Tag hinausweist und ein Angebot enthält zur wirksamen Behandlung der Konflikte, aus denen sich die Gewalt speist. Wir fordern eine grundsätzliche Neuausrichtung der Sicherheitspolitik. Dabei muss im Vordergrund stehen, wie neuen globalen Bedrohungen durch Krisenprävention, durch zivile Konfliktbearbeitung, durch die Schaffung globaler Gerechtigkeit und die faire Lösung von Regionalkonflikten begegnet werden kann.
4. Die USA haben sich nach der nationalen Tragödie an den NATO-Rat gewandt mit dem Antrag nach Artikel 5 des Washingtoner Vertrages den Bündnisfall festzustellen. Der NATO-Rat hat am 12.09.2001 einstimmig für den Fall, dass die Ermittlungen zu den Terroranschlägen ergeben, dass diese von außerhalb der USA gesteuert wurden, die Anwendung des Artikel 5 des NATO-Vertrages festgestellt. Zum ersten Mal hat die NATO damit einem Mitglied formell Hilfe gegen einen bewaffneten Angriff zugesagt, militärische Hilfe gegebenenfalls eingeschlossen. Dem hat auch die Bundesregierung zugestimmt. Dies war eine sehr schwere Entscheidung. Aber: Angesichts der terroristischen Angriffe auf US-Bürgerinnen und Bürger können wir der Inanspruchnahme des Bündnisfalles nicht widersprechen.
5. Die Annahme des Bündnisfalles bedeutet nicht schon eine Entscheidung für die Teilnahme an militärischen Planungen oder Aktionen der USA. Die Annahme des Bündnisfalles hebt nicht die Verpflichtung der deutschen Seite auf, in eigener Verantwortung und unter Beachtung der verfassungsmäßigen Regeln wie insbesondere des Parlamentsvorbehaltes selbst zu entscheiden, welche Hilfe mit welchen Mitteln sie für notwendig hält, um die Sicherheit wiederherzustellen und aufrecht zu erhalten.
6. Die weltweite Betroffenheit, die durch die terroristische Gewalt ausgelöst wurde, hat plastisch deutlich gemacht, wie weit die Welt, in der wir leben, zu einer Welt zusammenwächst. Wir wenden uns entschieden gegen alle Versuche, diese Betroffenheit auszuschlachten, um mit Strategien der Abschottung, der nationalen Borniertheit und Fremdenfeindlichkeit autoritäre Politik zu betreiben. Zivile und offene Gesellschaften vertragen keinen Kampf der Kulturen. Sie beruhen auf der Vielfalt der Kulturen und der Religionen. Jedes Versäumnis im Dialog der Kulturen, vor allem mit de

islamischen, jedes Versäumnis bei der Verbesserung der Lebensbedingungen in jenen Ländern, die heute Brutstätten des Terrorismus sind, holt uns ein. Abschottung ist eine rückwärtsgewandte - Illusion. Wir stehen weiter zu unserer Vision einer Völkergemeinschaft weltoffener Demokratien. Dazu gehört nicht nur die Bereitschaft, zur Verteidigung einer weltoffenen Demokratie dem Terrorismus zu widerstehen. Es gehört auch dazu, ihm den politischen Boden zu entziehen durch Förderung von Menschenrechten, Demokratie, Toleranz und internationaler Gerechtigkeit. Dafür Treten BÜNDNIS / DIE GRÜNEN ein. (Abschrift T.A. 10/01)

oooooooo

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.
Hechingerstrasse 203 72072 Tübingen
Telefon: 07071/49154 Fax: 07071-49159
mailto:IMI@imi-online.de <http://www.imi-online.de/>

Interview mit Uri Avnery zur aktuellen Situation in Israel / Palästina

Das Interview mit Uri Avnery ist leicht gekürzt erschienen in "Wissenschaft und Frieden" (W&F) Nummer 2/2001, Seite 60 - 62. "Wissenschaft & Frieden" ist die führende interdisziplinäre Wissenschaftszeitschrift für Friedensforschung, Friedensbewegung und Friedenspolitik. Kontakt: "Wissenschaft und Frieden", Reuterstr. 44, 53113 Bonn. <http://www.iwif.de/> Hier können die Nummer 02/2001 von "Wissenschaft und Frieden" und frühere Hefte bestellt werden. Kontakt zu Tobias Pflüger über:

Informationsstelle
Militarisierung (IMI) e.V., Hechingerstrasse 203 72072 Tübingen
<http://www.imi-online.de/> Über ihn kann auch Kontakt zu Uri Avnery (uravnery@netvision.net.il) hergestellt werden. Das Interview mit Uri Avnery darf gerne nachgedruckt werden, wenn obiger Hinweis angebracht wird.

Ungekürzte Version, 19.442 Zeichen, es ist ebenfalls eine gekürzte Version mit 15.100 Zeichen verfügbar.

Uri Avnery ist israelischer Publizist und Friedenskämpfer, er wurde 1923 in Beckum / Westfalen geboren und ist 1933 nach Palästina ausgewandert. Der 77-jährige war mehrfach Mitglied der israelischen Knesset und gründete als Fortsetzung seiner - seit 1948 andauernden - Friedensarbeit gemeinsam mit anderen 1992 die Gruppe Gush-Shalom (Friedensblock).

Tobias Pflüger war vom 28.10. bis 11.11. in Israel und Palästina, dabei besuchte er neben vielen anderen politischen Gruppen auf der palästinensischen und israelischen Seite auch Gush-Shalom.

Das hier vorliegende Interview mit Uri Avnery führte Tobias Pflüger für "Wissenschaft und Frieden" am 28.02.2001.

Tobias Pflüger: Die Ministerpräsidentenwahlen in Israel am 06. Februar sind ja erwartungsgemäß ausgegangen. Ariel Scharon ist neu gewählter Ministerpräsident von Israel. Sie hatten sehr langefür die Abgabe von weissen Stimmzetteln geworben, weil Sie Ehud Barak wesentlich für das brutale Vorgehen der israelischen Militärs gegenüber Palästinensern verantwortlich gemacht haben. Ehud Barak hatte ja im Westen den Nimbus eines Friedensministerpräsidenten. Was ist das Resümee seiner zweijährigen Amtszeit?

Uri Avnery: Der Eindruck, dass Barak ein Friedensministerpräsident war, ist eine Legende. Barak hat die Siedlungen in den besetzten Gebieten mehr vorwärts getrieben als alle seine Vorgänger. Er hat überall in den besetzten Gebieten die Siedlungen erweitert, neue Landstrassen für die Siedler gebaut, Häuser demoliert, Bäume entwurzelt. Der Krieg gegen die Palästinenser ging unter Barak uneingeschränkt weiter. Die Aussage, er hätte den Palästinensern Zugeständnisse gemacht, die einen Frieden ermöglicht hätten, ist auch eine Legende, denn in den wichtigsten Punkten war Barak weit davon entfernt das zu tun, was nötig war, um einen Frieden zu ermöglichen. Er war nicht bereit, auf die israelische Souveränität auf den Tempelberg zu verzichten oder sie abzugeben, er war nicht bereit, irgendeinen Kompromiss zur Lösung der Flüchtlingsfrage zu machen, er wollte große Teile des Westjordanlandes nach Israel annectieren, alles das war weit davon entfernt, es irgend einem palästinensischen Führer zu ermöglichen, einen Kompromiss mit Israel zu schliessen.

Pflüger: Sie hatten kurz vor der Wahl doch noch dazu aufgerufen, Ehud Barak statt Ariel Scharon zu wählen, mit welcher Begründung?

Avnery: Die Begründung war, dass Scharon eine nationale Gefahr ist und im Vergleich zu Scharon alle anderen weniger schlimm sind und wenn ich wählen müsste zwischen einem sehr schlimmen Ministerpräsidenten und einem, der noch viel schlimmer ist, habe ich den schlimmen gewählt.

Pflüger: Was erwarten Sie von Scharon und wie denken Sie, wird sich die Situation insbesondere in Bezug auf die von Israel besetzten palästinensischen Gebiete entwickeln?

Avnery: Scharon ist ein Kriegsministerpräsident. Es ist ihm vollkommen unmöglich, einen Frieden mit den Palästinensern zu schliessen, weil er in allen praktischen Punkten das Gegenteil sagt, von dem was die Palästinenser verlangen. In diesem Augenblick ist er damit beschäftigt, seine Legitimität in den Augen der Welt herzustellen, indem er die zerrüttete und jämmerliche Arbeitspartei für einen billigen Preis kauft. Praktisch hat er Shimon Peres bestochen mit dem Amt des Aussenministers und die Arbeitspartei auch bestochen mit dem Amt des Verteidigungsministers, d.h. praktisch, dass die Arbeiterpartei Scharon ein Alibi gibt, in den 2 wichtigsten Sektoren des zukünftigen Krieges, nämlich Verteidigung und auswärtige Angelegenheiten. Alles was jetzt unter Scharon passieren wird, wird auf die "Konten" der Arbeitspartei geschrieben, denn die Eskalation in den besetzten Gebieten, die unabwendbar ist, wird von einem Arbeitspartei-Verteidigungsminister gemacht werden und die Kriegspolitik von Scharon wird von Shimon Peres unterschrieben werden. Das ist das Allerschlimmste, was

überhaupt noch passieren konnte.

Pflüger: Wieso macht Shimon Peres das mit?

Avnery: Aus reinem persönlichen Ehrgeiz. Shimon Peres ist 78 Jahre alt, er ist direkt krankhaft besessen von der Angst, seinen Posten zu verlieren und von der politischen Bühne zu verschwinden, und darum tut er, was andere vor ihm schon getan haben: Er verkauft seinen Nimbus in der Welt, seinen Friedensnobelpreis, um an der "Macht" zu sein, also einen jämmerlichen Anteil an der Macht zu haben.

Pflüger: Welche Position nehmen die verschiedenen Gruppen der israelischen Friedensbewegung zum Israel-Palästina-Konflikt ein?

Avnery: Die israelische Friedensbewegung ist jetzt in einem sehr sehr schwierigen Zustand. Ein großer Teil der Friedensbewegung ist schon unter Barak zertrümmert worden, durch ihre bedingungslose Unterstützung von Barak und seiner Kriegspolitik, besonders nach dem Ausbruch des Freiheitskrieges, Intifada genannt, ist ein großer Teil der sogenannten Friedensbewegung umgefallen. Nur der harte Kern der Friedensbewegung hat standgehalten und weiterhin seine konsequente Position vertreten und dieser harte Kern ist jetzt im Begriff, sich auf die neue Situation einzustellen und den Friedenskampf weiter zu führen, in einer Situation, die täglich schwerer wird. Wir sind jetzt in der israelischen Öffentlichkeit isoliert und auch wegen der Eskalation des palästinensischen Freiheitskampfes sind die Beziehungen mit den Palästinensern schwerer geworden, denn in einem Freiheitskampf will jedes Volk seine nationale Einheit bewahren und nationale Einheit auf der palästinensischen Seite heute bedeutet ein großer Bund zwischen der Fatah-Bewegung, der fundamentalistischen Hamas-Bewegung, der extremistischen Jihad-Bewegung und vielen anderen und das macht natürlich die Arbeitsbedingungen der Friedensbewegung noch schwerer.

Pflüger: Wird es wieder mehr Widerstand von anderen israelischen Gruppen unter einer großen Koalition oder unter Sharon geben können, weil man dann nicht mehr meint, so viel Rücksicht auf die Arbeiterpartei nehmen zu müssen?

Avnery: Der große Teil der israelischen Friedensbewegung, besonders die Bewegung "Peace Now", "Frieden jetzt", "Shalom Ahshav" ist traditionell abhängig von der Arbeiterpartei und von der Meretz-Partei. Jetzt haben wir einen neuen politischen Zustand. Die Arbeiterpartei ist in der Koalition mit den Rechtsradikalen, mit den extremsten Rechtsradikalen. Ein anderer Teil der Arbeiterpartei ist gegen diese Koalition, aber man weiss noch nicht, wie sie sich praktisch verhalten wird, die Meretz-Partei wird in der Opposition sein, alles das wird diesen Teil der Friedensbewegung "Peace Now" vor eine sehr schwere Prüfung stellen und ich glaube, man kann heute noch nicht sagen, wie das ausgehen wird. Augenblicklich tut "Peace Now" überhaupt nichts, befasst sich mit nebensächlichen kleinen Zwischenfällen und hat bis jetzt keine klare Einstellung. Ich glaube es wird noch einige Wochen und Monate dauern, bis wir sehen, ob diese Bewegung überhaupt noch funktioniert. Der harte Kern der Friedensbewegung, zu dem auch ich gehöre, besonders die Bewegung Gush-Shalom, der Friedensblock, sieht jetzt die Aufgabe darin, von vorne anzufangen:

Kompromisslose Opposition gegen diese Regierung zu machen und konsequent ihre klaren und eindeutigen Friedenspositionen zu vertreten. Ganz egal was die öffentliche Meinung dazu heute

sagt: d.h. die Rückgabe von Ostjerusalem an die Palästinenser inklusive Tempelberg, Aufgabe aller Siedlungen, Wiederherstellung der alten Grenze, der sogenannten "grünen Linie", ein unabhängiger Staat Palästina und einen vernünftigen Kompromiss in der Flüchtlingsfrage.

Das werden wir jetzt klar und eindeutig aussprechen, mit der Erwartung, dass in den nächsten Monaten die Lage im Lande noch viel schlimmer wird, der gewalttätige Kampf noch bei weitem verschärft wird und in der Hoffnung, dass nach dieser Phase eine Ernüchterung zustande kommt und dann diese Position, die wir vertreten, eine klare Basis für einen Frieden bieten kann.

Pflüger: Keine guten Aussichten...

Avnery: Ich möchte dazu etwas hinzufügen: Das sind zwar schlimme Aussichten, aber ich bin weiterhin optimistisch. Man muss immer bedenken, dass wir in einem Kampf sind, der schon 120 Jahre lang andauert, in dem schon eine 5. Generation hineingeboren worden ist, ein Kampf, der die Mentalität beider

Seiten auf allen Gebieten bestimmt, und daher wäre es utopisch zu erwarten, dass die Friedensarbeit leicht oder schnell sein könnte. Es ist ein langer Vorgang mit Schritten vorwärts, aber auch Schritten rückwärts. Wir sind jetzt auf einem großen Schritt rückwärts, aber wir hoffen, dass wir danach wieder einen großen Sprung vorwärts machen können.

Pflüger: Wir hatten in Tel Aviv im November ein Gespräch mit einem israelischen Politologen, der die Siedler in verschiedene Gruppen - in ökonomische und ideologische Siedler - einteilte:

Er sprach von 200.000 Siedlern, die unter der Regierung Barak im besetzten Gebiet lebten, soviel wie nie zuvor. Von diesen Siedlern seien ca. 50.000 extrem religiös motiviert und ca. 500 gewalttätig und gefährlich. Ein Großteil der extremistischen Siedler hätte gar keine israelischen, sondern us-amerikanische Pässe. Trifft das zu? Er meinte zudem, dass ein Grossteil der israelischen Siedler durchaus bereit wäre, Regierungshilfen vorausgesetzt, die besetzten Gebiete sofort zu verlassen.

Avnery: Man darf diese Differenzierung der Siedler nicht übertreiben. Der harte Kern der Siedler ist eine ultrareligiöse, messianische, rechtsradikale Sekte und die beherrscht alle Siedlungen, d.h. die Institutionen der Siedler werden vollkommen von diesem harten Kern beherrscht. Das sind die selben Leute, die gestern vorgeschlagen haben, Jassir Arafat umzubringen. Natürlich gibt es viele Siedler, die dort hingegangen sind, nicht aus ideologischen Gründen, sondern weil

sie dort praktisch für umsonst Luxusvillas bekommen haben, oder weil sie aus den israelischen Städten in diese pastorale Landschaft gehen wollten und dort "Lebensqualität" gesucht haben, wie sie gesagt haben und vieles andere. Aber dadurch, dass sie in den Siedlungen leben, auf geraubtem arabischen Boden, mit geraubtem arabischen Wasser, das führt dazu, dass sie langsam

genauso schlimm werden, wie die ideologischen Siedler. Die große Frage ist: Wenn jemals eine israelische Regierung ans Ruder kommt, die den Frieden will und bereit ist, Frieden zu machen, und alle Siedler oder einen großer Teil der Siedler die besetzten Gebiete räumen muss, wird es zu einem Bürgerkrieg kommen. Und ich würde sagen, wenn der Abzug aus den besetzten Gebieten gescheit und vernünftig gemacht wird, kann man einen Bürgerkrieg vermeiden, obwohl gewalttätige Auseinandersetzungen wahrscheinlich geschehen werden. Wenn Sie nach einem Vergleichsbeispiel suchen, dann sind das die französischen Kolonisten in Algerien. Mehr als 1 Million französische Kolonisten haben Algerien fluchtartig innerhalb von ein paar Wochen verlassen, nachdem Algerien seine Freiheit erkämpft hat. Wenn es so-

weit sein wird, werden

wahrscheinlich viele der Siedler friedfertig nach Hause gehen, wenn sie großzügige Entschädigungen bekommen, aber der harte Kern der Siedler, der ideologische Kern, wird ganz sicher gewalttätigen Widerstand leisten.

Pflüger: In Deutschland sind relevante Teile der Linken nicht bereit, die israelische Regierungs-, Besatzungs- und Kriegspolitik zu kritisieren. Es heisst, aufgrund der Geschichte dürfe man Israel nicht kritisieren. Immer wieder werden auch moderate Kritiker der israelischen Regierungspolitik mit dem Vorwurf des Antisemitismus überzogen. Was sagen Sie dazu?

Avnery: Deutschland hat eine schlimme Vergangenheit und muss sich mit dieser Vergangenheit auseinandersetzen. Ich glaube, das sollte nichts damit zu tun haben, wie man sich zur konkreten israelischen Politik stellt. Es gibt eine Art unangenehmen Philosemitismus, der mich genauso unangenehm berührt, wie der Antisemitismus. Das ist eine Sonderbehandlung, eine positive Sonderbehandlung, die im Prinzip nicht sehr weit entfernt ist von der negativen Sonderbehandlung. Israel muss genauso betrachtet werden wie jeder andere Staat der Welt, mit den selben Maßstäben, mit den selben moralischen Maßstäben. Von vielen Teilen der deutschen Öffentlichkeit ist es eine moralische Drückebergerei. Man drückt sich vor einer klaren Positionierung mit dem Vorwand, dass der Holocaust es verbietet. Der Holocaust hat doch überhaupt

nichts damit zu tun, was israelische Politik heute macht. Natürlich gibt es, das muss man hinzufügen, antisemitische Einstellungen, d.h. ein Antisemitismus, der sich tarnt als ein Antizionismus, das muss genau so abgelehnt werden. Auch ist es sehr dumm, wenn Palästinenser oder Araber überhaupt diese Art Antisemitismus unterstützen, denn es ist ja der Antisemitismus,

der die Juden nach Israel treibt. Eine Million Juden sind in den letzten Jahren aus der Sowjetunion nach Israel gekommen, getrieben durch den russischen Antisemitismus. Vernünftige Araber verstehen, dass der Antisemitismus genau so ein Feind der Araber ist, wie ein Feind der Juden.

Pflüger: Ja vielen Dank, ich denke das ist eine relativ wichtige Antwort für uns hier. Was wäre denn Ihrer Meinung nach eine richtige Konsequenz aus der deutschen Geschichte (sprich insbesondere aus der industriemässigen Vernichtung von Juden und Jüdinnen während des "Dritten Reiches" in Auschwitz und anderen Vernichtungslagern)? Wie sollten sich Deutsche aufgrund dieser Geschichte zum Israel / Palästina-Konflikt verhalten?

Avnery: Die richtige Konsequenz ist, daß Deutschland eine moralische Innen- und Aussenpolitik betreibt, und eine moralische Aussenpolitik bedeutet, dass man gegenüber allen Staaten der Welt inklusive Israel die selben moralischen Maßstäbe anlegt. Wenn es Deutschen scheint, dass Israel eine falsche Politik betreibt, dann sollen sie das klar sagen und ich würde sagen, dass eine unkritische Einstellung Israel gegenüber nicht davon zeugt, dass man positiv zu Israel steht, denn wirkliche Freundschaft bedeutet, dass man auch kritisch ist und sagt, was man glaubt, daß gut für Israel ist. Wir in der israelischen Friedensbewegung werden nicht ermutigt, unseren Kampf weiter zu führen durch eine unkritische Haltung im Ausland und auch in Deutschland. Ich glaube Deutschland sollte eine Friedenspolitik klar unterstützen auf internationalem Gebiet, auf dem europäischen Gebiet usw.

Ich möchte Ihnen ein praktisches Beispiel geben: Wir glauben, dass die Siedlungen das

Haupthindernis sind zu einem Frieden. Weil die Siedlungen überhaupt aufgestellt worden sind von Beginn an, besonders von Ariel Scharon, um einen Frieden unmöglich zu machen, um das palästinensische Gebiet so zu zerschneiden, dass ein palästinensischer Staat nicht zustande kommen kann. Da wir das glauben, haben wir schon seit 5 Jahren einen Boykott hier in Israel verhängt gegen die Erzeugnisse der Siedlungen. In Europa, in der Europäischen Union (EU), ist das registriert und aufgegriffen worden, z.B. in Brüssel bei der Europäischen Kommission. Die Europäische Union hat einen Handelsvertrag mit Israel, der Israel sehr große Vergünstigungen gewährt, der aber nur auf das israelische Hoheitsgebiet beschränkt ist. Trotzdem werden die Erzeugnisse der Siedlungen nach Europa hineingeschleust als israelische Erzeugnisse. Die Europäische Union weiss das. Es handelt sich um ungefähr 200 Millionen Dollars pro Jahr. Die Bürokratie in Brüssel weiss das, will etwas dagegen unternehmen, kann es aber nicht, weil es von gewissen europäischen Staaten, besonders von Deutschland, sabotiert wird. D.h., das muss man klar sagen, dass heute Europa, inklusive Deutschland diese illegalen Siedlungen finanziell jährlich mit 200 Millionen Dollars unterstützt. Ich finde das unerhört!

Pflüger: Ja genau. Im Jahr 2000 wurde in Israel ein Armutsbericht vorgelegt, dass große Kreise in Israel in Armut leben und dass es vor allem bei den palästinensischen Israelis und den orientalischen Juden viel Armut gibt. Der Tourismus bricht im Moment zusammen, sowohl in Israel als auch in den palästinensischen Gebieten und das alltägliche Leben der Palästinenser ist ständig durch Absperrung, Einschränkung usw. durch nächtliche Bombardierung geprägt. Welche Möglichkeiten gibt es der unter diesen Bedingungen lebenden Bevölkerung von hier aus wirksam zu helfen?

Avnery: Der palästinensischen Bevölkerung und den palästinensischen Institutionen muss täglich geholfen werden diese Situation zu überstehen, denn die palästinensische Wirtschaft, die schon durch die vielen Jahre der Besetzung zertrümmert ist, wird jetzt täglich noch mehr zertrümmert. Die Bedingungen in den besetzten Gebieten sind so unglaublich, dass man sich das überhaupt nicht vorstellen kann, wie heute ein gewöhnlicher Palästinenser lebt, in einem Dorf, das von der ganzen Welt abgeschnitten ist durch die israelischen Streitkräfte, wo jeder Handel und überhaupt jede wirtschaftliche Tätigkeit so gut wie unmöglich ist, wo die große Mehrheit der Menschen arbeitslos ist, wo täglich geschossen wird von beiden Seiten, wo täglich Leute umkommen, täglich. Das ist ein schrecklicher Zustand und um das zu überstehen, braucht die palästinensische Bevölkerung jede mögliche Unterstützung, Lebensmittel, Medikamente und besonders Geld und so viel ich weiss, kommen nur sehr sehr wenige Hilfsleistungen, es kommen Tropfen von Unterstützung an, aber das sind Tropfen im Meer. Zu Israel: Die Armen werden ärmer und die Reichen werden reicher und die israelische Gesellschaft ist so eingerichtet, dass die Wohlhabenden meistens aus Europa stammen und die Armen meistens aus den orientalischen Ländern stammen und die ärmste Schicht sind die arabischen Staatsbürger Israels, die eine Minderheit von 20% im Staate sind.

Pflüger: Wie bewerten Sie denn die sogenannte Vermittlung der US-Regierung im Israel-Palästina-Konflikt? Sind die USA neutraler Vermittler? Welche Rolle sollten Ihrer Ansicht nach die europäischen Regierungen und insbesondere Deutschland spielen?

Avnery: Amerikaner können überhaupt nicht wirklich vermitteln, denn sogar Präsident Clin-

ton, der wirklich große Versuche unternommen hat zu vermitteln, ist so von jüdischen Stimmen in

Amerika abhängig und seine Frau ist mit den jüdischen Stimmen gewählt worden, es war unmöglich für ihn unparteiisch zu sein. Er hat praktisch die israelischen Einstellungen übernommen und als amerikanische Einstellung weitergegeben. Seine letzten Vorschläge, die Vorschläge die er veröffentlicht hat, kurz bevor er sein Amt verlassen musste, sind zwar bei weitem positiver als frühere amerikanische Einstellungen, aber sie sind noch weit entfernt, eine wirkliche unparteiische Vermittlung zu sein. Die neue Regierung sieht auch nicht sehr gut aus in dieser Beziehung, obwohl wir noch abwarten müssen, wie sie sich einstellen wird. Ich glaube sie hat weniger Interesse an diesem Konflikt überhaupt, sie konzentriert sich auf den Irak und versucht die arabische Koalition gegen den Irak wieder herzustellen, das könnte dazu führen, dass sie eine mehr unparteiische Einstellung haben könnte, aber offen gesagt, glaube ich nicht richtig daran. Ich bedauere, dass Europa, das eine viel wichtigere Rolle spielen könnte, schon seit langem abgedankt hat von jeder politischen Einwirkung im Nahen Osten. Im Nahen Osten, bei uns, ist Europa heute eine Mätresse Amerikas. Sie tanzt nach der amerikanischen Musik.

Pflüger: Welche Möglichkeiten gibt es denn für friedensorientierte Basisgruppen hierzulande und in Europa auf der palästinensischen und der israelischen Seite Basisgruppen zu unterstützen, praktisch von Initiativen zu Initiativen?

Avnery: Es gibt sehr viele Möglichkeiten, vor allem Friedensorganisationen auf beiden Seiten finanziell zu unterstützen, materiell zu unterstützen aber auch moralisch zu unterstützen. Man kann auch heute noch in der heutigen sehr sehr schwierigen Situation Friedensorganisationen unterstützen, in dem man in Deutschland oder in Europa überhaupt Konferenzen abhält, zu denen Israelis und Palästinenser eingeladen werden, um die Punkte zu diskutieren, die für eine erneute Friedensbemühung wichtig sind, z.B. die Flüchtlingsfrage, z.B. die Frage Jerusalems, die Frage der Siedlungen usw. Auf diesem Gebiet können europäische Institutionen vieles leisten, obwohl es in diesem Augenblick sehr sehr schwer ist, es ist in diesem Augenblick für Palästinenser sehr schwer, sich mit Israelis zu treffen, weil in einem Zustand eines nationalen Freiheitskampfes solche Sachen schwer sind. Man braucht viel Mut dazu, aber es gibt viele mutige Palästinenser, es gibt auch mutige Israelis und ich glaube man könnte sehr viel tun, um diese Gruppen in Israel und Palästina moralisch und materiell zu unterstützen.

Pflüger: Gut, welche?

Avnery: Die Organisation, zu der ich gehöre, Gush-Shalom, bekommt Unterstützungen aus Holland und manchen anderen Staaten, aber so gut wie keine Unterstützung aus Deutschland. Deutschland hat alle möglichen Stiftungen, die alle möglichen offiziellen Organisationen unterstützen, aber nicht die wirklichen Friedensbewegungen. Überhaupt nicht.

Pflüger: Eine abschliessende Frage: Häufig ist ja auch das Problem des Konfliktes Israel/Palästina, dass die Leute nicht wissen, wo sie sich informieren sollen, über welche Presseorgane,

wo im Internet. Was würden Sie denn empfehlen, was Menschen ausserhalb Israels über diesen Konflikt lesen sollen?

Avnery: Es ist sehr schwer, in Europa wirkliche unabhängige Informationen zu bekommen. Das Bild in allen europäischen Medien - ausnahmslos - ist geprägt von israelischer Propaganda. Wie in Israel selbst ist es äusserst schwer ein wirkliches und unabhängiges Bild zu bekommen. Wir bei Gush-Shalom haben eine Internetseite: <http://www.gush-shalom.org/> und dort werden Sie auch die Adressen anderer Friedensorganisationen und Medien finden.

Pflüger: Gut, ich bedanke mich ganz herzlich. Ich hoffe, dass wir über "Wissenschaft und Frieden" und über die "Informationsstelle Militarisierung" etwas machen können für die Unterstützung Ihrer wichtigen Arbeit. Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben und alles Gute für ihre Arbeit und die von Gush-Shalom.

Avnery: Alles Gute, Ihnen auch. Wiedersehen!

Das Interview mit Uri Avnery findet sich auch auf folgenden Homepages "Wissenschaft und Frieden" (<http://www.iwif.de/>)

(gekürzte und erschienene Variante) Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.
(<http://www.imi-online.de/>) (als HTML, RTF und PDF-Datei) Tobias Pflüger
(<http://www.tobias-pflueger.de/>) (als HTML, RTF und PDF-Datei)

Hier der Link auf das Dossier von "Wissenschaft und Frieden" 02/2001 zum Thema "Irak: UN-Sanktionen und Menschenrechte", es findet sich unter <http://www.iwif.de/wf201-90.htm>

W&F Dossier Nr. 37: Irak: UN-Sanktionen und Menschenrechte
von Steffen Rogalski und Jutta Burghardt
Inhaltsverzeichnis:
Andreas Zumach: Luftangriffe führen in eine gefährliche Sackgasse
Steffen Rogalski: Das Dilemma der Sanktionen gegen den Irak
Jutta Burghardt: Die UNO-Sanktionen gegen den Irak - ein Blick
hinter die Kulissen
Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis für
Friedenspolitik -Atomwaffenfreies Europa e. V.

Das Dossier kann bestellt werden bei: "Wissenschaft und Frieden",
Reuterstr. 44, 53113 Bonn. <http://www.iwif.de/>

Eine Auswahl einiger neuerer Presseartikel über die IMI-Arbeit
(u.a. taz, Neues Deutschland, Schwäbisches Tagblatt,
Westfälische Rundschau u.a.) als PDF-Dateien und z.T. als Links
findet sich bei folgendem Link: <http://www.imi-ev.de/IMI-Press.html>
Abschließend eine Frage an die Leser/innen der IMI-List:
Werden die erstellten PDF-Dateien (zu öffnen mit dem Acrobat-Reader) auf der IMI-Homepage
(<http://www.imi-online.de/>) und insbesondere auf der Downloadseite <http://www.imi-ev.de/> auch ge-
lesen? Wenn ja, würden wir weitere solche Texte ins Internet stellen. Bitte Rückmeldung an mailto:
imi@imi-online.de

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.
Hechingerstrasse 203 72072 Tübingen
Telefon: 07071/49154 Fax: 07071-49159

<mailto:IMI@imi-online.de> <http://www.imi-online.de/>

OOOOOOO

Siehe auch Uri Avnery, Preisträger des Remarque-Friedenspreis von 1995 unter:
<http://www.lili.uni-osnabrück.de/remarque/avnery.htm>

XXXXXXX

Texte von Uri Avnery aus *Mein Freund der Feind, 1988*

Ein Argument

„Ich komme gerade aus Beirut“, sagt Hammami. „Ich war dort mehrere Wochen und habe nichts anderes gemacht als über Sie diskutiert. Manche sagen. Sie sind ein Hundesohn, andere sagen. Sie sind ein wahrer Freund der Palästinenser. Am Ende hatte ich es so satt, daß ich ihnen sagte: Bei Gott, laßt uns den Mann umbringen, dann haben wir unsere Ruhe!“ (S.93)

Sitzordnung

Issam und ich betreten ein Restaurant in der Rue de la Seine.
Automatisch wähle ich einen Platz gegenüber der Tür.
Es ist eine Angewohnheit. Ich fühle mich physisch unbehaglich mit dem Rücken zur Tür. Mag sein, daß es ein Soldatentick ist oder die Folge der Mordanschläge auf mich oder auch ein Zeichen journalistischer Neugierde.
„Macht es Ihnen etwas aus, mir diesen Platz zu überlassen?“ fragt Issam.
Es macht mir etwas aus, aber ich gebe den Platz her. Die Tische in französischen Restaurants sind so angeordnet, daß ich nun mit dem Rücken zur Tür sitzen muß.
„Es ist eine Frage der arabischen Ehre“, erklärt Issam. „Ich wünsche nicht in den Rücken geschossen zu werden. Ich möchte meinen Mörder ansehen und zurückschießen.“
Eine Minute später fügt er hinzu: „Natürlich ist das Blödsinn. Wenn sie hereinkommen und mich erschießen, habe ich keine Chance.“
Ich weiß, er trägt eine kleine Pistole in der Tasche. Wenn etwas passiert, hat er wirklich überhaupt keine Chance. (S. 201)

(Aus dem Kapitel Sieg und Niederlage und hier nach einem Treffen am 12. 3. 81 mit Sartawi)

Dieses Gespräch mit Sartawi beeindruckte mich tief. Später im Jahr faßte ich es, ohne Sartawi zu erwähnen, in einem Artikel zusammen, den ich in der israelischen Zeitschrift New Outlook unter der Überschrift „Will Amerika Frieden?“ veröffentlichte. Die ersten Absätze daraus möchte ich zitieren:

„Das Fragezeichen im Titel ist viel mehr als eine grammatikalische Nuance. Es ist die Essenz einer monatelangen Suche.
Wie viele meiner Freunde war ich für lange Zeit einem politischen Lehrsatz verschrieben, den Dr. Nahum Goldmann am besten formuliert hat. Er lautet mehr oder weniger so: Die Vereinigten Staaten haben ein fundamentales Interesse daran, Frieden in unserer Region zu schaffen. Seit 1967 haben die Regie-

rungen Israels Frieden verhindert, um die besetzten Gebiete zu behalten. Früher oder später werden die Amerikaner einer unwilligen israelischen Regierung Frieden aufzwingen müssen. Wenn sie es bisher noch nicht getan haben, dann nur wegen der Dummheit oder Naivität oder Feigheit einiger amerikanischer Politiker. Ist dies erst einmal überwunden, wird unweigerlich der erzwungene Frieden kommen.

Es ist eine leicht verdauliche Vorstellung. Sie macht das Leben viel einfacher. Sie verlagert die Last der Verantwortung auf andere. Sie macht die Schwäche der israelischen Friedensbewegung leichter erträglich. Sie steht im Einklang mit der bei so vielen Intellektuellen beliebten Gewißheit, daß „automatisch“ etwas geschehen muß.

Es ist auch eine Vorstellung nach dem Herzen von Leuten wie mir, die eine angeborene Sympathie für die Vereinigten Staaten und den american way of life haben. Natürlich, in Vietnam irrte Amerika, aber eigentlich muß doch Friedensliebe aus der US-Politik sprechen. Zumindest würden wir das gerne glauben. Aber es gibt auch eine solidere Grundlage für diesen Glauben. Objektiv, so scheint es, haben die USA doch eigentlich ein fundamentales Interesse an Frieden in der Region.

Die Palästinenser sind da. Ihren nationalistischen Eifer kann niemand übersehen, der die Szene mit offenen Augen beobachtet. Man kann einer Nation von vier Millionen intelligenten Menschen nicht ihre Nationalität verweigern, ohne eine Explosion hervorzurufen. Anders als die Kurden sitzen die verstreuten Palästinenser an kritischen Punkten des Weltkonflikts. Früher oder später werden die Palästinenser den Nahen Osten mit all seinen Bodenschätzen in die Luft jagen. Wenn das passiert, wird es die USA und den Westen furchtbar, vielleicht tödlich treffen. Zusammenbruch der westlichen Wirtschaft, atomarer Holocaust, totale Umwälzung — nichts ist definitiv auszuschließen.

Also MUSS Amerika den Frieden wollen. Wir brauchen nur zu warten. Eine Großmacht wie diese wird rechtzeitig aufwachen und ihren Interessen entsprechend handeln.

Logisch? Ja, vollkommen logisch. Aber es ist nicht geschehen. Und wenn eine unlogische Situation vierzehn Jahre lang bestehen bleibt, muß mit der Logik etwas nicht stimmen.

Hier ist das Fragezeichen zu setzen. Seit Ende letzten Jahres liege ich in den Wehen eines ‚qualvollen Umdenkungsprozesses‘, um mir ein Schlagwort auszuborgen. Noch bin ich nicht zu endgültigen Schlüssen gelangt, aber ich möchte einige meiner Überlegungen vortragen.“

Dann legte ich in dem Artikel die möglichen Erklärungen für das amerikanische Verhalten dar und schloß:

„Sicherlich ist etwas Wahres an jeder dieser Theorien, und sie alle können durchaus zutreffen. In der Politik sind viele Faktoren gleichzeitig auf sich kreuzenden und überschneidenden Wegen am Werke.

Aber ich stelle fest, daß all diese Erklärungen mich nicht befriedigen. Die Kluft zwischen den kurzfristigen Vorteilen dieser Situation und ihren immensen langfristigen Gefahren ist einfach zu groß. Auch die Tatsache, daß Politiker und Staatsbeamte gewohnheitsmäßig die kurzfristigen Lösungen einem langfristigen Kalkül vorziehen, was jeder kennt, der einmal in der Politik aktiv gewesen ist, liefert keinen zufriedenstellenden Schlüssel zu diesem Rätsel.“

Dieser Artikel hatte ein eigentümliches Nachspiel. Ein paar Monate später erhielt ich völlig unvermittelt einen Brief von Dr. Nahum Goldmann, datiert

vom 30. Januar 1982. Mehr als jeder andere hatte Goldmann über die Jahre hin den Gedanken gepredigt, daß nur die Vereinigten Staaten in Zusammenwirken mit der Sowjetunion Israel einen vernünftigen Frieden aufzwingen könnten. Mein Verhältnis zu ihm war manchmal freundlich, manchmal distanziert gewesen, seit ich im Jahre 1953 die Schaffung eines speziellen Ministeriums für Frieden (oder für Nahost-Beziehungen) unter Leitung Goldmanns gefordert hatte. Sein Brief lautete:

Lieber Herr Avnery,
ich schreibe Ihnen auf Deutsch, weil ich noch in dieser Stunde eine Reise antrete und es länger dauern würde, den Brief auf Hebräisch zu diktieren. Ich möchte Ihnen sagen, daß ich in den letzten zwei Jahren die Haolam Hazeh mit großem Interesse gelesen habe und daß ich immer wieder ihren Mut und Ihre journalistischen Gaben bewundert und geschätzt habe.

Der Anlaß für diesen Brief ist Ihr Artikel „Will Amerika Frieden?“, den ich gestern (als hebräische Übersetzung in der Haolam Hazeh) gelesen habe. Wie Sie wissen, habe ich viele Jahre lang — bis zur Reagan-Administration — ziemlich enge Verbindungen in Washington gehabt, besonders mit Kissinger, Brzezinski, Vance, vorher mit Dean Rusk, abgesehen von einigen hohen Beamten, und daß ich deshalb bis zur heutigen Ära ziemlich gut informiert war. Es ist richtig, daß Sie ein Fragezeichen hinter Ihre Überschrift setzen, aber es ist gut, daß Sie öffentlich Ihre Zweifel am amerikanischen Wunsch nach Frieden äußern. Auch ich stelle mir in letzter Zeit diese Frage, obwohl man auch den Mangel an staatsmännischer Weisheit bei den für die Außenpolitik verantwortlichen Amerikanern nicht unterschätzen sollte.

Ich könnte ein ganzes Buch schreiben und die Symptome des amerikanischen Friedenswunsches aufzählen, ich könnte auch andere Beispiele nennen, die zeigen, daß Amerika Frieden nicht will. Um nur eines zu nennen, das jetzt aktuell ist, weil es Ihren Artikel über Sartawi betrifft — übrigens, ich traf ihn vorgestern und versuche, auf verschiedene Art zu helfen —, ich habe Vance, mit dem ich befreundet bin, damals gebeten, Sartawi ein Visum zu geben, damit er zu der New Outlook-Konferenz in Washington (im Oktober 1979) kommen konnte. Vance, der ein sehr anständiger und ehrlicher Mensch ist und nebenbei gesagt viel fähiger und klüger als Brzezinski, teilte mir mit, daß er das Justizministerium um die Aufhebung des Einreiseverbots ersucht hätte und daß das einige Zeit in Anspruch nähme. Ich glaube nicht, daß dies nur eine Ausflucht war.

Auf der anderen Seite könnte ich neben Carters Interesse an Camp David erwähnen — um nur eins von vielen Beispielen zu nennen —, daß sowohl Vance als auch Brzezinski mich diese ganzen Jahre hindurch gedrängt haben, mich öffentlich mit Arafat zu treffen, weil es dann für sie leichter sei, das gleiche zu tun.

Aber so manches stützt Ihre Frage, und es ist schwierig, sich eine klare, endgültige Meinung darüber zu bilden. Mehr als alles andere fürchtet man in Amerika, daß ein totaler Frieden ohne die Rakakh unmöglich ist, und wegen ihrer antisowjetischen Obsession besonders unter Begin ziehen sie den Fortbestand der gegenwärtigen Situation einem Abkommen vor, das nur mit amerikanisch-russischer Beteiligung und gemeinsamen Garantien möglich wäre. Sie werden sich erinnern, daß Vance und Gromyko 1977 übereinkamen, eine Genfer Konferenz mit Israel und der PLO einzuberufen und daß es Dajan war, der die amerikanischen Juden veranlaßte, Druck auf Carter auszuüben, damit er das Abkommen aufhob. Wie ich aus persönlichen Kontakten weiß,

waren die Sowjets wütend darüber.

Diese Anmerkungen möchte ich an Sie persönlich richten. Sie sind nicht zur Veröffentlichung gedacht, auch wenn ich oft öffentlich erkläre, daß Amerika mehr als Israel schuld daran ist, daß es im Nahen Osten keinen Frieden gibt. Das ist in den letzten zehn Jahren meine Meinung gewesen.

Zusammenfassend würde ich in diesem Augenblick sagen, ohne mir da ganz sicher zu sein, daß der Grund für die amerikanische Nahostpolitik, der Verständnis und Resultate völlig abgehen und die Israel eines nicht fernen Tages teuer zu stehen kommen wird, in einer Kombination von diplomatischer Inkompetenz der Amerikaner, ihrer Angst vor russischer Mitwirkung am Frieden und in der Washingtoner Angst vor der israelfreundlichen Lobby liegt, die nicht nur aus Juden, sondern auch aus Leuten wie Senator (Henry) Jackson besteht. * (letzter Absatz: Hervorhebung durch T.A.) S. 251 ff.

000000

VORSCHLÄGE FUER KONFOEDERATION IM NAHEN OSTEN

Eine Broschüre mit obigem Titel ist in Vorbereitung und soll demnächst von der Gesellschaft für Nahost-Konföderation in Haifa (Israel) herausgegeben werden. Die Gesellschaft wurde vor 2 Jahren gegründet, um die Idee der Konföderation als Lösung und Sicherung des Friedens in diesem Gebiet zu fördern. Mitglieder sind Juden, Araber und Ausländer mit einem starken Verantwortungsgefühl für die kommenden Generationen, die in Zukunft im Nahen Osten zusammenleben werden müssen. Die erste Serie wird 8 Vorschläge bringen. Die Gesellschaft unterbreitet diese zur öffentlichen Diskussion nachdem alle offiziellen Vorschläge in einer Sackgasse endeten und zum Krieg geführt haben. Die Artikel werden im Namen der jeweiligen Autoren gedruckt.

Der erste Beitrag ist von Dr. Hugh Schoenfield, ein hervorragender Bibelforscher und Schriftsteller, der abwechselnd in London und in Malta lebt. Er ist der Initiator und Mitbegründer der Mondcivitan Republic (Republik der Weltbürger) die er jetzt als Allgemeiner Botschafter vertritt. Seine Vorschläge gehen auf eine Schrift zurück, die er im Jahre 1945 veröffentlichte und die einen Plan entwickelt, durch welche 3 intern autonome Staaten, Israel, Palästina und Jordanien, in ein föderales Verhältnis mit einer gemeinsamen Hauptstadt in Jerusalem gelangen sollen. Er schlägt jetzt vor, dass Vertreter von Israel, der Palästinenser und Jordanien's erste Verhandlungen führen sollen, da es in erster Linie diese Leute angeht. Die zweite Phase der Verhandlungen soll, dann zwischen den arabischen Staaten, und der Konföderation stattfinden.

Der nächste Vorschlag ist: Leserbriefen entnommen, die Herr Henry S. Rosenberg aus Toronto (Kanada) in der Jerusalem Post veröffentlicht hatte. Sein Plan sieht eine 3-teilige Konföderation vor, bestehend aus Israel, Arabisch-Palästina im Westufergebiet und einem dritten Mitgliedstaat im Gazastreifen.

Herr Naftali H. Rein aus Jerusalem ist ein hoher Regierungsbeamter Israels im Ruhestand. Er hatte wiederholt Artikel in der Jerusalem Post und in anderen Blättern veröffentlicht, in denen er eine Konföderation bestehend, aus Jordanien mit einer angeschlossenen autonomen, Arabisch-Palästinensischen Provinz einerseits und Israel auf der anderen Seite vorschlug. Er gibt am Schluss seines Artikels der Überzeugung Ausdruck; dass letzten Endes Weltfrieden nur durch ein System von freiwilligen Zusammenschlüssen freier Nationen, die in einer föderalen Welt-Regierung mit letzter mili-

tärischer Macht enden, erreicht werden kann. Die Palästinensische Föderation beider Ufer des Jordans soll unser bescheidener Beitrag zu einer solchen zukünftigen weltweiten Föderation von zusammengeschlossenen Staaten sein und somit auch unser Beitrag zum Weltfrieden.

Nun kommt ein 12 Punkte umfassendes Programm von Gideon Gottlieb, Professor der Rechtswissenschaften an der Universität York. Zusammen „mit noch 3 anderen Wissenschaftlern, hatte er ein „Commonwealth of Palästina“ in einem Artikel, der in der New-York Times am 23. 2.71 veröffentlicht wurde, vorgeschlagen. In dem Artikel, den er für unsere Broschüre schrieb, betont Prof. Gottlieb die Notwendigkeit, bestehende Strukturen zu überwinden. Er schlägt die Zusammensetzung eines gemeinsamen Palästina-Schlichtungsrates vor. Dieser soll aus Vertretern von Jordanien, Israel und den Palästina-Arabern bestehen. Wenn dieser Rat zur Zufriedenheit aller Teile funktionieren wird, können ihm die Parteien den Status einer Regierung verleihen.

Herr Abie Nathan, ein Jude persischen Ursprungs, der nach Israel 1948 aus Indien einwanderte, wurde als Friedenspilot, der den Versuch unternahm, mit Aegypten zu vermitteln, bekannt. Er leitet jetzt das „Friedensschiff“-Projekt, das Radio-Sendungen im östlichen Mittelmeer ausstrahlt. Der Artikel, den die Gesellschaft bringt, ist eine gekürzte Fassung von Abie Nathan's Vorschlag, der in I. F. Stone's Weely in Washington D.C. am 24.3.69 erschien. Auch dies ist der Plan eines drei-staatlichen Zusammenschlusses mit einer Föderalhauptstadt in Jerusalem. Abie Nathan hat ausserdem noch einen Vorschlag im Bezug auf spezielle gemeinsame Komitees der Union für Wirtschaft, Verteidigung, Aussenpolitik und Kultur ausgearbeitet.

Danach schlägt Herr Jacob Katwan, sozial-politischer Analytiker und Schriftsteller aus Haifa, einen 8 Punkte umfassenden Plan von einzelnen Friedensschritten vor die in festgelegter Reihenfolge ausgeführt werden sollen, wobei immer eine Massnahme zugunsten der Araber mit einer solchen zugunsten Israels abwechselt. Sein Ziel ist ein „brüderlich kooperierender, blühender und fortschrittlicher Nahost-Verband von Nationen, wie der Europäische Gemeinsame Markt.“

Joseph W. Abileah, der Sekretär der Gesellschaft, schreibt seinen persönlichen Beitrag zur Broschüre. Es ist dies ein Vorschlag für eine 3-Staaten-Konföderation - Jordanien, Arabisch-Palästina und Israel -, ähnlich den oben angeführten Plänen. Ueber dies wird betont, dass ein vergrössertes Bewässerungsprojekt in der Syrischen Wüste die Bereitstellung fruchtbaren Landes für deren Bewohner ermöglichen soll, hingegen bleibt die Lösung des Flüchtling-Problems die Aufgabe der Konföderation. Die neue Staaten-Union soll jedem Land des Nahen Ostens zum Beitritt offen stehen und ist mit dem Ziel gegründet, in der Zukunft die Vereinigten Staaten des Nahen Ostens zu schaffen, in denen Israel nicht mehr ein Fremdkörper oder ein gefürchteter Herrscher sein wird. Als grundlegende Einstellung fordert Abileah die Anwendung ethischer Grundregeln, die in den Beziehungen von Mensch zu Mensch Geltung haben, auch bei politischen Entscheidungen zu beachten.

Der Vorsitzende, Herr Ibrahim Sim'an, ein arabisch-christlicher Bürger Haifas, kommentiert Abileah's und die anderen Pläne, fügt aber noch hinzu, dass den palästinensischen Arabern, eine Zeitspanne von 5 Jahren in voller Freiheit eingeräumt werden muss, um ihre eigene, natürliche und gewählte Volksvertretung zu schaffen. Am Ende dieser Periode soll eine Volksbefragung zu mehreren Möglichkeiten durchgeführt werden. In diesen ist eine bi-nationale Konföderation vorgesehen, in der Israel als ein Mitglied und Palästina-Jordanien als zweiter Partner erscheint, ferner eine Gliederung Israel-Palästina mit Jordanien als zweiter Partner. Ausserdem werden noch andere Konstellationen erwähnt. Herr Sim'an betont die Wichtigkeit, auf Volksebene beiderseitiges Vertrauen und guten Willen zu schaffen, die für eine dauernde Lösung bisher noch fehlen.

Von Staatsmännern ist es ein Einziger, der die Konföderations-Idee ohne Reserve befürwortet: Präsident Léopold Sédar Senghor aus Senegal, der das Nahost-Gebiet mit noch 3 afrikanischen Staatsmännern besuchte, erklärte ausdrücklich in einem Interview für die Presse, dass nur eine Konföderation bestehend aus 2 oder 3 Staaten, eine Möglichkeit zur Lösung der jetzigen Lage darstellen kann.

In zwei weiteren Vorschlägen, einer von der arabischen Seite und einer von Israel, fehlen Freiheit und Status eines vollwertigen Mitgliedstaates für die palästinensischen Araber. Der erste ist König Hussein's Föderationsplan vom 15.3.72, der das Hauptbestimmungsrecht in Amman beibehalten will und Israel völlig ignoriert. Der zweite ist ein Plan, der wiederholt von Seiten des israelischen Verkehrsministers Shimeon Peres laut wurde. Auf die direkte Anfrage der Gesellschaft erklärte nun Minister Peres, dass nach seinen Vorstellungen Israel immer die Oberhand behalten muss. Dies deckt sich nicht mit der Einstellung der Gesellschaft, die nur Konföderations-Projekte befürwortet, in denen die völlige Gleichberechtigung der Mitgliedstaaten gesichert ist.

Haifa, November 1973

Joseph W. Abileah.
Sekretär der Gesellschaft für Nahost-Konföderation

(Text am 10.10. 99 in den PC eingelesen und neu formatiert T.A.)

GESELLSCHAFT FUER NAH-OST KONFOEDERATION

c/o Joseph W. Abileah, 55A Hillel Str., Haifa-33728 (Israel) Tel. 521794

RUNDBRIEF FUER MITGLIEDER UND FREUNDE

Der erste Jahrestag unserer Gründungsversammlung nähert sich und es ist daher angebracht, unseren Mitgliedern und Freunden in Form dieses Rundbriefes etwas von unserer Arbeit zu berichten.

Ziel unserer Gesellschaft ist es, ein Forum für Friedenspläne fussend auf wirtschaftlicher und politischer Zusammenarbeit von Arabern und Juden zu sein, diese zu prüfen und angenommene Pläne zu fördern.

Der erste Vorschlag, auf Grund dessen auch die Vorarbeit gemacht wurde, war eine dreiteilige Konföderation zwischen Jordanien, Arabisches Palästina und Israel mit einer Federal-Regierung in Jerusalem. Der sollte jedoch nicht der Einzige bleiben. Die Gründungsversammlung der Gesellschaft, die von Fr. Edith Wolff, Herrn Farid-Wajdi Tabari, Pastor K. Mussallam und Joseph W. Abileah, alle in Haifa wohnhaft, einberufen wurde, fand in der Pension Wohlman in Haifa statt. Es waren ungefähr 40 Personen, Araber, Juden und Ausländer von den verschiedensten Kreisen anwesend. Die internationalen Schirmherrschaften waren: Dr. Landrum Bolling, Richmond, Ind. (U.S.A.), Adv. Hein van Wijk, Holland, Yehudi Menuhin und Dr. Hugh Schönfield, die beiden letzteren aus London.

Auf der Versammlung wurde ein zeitweiliges Komitee von 8 Personen gewählt, um die Statuten der Gesellschaft aufzusetzen. Diese sollten bei einer nächsten Versammlung bestätigt und den Behörden zur Registrierung eingereicht werden. Ende Mai 1971 hatten sich die ersten 31 Mitglieder eingetragen. Die Zahl stieg auf 50 am Tage der zweiten Versammlung, die für den

5.8.71 einberufen wurde. An dem Abend wurden die Statuten angenommen und in den darauffolgenden Tagen dem Distrikt-Kommissär von Haifa mit der Bitte um Eintragung des Vereins unterbreitet. Es wurde auch an demselben Abend ein Kuratorium von 9 Mitgliedern für ein halbes Jahr gewählt. Herr Farid-Wajdi Tabari wurde gebeten, als erster Vorsitzender des Vereins zu fungieren.

Danach fuhr unser Sekretär, Joseph Abileah, auf eine ausgedehnte Vortragsreise in Europa und in den Vereinigten Staaten. Während fast vier Monaten hielt er 65 Vorträge, um die neue Gesellschaft zu propagieren und über die Vorarbeit, die der Gründung voranging zu berichten. Es waren auch T.V. und Radio-Sendungen in dieser 42000 km Tournée inbegriffen. Es gelang ihm, überall den Dialog zwischen Arabisch und Israeli orientiertem Publikum in die Wege zu leiten. Ein besonderer Bericht über diese Kampagne liegt vor. Inzwischen hatte sich Dr. Martin Niemöller aus Wiesbaden (West-Deutschland) der Gruppe von Schirmherrn angeschlossen.

Der letzte Schritt zur Legalisierung des Vereins durch Bekanntmachung der Gründung und Zielsetzung in der Tagespresse wurde am 9.1.72 mit einer Notiz im „Haaretz“ gemacht. Auf der Sitzung des Kuratoriums nach Rückkehr des Sekretärs, am 20.1.72, wurde eine Reihe von Vorträgen und Diskussionsabenden beschlossen. Das Baptisten-Zentrum in Haifa wurde uns freundlicherweise für unsere zwei-wöchentlichen Veranstaltungen zur Verfügung gestellt. Inzwischen kamen auch schon interessierte Leute vom Auslande in unser Büro, das in der Wohnung des Sekretärs laut obiger Adresse eingerichtet wurde. Diese wurden im Lande herumgeführt, um Mitglieder kennen zu lernen und die Situation durch Besuche und Gespräche mit der Bevölkerung des Westufers kennen zu lernen.

In der Vortragsreihe hörten wir zuerst einen mündlichen Bericht von Joseph Abileah über seine Auslandsreise und die Reaktion von Juden, Arabern sowie anderer interessierter Personen zu seinen Friedensvorschlägen. Er konnte auch neue Mitglieder in den verschiedenen Ländern werben. Der zweite Abend war ein Vortrag des Sozial-Politischen Autors, Herrn Jakob Katwan aus Haifa, der seinen „Neuen Friedensplan für den Nahen Osten“ erklärte und dem interessierten Publikum Fragen beantwortete. Vier Wochen später fand eine Diskussion über eine Erklärung von Grundregeln und Arbeitsprogramm der Gesellschaft statt. Diese wurde in der darauffolgenden Woche fortgesetzt und endlich einem Ausschuss übergeben, der den endgültigen Satz in einer künftigen Begegnung zur Bestätigung vorlegen soll.

Zwischen diesen Veranstaltungen wurde am 2. März, 1972, eine Generalversammlung bei Wohlman abgehalten. Neuwahlen brachten Herrn Ibrahim Sim'an als Vorsitzenden und einen aktiven Jungen anstelle zweier älterer Mitglieder ins Kuratorium. Es wurde auch beschlossen, den Mitgliedsbeitrag vom 1.3.72 auf IL. 2. zu erhöhen. Dies ohne den diesbezüglichen Paragraphen in den Statuten, der ein Minimum von IL.1.- monatlich vorsieht zu, ändern. Wir können somit minder bemittelten, die ihren Beitrag nicht erhöhen können, Ermässigung gewähren. Wir haben inzwischen ein Bank-Konto im Namen der „Society for M.E. Confederation“ No.222011 bei der Israel Discount Bank Ltd., Bank Street Branch Haifa, eingerichtet. Unsere Konto-Nummer für fremde Valuten bei derselben Bank ist 253960.

Der letzte Vortrag von Herrn Ing. D. Ben-David über „Hydrotechnische Ideen für eine Nah-Ost Konföderation“ musste verschoben werden. Wir hatten nämlich die Zusage vom Höchstehrwürdigen George Appleton, Anglikanischer Erzbischof in Jerusalem, für einen Vortrag über das Thema, „Einer vereinten Menschheit zustrebend“, der am 12.4.72 stattfand, erhalten. Das Publikum, das von Leuten der verschiedensten Religionsgemeinschaften und unterschiedlicher Herkunft bestand, war sehr beeindruckt.

Unser Sekretär konnte während der ersten 4 Monate dieses Jahres vor verschiedenen Gruppen sprechen. Es waren dies Studenten der Universitäten von Jerusalem und Haifa, Einwohner eines Arabischen Dorfes und eines Grenz-Kibbutzes, Gruppen von Aeltern und ein gemischter Arabisch-Jüdischer Diskussionszirkel in Nazareth, Touristen aus Deutschland und aus der Schweiz sowie junge Leute der Aktion Sühnezeichen aus Berlin. Mit einigen dieser Letzten machte er einen Ausflug in das besetzte Gebiet (Westufer). Desgleichen fuhren mit ihm Studenten der Jerusalemer Universität in Fortsetzung eines Vortrages. Die Kontakte in Jerusalem brachten Interviews für Studentenzeitungen mit sich und junge Studenten bekamen Interesse, Forschungsarbeiten über Frieden im Nahen Osten durch Konföderation in Angriff zu nehmen. Sie bekommen alle nötige Information und Führung zu ihrer Arbeit in unserem „Friedens-Büroreau“. Eine Radio-Aufnahme über Kriegsdienstverweigerung in Israel gab unserem Sekretär eine weitere Gelegenheit, seine Ideen zur Lösung unserer Konflikt-Situation auszusprechen. Gleichzeitig wurde das Interesse der Auslandspresse erweckt und der Christian Science Monitor in Boston veröffentlichte einen Artikel über Nah-Ost Konföderation in der Ausgabe vom 7.3.72. Ein Reporter vom Radio Berlin wurde von unserem Sekretär auf einer 4-tages-reise nach Gaza, Westufer und Golan zwecks Aufnahme von öffentlicher Meinung zu aktuellen Fragen begleitet.

Ausserdem finden viele Hausabende, Diskussionen und Begegnungen mit Kontaktpersonen anderer Friedensbewegungen sowie Regierungsbeamte und Pastoren der verschiedenen Kirchen statt. Ein Ehepaar aus Süd- Deutschland, das von der Idee besonders eingenommen ist, spendete der Vereinskasse die Summe von DM 4000,-. Dies zusammen mit Mitgliedsbeiträgen und anderen regelmässigen Spenden gibt uns die Möglichkeit, unsere Arbeit fortzusetzen. Das Internationale Freundschaftsheim in Bückeburg (Westfalen), W. Deutschland, hat unseren Sekretär aufgefordert, die bevorstehende Israelisch-Arabisch-Deutsche Begegnung vom 12. bis 24. September, 1972, zu leiten. Anmeldungen von Teilnehmern in diesem Seminar mit Möglichkeit von Fahrtspesenzuschuss werden entgegengenommen. Die Tatsache, dass unsere Mitgliedschaft von Juden und Arabern, Moslems und Christen verschiedener Denominationen besteht, gibt uns die Möglichkeit, breite Kreise der Bevölkerung zu erfassen und auf diese Weise öffentliche Meinung zu beeinflussen. Dieses Werk der Versöhnung mit konstruktiven Plänen für mögliche Lösungen in direktem Dialog mit unseren Nachbarn lässt uns einen Fortschritt fühlen, der uns den Mut zu einer tatkräftigen Weiterarbeit gibt.

Haifa, den 14.5.1972

Ibrahim Sim'an	Joseph W. Abileah
Vorsitzender	Sekretär

(In den PC eingelesen und neu formatiert am 11. 10. 99. Bückeburg ist benachbart zum westfälischen Minden, gehört aber zu Niedersachsen. T.A.)

00000000

FDP-Rüge für Möllemann

Die Forderung des FDP-Politikers Jürgen Möllemann zur Bildung eines eigenständigen Palästinenserstaates und zum Rückzug Israels auf seine Grenzen von 1967 stößt bei den Freidemokraten auf Widerspruch. Damit habe Möllemann jeden Anspruch auf ein höheres diplomatisches Amt wegen nachgewiesener Inkompetenz verwirkt, sagte der Abgeordnete Dirk Niebel gegenüber dem Evangelischen Pressedienst. Er nannte Möllemanns Äußerungen „gefährlich“, sie verhinderten jedwede friedliche Lösung des Nahost-Konflikts.

epd / HAZ 10.10.2001



[\[Homepage\]](#) [\[Aktuelles\]](#) [\[Aktionen\]](#) [\[Ratschlag\]](#) [\[Presse\]](#) [\[Friedensbewegung\]](#) [\[Friedensforschung\]](#) [\[Memorandum\]](#) [\[Regionen\]](#) [\[Themen\]](#)

Einmischung erwünscht: Für eine Zivilisierung des israelisch-palästinensischen Konflikts

Erklärung des Bundesausschusses Friedensratschlag zur Situation im Nahen Osten

(1) Der israelisch-palästinensische Konflikt ist nach wie vor von einer friedlichen Lösung weit entfernt. Die Eskalation der Gewalt bestimmt zur Zeit den Prozess im Nahen Osten, der Friedensprozess ist zusammengebrochen. Die zaghaften Annäherungsversuche zwischen Israelis und Palästinensern, die mit den Oslo-Verhandlungen Anfang der 90er Jahre begannen, scheinen zerstört. Gegen unbewaffnete palästinensische Demonstranten setzt das israelische Militär tödliche Waffen ein, auf palästinensische Terrorattentate reagiert es mit dem Einsatz von Artillerie und Kampfflugzeugen. Beide Seiten handeln nach dem archaischen Gesetz des "Auge um Auge, Zahn um Zahn". Seit Beginn der sogenannten Al-Aksa-Intifada sind auf beiden Seiten über 500 Menschen, die meisten von ihnen Palästinenser, getötet worden, darunter rund 70 Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren. Mehrere tausend Palästinenser und einige hundert Israelis wurden verwundet.

Vertane Chancen und Fehlentwicklungen

(2) Der neuerliche Ausbruch offener Gewalt ist das Ergebnis von vertanen Chancen der letzten Jahre und von Fehlentwicklungen, die zum Teil tief in die Geschichte der israelischen Staatsgründung hinein reichen. Israel hatte seine Sicherheit stets auf militärische Stärke gegründet und mit einer Expansionspolitik versucht, diesen Status zu sichern. Durch die Besetzung dieser Gebiete und die Errichtung jüdischer Siedlungen hatte sich die Lage weiter verschärft. Bei den vertriebenen Palästinensern, die teilweise seit Jahrzehnten in Flüchtlingslagern leben, wuchs der Hass auf die israelische Besatzungsmacht von Jahr zu Jahr. Aus diesem Potenzial lassen sich immer wieder "Kämpfer für die Befreiung Palästinas" rekrutieren, die dann mit Anschlägen oder Selbstmordattentaten gegen Israel vorgehen. Wenn die israelische Armee darauf wiederum mit militärischen Mitteln antwortet, so dreht sie weiter an der Schraube der Gewalt, denn mit jedem Militärschlag wächst auch der Hass auf die Besatzer und die Bereitschaft zu weiteren Racheakten. Über kurz oder lang wird der israelischen Regierung, die diese Situation stets ignoriert und einseitig auf militärische Reaktionen gesetzt hatte, nichts anderes übrig bleiben, als eine friedliche Lösung des Konfliktes anzustreben. Nur über Verhandlungen und der Bereitschaft zu wirklichen Kompromissen wird Israel auch zu einem Ausgleich mit seinen Nachbarstaaten und den Palästinensern gelangen und somit letztendlich auch die notwendige eigene Sicherheit verbessern.

(3) Von der israelischen Friedensorganisation Gush Shalom wurden vor kurzem 80 Thesen vorgelegt, die für ein "neues Friedenslager" notwendig seien. Darin heißt es unter anderem, dass es eine entscheidende Aufgabe sein wird, die "einseitige Sicht des Konflikts aufzugeben." Jede Seite sollte in der Lage sein, "die nationale geistige Welt der anderen Seite zu verstehen" und sich als gleichberechtigte Partner gegenüber zu treten. Die Möglichkeit einer einvernehmlichen Lösung wird durch eine "unsensiblen, herablassende, anmaßende Haltung" ausgeschlossen. Zur Lösung des Konflikts müssen die unterschiedlichen Geschichtsdeutungen verstanden werden, dabei ist unter der Oberfläche zu suchen, "an den Wurzeln des historischen Konflikts zwischen den beiden Völkern."

Der Konflikt ist nicht zu verstehen ohne seine Geschichte

(4) Die nationalen Bewegungen im Europa des 19. Jahrhunderts waren durch einen zunehmenden Antisemitismus gekennzeichnet. Aus dieser feindlichen Haltung gegenüber der jüdischen Bevölkerung entwickelte sich die zionistische Bewegung. Dem europäischen Modell folgend war der Zionismus darum bestrebt, einen eigenen Nationalstaat zu gründen, aus religiösen und traditionellen Gründen sollte dies in Palästina (hebräisch: Erez Israel) sein. Unter der Losung "Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land" strebte der Zionismus die Gründung eines jüdischen Staates in Palästina an. Doch Palästina war zu keiner Zeit ein leeres Land; dort lebten Ende des 19. Jahrhunderts etwa eine halbe Million Menschen, 90 Prozent davon waren Araber. Somit war das Ansinnen, einen jüdischen Staat in Palästina gründen zu wollen, von Unkenntnis über das Land und von einer Arroganz und anmaßenden Haltung gegenüber den dort lebenden Menschen geprägt. Dementsprechend formierte sich unter der arabischen Bevölkerung ein Widerstandspotenzial gegen das Eindringen der Zionisten in Palästina.

(5) Nach dem I. Weltkrieg nahmen die Auseinandersetzungen zwischen den zionistischen Einwanderern und der arabischen Bevölkerung weiter zu. Verstärkt wurden diese Auseinandersetzungen durch die Judenverfolgung des Dritten Reiches. Auf der Flucht vor den Nazis versuchten viele Juden in Palästina ihr Glück, die zionistische Bewegung gewann an Stärke. Demgegenüber wuchs der Widerstand der arabischen Bevölkerung gegen eine weitere jüdische Einwanderung und gegen weiteren Landerwerb durch Juden. Durch den Holocaust, dem sechs Millionen Juden zum Opfer fielen, wurde die zionistische Forderung nach Errichtung eines eigenen Staates letztendlich politisch und moralisch gerechtfertigt.

UN-Teilungsplan und Krieg

(6) Nach dem II. Weltkrieg wurde das Palästina-Problem vor der UNO verhandelt. Durch die UNO wurde ein Teilungsplan verabschiedet, der die Gründung eines jüdischen und eines arabischen Staates vorsah. Die Stadt Jerusalem mit seiner Umgebung sollte als neutrales Gebiet einen Sonderstatus erhalten und unter internationale Aufsicht gestellt werden. Am 14. Mai 1948 wurde schließlich die Unabhängigkeit Israels verkündet. Die Bildung eines arabischen (palästinensischen) Staates wurde durch die militärischen Auseinandersetzungen verhindert. Nach dem UNO-Teilungsplan wurden Israel 55 Prozent des Landes zugeteilt; beide Staaten, sowohl der arabische als auch der jüdische, hätten nach

diesem Plan ein sehr heterogenes Staatsgebiet erhalten. Seitens der zionistischen Bewegung wurde der Teilungsplan akzeptiert; sie sah darin eine Basis für eine zu schaffende jüdische staatliche Souveränität. Von arabischer Seite hingegen wurde der UN-Teilungsplan abgelehnt. Für sie war es nicht akzeptabel, dass die Vereinten Nationen ein Land teilten, das ihnen nicht gehörte. Verstärkt wurde dies durch die Tatsache, dass nach dem Teilungsplan der jüdischen Minderheit, die nur ein Drittel der Bevölkerung ausmachte, der größte Teil des Landes übergeben werden sollte.

(7) Nach dem Teilungsplan und der Unabhängigkeitserklärung Israels folgte ein Krieg, bei dem beide Seiten versuchten möglichst viel Land der anderen Seite zu erobern. Im Verlauf der militärischen Auseinandersetzungen der Jahre 1948/49 hat Israel sein Staatsgebiet über die Grenzen des UN-Teilungsplanes hinaus ausgedehnt und umfasste nunmehr 78 Prozent des Territoriums. Mit dieser Ausdehnung ging die systematische Vertreibung der arabischen Bevölkerung einher, während des Krieges wurden etwa 750.000 Palästinenser enturzelt. Aus dem 1949 zwischen Israel und den arabischen Staaten geschlossenen Waffenstillstand ging der Staat Israel eindeutig als Sieger hervor, er verfügte nun über ein homogenes Gebiet, das von Eilat am Roten Meer bis zur libanesischen Grenze reichte. Die verbleibenden Reste (Westjordanland und Gaza-Streifen) des ursprünglich geplanten arabischen Staates kamen unter jordanische bzw. ägyptische Herrschaft. Während die Israelis den Krieg von 1948/49 bis heute als "Unabhängigkeitskrieg" feiern, wurden die Folgen des Krieges von den Palästinensern verständlicherweise nur als "Katastrophe" (Al-Nakba) empfunden.

(8) Während des Sechs-Tage-Krieges von 1967 besetzte Israel schließlich auch das restliche Territorium und darüber hinaus auch den zu Syrien gehörenden Golan sowie die zu Ägypten gehörende Sinai-Halbinsel. Erst nach dem Oktoberkrieg von 1973 zog sich Israel aus Teilen des Golan und Sinai zurück. Nach den Friedensverhandlungen zwischen Israel und Ägypten und dem am 12. März 1979 geschlossenen Camp-David-Abkommen wurde die Sinai-Halbinsel schließlich an Ägypten zurückgegeben. Die israelische Politik war in dieser Zeit durch die Grundsätze geprägt, dass es keine Rückkehr zu den Grenzen von 1949 geben sollte, da sonst die Verteidigungsfähigkeit Israels eingeschränkt würde. Ein zweiter Grundsatz bestand darin, dass eine unabhängige und starke Militärmacht ausgebaut werden müsse, die auf die arabischen Gegner eine abschreckende Wirkung haben sollte.

(9) In den von Israel besetzten Gebieten sorgte das Besatzungsrecht für weitere Spannungen und ein latent vorhandenes Konfliktpotential. Repressalien wie Vertreibung von Grund und Boden, die Sprengung von Häusern sowie die Schließung von palästinensischen Einrichtungen waren an der Tagesordnung.

Die israelische Siedlungs- und Besatzungspolitik als Quelle von Gewalt

(10) Neue jüdische Siedlungen wurden in den besetzten Gebieten geschaffen. Die arabische Bevölkerung wurde in den Gebieten drangsaliert und vertrieben. Dabei wurden den "Abwesenden" (den Flüchtlingen) große Teile ihres Landes weggenommen; ebenso den offiziell als "abwesend Anwesenden", jenen Arabern also, die zwar physisch in Israel geblieben waren, nicht aber Bürger des israelischen Staates werden durften. Die Siedlungsbewegung ging einher mit einer zunehmenden Immigration von Juden, die teilweise mit großem Aufwand betrieben wurde. Ziel dieser Politik war die weitere Stärkung der Machtstellung Israels.

(11) Die israelische Siedlungspolitik verstößt ohne Zweifel gegen internationales Recht. Durch diese Politik trägt Israel entscheidende Verantwortung an der zunehmenden Gewalteskalation im Nahen Osten. Der UN-Teilungsplan hatte für den jüdischen Staat 55 Prozent des Landes (Palästina) vorgesehen, nach dem Krieg von 1948/49 besetzte Israel weitere 23 Prozent und nach dem Sechstagekrieg von 1967 die verbleibenden 22 Prozent. Die Politik Israels orientiert sich dabei an dem Grundsatz, dass die Errungenschaften des Krieges von 1948/49 feststehende Fakten sind, an denen nicht zu rütteln ist. Verhandlungsgegenstand und mögliche Kompromisslinien können sich demzufolge lediglich auf die verbleibenden 22 Prozent beziehen. Diese Haltung spiegelt eine eklatante Missachtung der UN-Resolutionen wieder und missachtet permanent internationales Recht.

Wirtschaftliche und soziale Folgen der Besatzung

(12) Auch während der Verhandlungen zum Oslo-Abkommen und in dessen Folge setzte die israelische Regierung ihre Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten fort. Unbarmherzig erfolgte die Er

richtung neuer und die Erweiterung bestehender jüdischer Siedlungen. Das israelische Militär besitzt die Kontrolle über alle wichtigen Straßen im Westjordanland und seiner Umgebung. Durch die israelische Politik sind die Autonomiegebiete zu einer Art Flickenteppich geworden, der von Israel kontrolliert wird. Damit wird vor allem auch die wirtschaftliche Entwicklung der Autonomiegebiete behindert. Zu der israelischen Besatzungspolitik und ihren negativen Folgen kommt die dramatische Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation hinzu. In weiten Teilen gibt es bereits Lebensmittelmangel und einen akuten medizinischen Versorgungsnotstand.

(13) Die im Gaza-Streifen und im Westjordanland lebenden Palästinenser sind einer permanenten Aggression und Demütigung durch die israelische Seite ausgesetzt. Unbewaffneter palästinensischer Widerstand ist demnach legitim. Zu verurteilen sind dagegen Terrorakte gegen israelische Einrichtungen und (Selbst-)Mordanschläge auf israelische Militärpersonen und Zivilisten. Eine Politik allerdings, die ausschließlich von den Palästinensern eine klare Absage an Gewalt verlangt, zur staatlich sanktionierten militärischen und strukturellen Gewalt Israels gegen die Palästinenser (von gezielten "Hinrichtungskommandos" über die Siedlungsausdehnung bis zur wirtschaftlichen Strangulierung) jedoch schweigt, ist von Einseitigkeit geprägt und kann in diesem Konflikt nicht neutral vermitteln.

Friedensbewegung verlangt Einmischung für den Frieden

(14) Um eine Friedenslösung im Nahen Osten zu erreichen, sind verstärkte internationale Vermittlungsanstrengungen notwendig. Sie müssen sich daran orientieren, dass für alle Menschen in der Region eine Lebensperspektive zu entwickeln ist. Eine Rückkehr zur Politik verlangt von beiden Seiten die Anerkennung der im Mitchell-Bericht formulierten Grundbedingungen: die Einstellung aller Gewalthandlungen und den Stopp der Siedlungstätigkeit.

(15) Unter dieser Voraussetzung und in Anlehnung an die von der israelischen Friedensbewegung ausgearbeiteten "[80 Thesen für ein neues Friedenslager](#)" sollten folgende Grundlagen dabei Beachtung finden:

- Neben Israel wird ein unabhängiger und freier Palästinastaat gegründet.
- Die "Grüne Linie" (die Grenze vor dem Sechs-Tage-Krieg 1967) wird die Grenze zwischen den beiden Staaten. Mit Zustimmung beider Seiten ist ein begrenzter Gebietsaustausch möglich.
- Die israelischen Siedlungen auf dem Territorium des Palästinastaates werden geräumt.
- Die Grenze zwischen den beiden Staaten wird nach einer zwischen beiden Seiten vereinbarten Regelung für die Bewegung von Personen und Gütern offen sein.
- Jerusalem wird die Hauptstadt beider Staaten - West-Jerusalem die Hauptstadt Israels und Ost-Jerusalem die Hauptstadt Palästinas. Der Staat Palästina wird die vollständige Souveränität in Ost-Jerusalem besitzen, einschließlich des Haram al-Sharif (Tempelberg). Der Staat Israel wird die volle Souveränität in West-Jerusalem besitzen, einschließlich der West-Mauer ("Klagemauer") und des jüdischen Viertels.
- Israel wird prinzipiell das Recht der Palästinenser auf Rückkehr in ihre Heimat als ein unveräußerliches Menschenrecht anerkennen. Gleichzeitig muss eine praktische Lösung des Problems durch ein Abkommen erreicht werden, in dem faire und praktikable Maßnahmen entwickelt werden, die sowohl eine Rückkehr in die Staaten Palästina und Israel ermöglichen als auch Entschädigungen vorsehen.
- Die Wasservorkommen werden gemeinsam kontrolliert und in einem gleichberechtigten und fairen Abkommen zugeteilt.
- Die Unverletzlichkeit beider Staaten wird in einem zweiseitigen Abkommen (das auch dritte Garantiemächte einschließen kann) garantiert, das die spezifischen Sicherheitsinteressen Israels wie Palästinas berücksichtigt.

Bundesregierung, EU und Friedensbewegung

(16) Die Bundesregierung und die EU können diesen Prozess am besten dadurch unterstützen, dass sie sich in diesem Konflikt politisch neutral verhalten und sich für die ökonomische Entwicklung und soziale Wohlfahrt der Region engagieren. Über die hier beschriebenen

Grundlagen hinaus tragen sie Verantwortung dafür,

- dass auf beide Seiten diplomatischer Druck ausgeübt wird, damit die Linie der Gewalt und der andauernden Siedlungstätigkeit verlassen wird;
- dass jene EU-Bestimmungen aufgehoben werden, die den israelischen Siedlern in der Westbank und im Gaza-Streifen EU-Subventionen gewähren;
- dass keine weiteren Waffenlieferungen in die Krisenregion erfolgen.

(17) Als Teil der deutschen Friedensbewegung, die sich in ihrer Gesamtheit der besonderen Verantwortung gegenüber dem jüdischen Volk bewusst ist und deshalb sowohl das Existenzrecht Israels als auch die Lebens- und Menschenrechte der Palästinenser verteidigt, begleiten wir die von Gewalt und Hass geprägte Entwicklung mit großer Sorge. Der Bundesausschuss Friedensratschlag unterstützt alle politischen Kräfte und Initiativen auf beiden Seiten, die sich für eine nicht-rassistische, nicht-militärische und gewaltfreie Lösung des Nahostkonflikts einsetzen. Jegliche Form der Vorverurteilung einer der beiden Seiten lehnen wir ab, jede Form des Antisemitismus und Antiarabismus bekämpfen wir. Und jeglichen Versuch von außen, den israelisch-palästinensischen Konflikt im geopolitischen, militärstrategischen oder ökonomischen Interesse irgendeiner Welt- oder Regionalmacht zu instrumentalisieren, lehnen wir als unzulässige Einmischung ab. Einmischung ja - aber mit zivilen, friedlichen Mitteln, selbstlos und ausschließlich zum Wohl der betroffenen Völker. An diesen Kriterien werden wir auch die Nahost-Politik der eigenen Regierung messen.

Frankfurt am Main / Kassel, 08. Juni 2001

Für den Bundesausschuss Friedensratschlag:
Bernd Guß und Peter Strutynski (Sprecher)

[Zurück zur Seite "Nahe Osten"](#)
[Zu anderen Ländern/Regionen](#)
[Zur Presse-Seite](#)
[Zurück zur Homepage](#)

[\[Homepage\]](#) [\[Aktuelles\]](#) [\[Aktionen\]](#) [\[Ratschlag\]](#) [\[Presse\]](#) [\[Friedensbewegung\]](#) [\[Friedensforschung\]](#) [\[Memorandum\]](#) [\[Regionen\]](#)
[\[Themen\]](#)

Kasseler Friedensforum, Spohrstr. 6, 34117 Kassel, eMail: strutype@hrz.uni-kassel.de

00000000

An dieser Stelle hatte ich vor den Artikel „**Die Dschihad-Falle**“ Süddeutsche Zeitung vom 25. 09. 2001 von BERNARD HAYKEL, der Islamwissenschaften an der New York University lehrt, wiederzugeben. Die Nachdruckrechte einzuholen war mir zu aufwendig und vermutlich auch zu teuer. Ich verweise auf: <http://www.diz-muenchen.de/>

00000000

Eine Buchbesprechung und ein Kurztext zur Gründungszeit der Grünen

aus Alternative 2000, Hrsg. Georg Otto, Gänseberg 11, 31079 Eberholzen

Hartmut Gründler Ein Leben für die Wahrheit - Ein Tod gegen die Lüge

Hartmut Gründler - das „Schwäbische Tagblatt“ nannte ihn einen „Sokrates unserer Tage“. Anlässlich des 20. Todestages Hartmut Gründlers erscheint im G&M Westermayer-Verlag eine Neuausgabe seiner wichtigsten Schriften, ergänzt durch Dokumente, Fotos und eine Auseinandersetzung mit Gründlers politisch-philosophischem Vermächtnis. Gründlers mitreißender Essay zur sprachlichen Verpackung der Kernenergie-Werbung der 70er Jahre hat heute noch Gültigkeit; seine Kritik des Zwiedenkens kann durchaus auf die sprachliche Vermarktung der Risikotechnologien der 90er Jahre übertragen werden.

In den weiteren Schriften Gründlers werden seine Hauptanliegen deutlich: Nicht nur der rastlose Einsatz gegen die atomare Bedrohung, sondern ebenso die Verpflichtung gegenüber einer wahrhaftigen Sprache und die kompromisslose Praxis der Gewaltfreien Aktion im Sinne Gandhis.

Der gewaltfreie Kampf des Tübinger Lehrers Hartmut Gründler fand vor 20 Jahren ein erschreckendes Ende in seiner Selbstverbrennung am Buß- und Betttag 1977 im Vorfeld des „Atom-Parteitags“ der SPD in Hamburg.

Wilfried Hüfler / Manfred Westermayer (Hrsg.):
Hartmut Gründler. Ein Leben für die Wahrheit, ein Tod gegen die Lüge.
ISBN 3-923596-06-5; Gundelfingen: G&M-Westermayer, November 1997; 80 Seiten,
DM 16,50 incl. Porto durch "Alternative 2000"

oooooooooooooooo

Hartmut Gründler nahm nach den Demonstrationen gegen das AKW Grohnde im Frühjahr 1977 an der ersten Besprechung von Bürgergruppen für eine Ökopartei im Collegium Humanum in Vlotho teil. Vorher war bei der 2. Demo mein Aufruf „AKW-Gegner in den Landtag verteilt worden. Bei den weiteren Beratungen war Hartmut Gründler nicht mehr dabei. Er ging einen anderen Weg. Ein letztes Mal kreuzten sich - bildlich gesprochen - unsere Wege am Buß- und Betttag-1977: Hartmut Gründler verbrannte sich aus Protest gegen die

Atomenergiepolitik der SPD-FDP-Regierung vor einer Hamburger Kirche. In Hamburg fand der Parteitag der Atomenergiepartei SPD statt.

An diesem Tag gründeten Mitglieder der GLU - GRÜNE LISTE UMWELTSCHUTZ Hildesheim zusammen mit 9 Kreisverbänden der Umweltschutzpartei Niedersachsen (USP) den Landesverband der GLU Niedersachsen vor. Inzwischen waren in Hildesheim die Vorbereitungen - eine Ökopartei zu gründen - weitergegangen und führten bei einer im Zuge der Gebietsreform notwendig gewordenen Neuwahl für einen Kreistag der zusammengelegten Kreise Alfeld mit Hildesheim zur Beteiligung der GLU an der Kreistagswahl, bei der am 23.

10. Mit 1,2% ein Kreistagssitz erworben wurde. Dies war das eigentliche Signal für die bundesweite Bildung grüner und bunter Listen.

Der Parteitag der SPD nahm von Protesttod Hartmut Gründlers kaum Notiz. Das Leben eines einzelnen war für die Parteimanager uninteressant. Daß wir es in Hildesheim wagten, die Lunte an das morsche Parteiensystem der BRD zu legen und den Altparteien Stimmen zu entreißen, das allerdings war ein Thema für den SPD-Parteitag. Mehrere Stunden wurde über die grüne Gefahr diskutiert.

Wir haben Hartmut Gründler nicht vergessen. In der Broschüre „10 Jahre Grüne - Wege aus der grünen Krise“ - (1987) gedachten wir des Vorkämpfers für eine gewaltfreie Politik. In diesem Rahmen ist auch sein Kampf für eine atomenergiefreie Politik einzuordnen. Seinen Kampfgefährten Wilfried Hüfler und Manfred Westermayer ist für die Herausgabe der Schrift zu danken, damit Hartmut Gründlers Ideen und Leben ein bleibender Platz in der Bürgerbewegung unseres Landes bewahrt bleibt.

Georg Otto

XXXXXXXXXXXXXXXXXX

Abstimmungen

zur Nato-Erweiterung im Osten und militärischen Einsatz im Ausland

FAX vom 25. März 1998 an den Deutschen Bundestag / Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

von Tristan Abromeit

(Abschrift 10/2001)

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Bundeshaus in Bonn scheint unabhängig von der Fraktions- und Flügelzugehörigkeit ein Haus der schlechten Problemlösungen zu sein. Woran liegt es? Warum wird das Thema Nato-Erweiterung so verengt und verkrampft abgehandelt?

Die ehemaligen Satelitenstaaten der untergegangenen Sowjetunion haben ein Sicherheitsbedürfnis, Rußland hat ein Sicherheitsbedürfnis, Frankreich wirft der bundesrepublikanischen Politik US-Hörigkeit vor. Unsere Freunde aus den USA haben uns nach dem Krieg gelehrt, daß man sich gegen anmaßende oder unterdrückerische Politik zur Wehr setzen muß. Diese Lehre gilt es auch dann anzuwenden, wenn die Anmaßung von unseren Lehrern in Sachen Demokratie betrieben wird.

In einer solchen Situation ist nicht Natoauflösung, Austritt aus der Nato oder Nato-Ost-Erweiterung angemessen, sondern Umbildung der Nato in ein rein europäisches Verteidigungssystem ohne USA und Rußland. Gleichzeitig die Bildung von Verteidigungsbündnissen Nordamerika und Rußland mit angrenzenden asiatischen Staaten. Daß die nördliche Erdhalbkugel nicht die ganze Welt ist, wird dabei nicht übersehen, und daß ein solches Vorhaben vom Bundestag - besonders von einer Minderheiten-Fraktion - nicht geplant und beschlossen werden kann, ist doch klar. Aber es geht um Perspektiven. Es geht darum, daß Bedrohungsgefühle und nationale Eitelkeiten ernst genommen werden. Alle drei - bisher nur gedachten - Verteidigungsbündnisse (Nordamerika, europäisches Rußland mit Asien-Anteil und Europa) könnten dann einen Beistandspakt der Art abschließen, daß jedes Paktmitglied jedem anderen Mitglied unmittelbar zur Hilfe eilt, wenn es aus der eigenen Reihe oder von außen bedroht oder angegriffen wird. Das Sicherheitsbedürfnis von Rußland wäre befriedigt, die USA wären auf Distanz, aber nicht ganz draußen und Europa könnte militärisch etwas Gemeinsames bilden.

Während des kalten Krieges habe ich gegen die Blockpolitik argumentiert, weil sie widernatürliche und lebensfeindliche Gebilde waren (sind). Die hier vorgeschlagenen nördlichen Verteidigungssysteme sind auch noch nicht das anzustrebende Ideal einer befriedeten Welt, aber nicht vergleichbar mit den alten Machtblöcken. Vor allem deshalb nicht, weil diese Bündnisse mit offenen Grenzen, freiem Güterverkehr und gegenseitiger Kontrolle vor Ort und aus der Luft funktionieren (können).

Ergänzt werden können diese Maßnahmen durch:

1. Die ernsthafte Entwicklung der Verteidigung durch eine gewaltlose Gewalt (ein Begriff aus der 50er Jahren, der sich m.E. nicht ganz mit dem späteren Begriff der sozialen Verteidigung deckt. Die Friedensbewegung und auch die GRÜNEN sind hier schlicht weg

lamentierend ihrer Aufgabe nicht nachgekommen. Es ist einfach unredlich, gegen eine militärische Hilfe für bedrohte Menschen zu polemisieren, wenn keine andere Hilfe vorbereitet wurde. Pazifismus ist eben nicht, sich alles gefallen zu lassen und zuzusehen, wenn Unrecht ge-

schieht. (Ich übersehen dabei nicht, daß heute bei militärischen Einsätzen ganz andere Motive wirken können als die nach außen hin dargestellten.) Es ist dabei auch nützlich, die Militärs, die Bundeswehr in die Entwicklung der nichtmilitärischen Verteidigung einzubinden, auch wenn diese Art der Verteidigung hauptsächlich im Zivilleben verankert werden muß. Für einen Auftrag an die Bundeswehr spricht: a) daß man die Ehre der Soldaten als Verteidigungsspezialisten kitzeln kann, b) daß sie zeitlich sowieso mit der Produktion von Sicherheit beschäftigt sind und nur beim Gegenstand ihrer Tätigkeit eine Akzentverlagerung vornehmen müssen und c) mit der Beschäftigung mit der nichtmilitärischen Verteidigung ein anderes Denken in ihren Köpfen Raum greift. (Ich weise in diesem Zusammenhang noch einmal auf eine Schrift von Bodo Manstein und Nikolaus Koch aus dem Jahr 1959 hin. Sie trägt den Titel „Die Freiwilligen - Ausbildung zur gewaltlosen Selbsthilfe und unmilitärischen Verteidigung“. Die Schrift sollte von den Bündnisgrünen neu aufgelegt werden.)

2. Die Ermöglichung von Frieden beginnt weit vor allen Verteidigungsbündnissen und -strategien. Fanatismus und Haß in Bezug auf Religion, Nationalität oder Rasse ist meistens die Folge von unterdrückten konstruktiven Lebensäußerungen und -möglichkeiten. Es gehört nicht allzuviel Scharfsinn dazu zu erkennen, daß eine zentralistische Gesellschaftsordnung prinzipiell nur auf Unterdrückung aufgebaut werden kann. Nicht ohne Grund stand im Gründungsstadium der grünen Partei die Idee von der Dezentralität so hoch im Kurs. Beide Strömungen, die Fundis und Realos, haben dafür gesorgt, daß die Partei vom Kurs abgekommen ist. Der Kürze wegen möchte ich hier nur auf ein Buchtitel von Karl Hahn verweisen: „Föderalismus - Die demokratische Alternative“ - „Eine Untersuchung zu P.-J. Proudhons sozial-republikanisch-föderativen Freiheitsbegriff“.
3. Schon die militärisch Rüstung hat zum größten Teil gar nichts mit einem berechtigten Verteidigungsbedürfnis zu tun, aber viel mit einer verfehlten Ökonomie. Die kapitalistische Deformierung oder Überlagerung der Marktwirtschaft mit all den Fehlentwicklungen, über die täglich in den Nachrichten berichtet wird, erlaubt keinen globalen und langfristigen Frieden. Wie diese strukturell begründete Deformierung der Ökonomie zu überwinden sei, darüber wollte die Urgründungsgruppe der grünen Partei, jene Leute, die mehr zufällig über die freiwirtschaftlichen Erkenntnisse erfahren hatten, aufklären. Diese Aufklärungsarbeit ist aber eben auch von jenen sabotiert worden, die sich heute gegen militärische Einsätze der Bundeswehr im Ausland wenden. Hitler und das folgende Elend hätte nicht sein müssen, wenn die Demokraten davor lernfähig gewesen wären. Das Thema Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung hätte abgehakt sein können, wenn die Grünen das hergestellt hätten, wozu sie gegründet wurden, nämlich eine Gegenöffentlichkeit (dazu braucht man keine Regierungsbeteiligung). Jeder Tag, der mit den ökonomischen Zuständen von gestern beginnt, bedeutet für Menschen auf dieser Welt einen tausendfachen vorzeitigen Tod, millionenfachen Betrug um das Lebensglück und den Vorenthalt von Frieden, Freiheit und Wohlstand. Die Grünen haben entgegen ihrem Gründungsverständnis daran mitgewirkt. (Wenn wir Bündnisgrünen bei der nächsten Bundestagswahl auch einen auf den Hut bekommen, dann haben wir das verdient.)

Mit freundlichen Grüßen

Tristan Abromeit

Nachträge

- 1) Der Spiegel hätte seine Titelgeschichte „USA Die Herren der Welt“ auch schon 10 Jahre früher schreiben können. (Nr. 36/1.9.97) Da wo es Herren gibt, gibt es auch Knechte und Sklaven. Der Auftrag der Demokratie ist aber, Verhältnisse ohne Knechte und Sklaven zu schaffen. Oder anders ausgedrückt: Die erduldenende Anerkennung der USA in der Rolle des selbsternannten Weltpolizisten durch die Völkergemeinschaft ist genauso eine Kapitulation des demokratischen Prinzips, wie es die Duldung der Ausübung nicht übertragener Verfassungsrechte des Volkes durch den Bundestag und die Bundesregierung ist. Oder noch anders und einfacher ausgedrückt: In Bezug auf den US-Verbündeten: „Freunde, die nicht gehen können sind Feinde.“ In Bezug auf die kleinen und großen Macher in Bonn: „Wer keine Freunde gehen lassen kann, ist selber kein selbständiges politisches Subjekt.“

- 2) Auch für den Fall, daß uns und der Welt durch glückliche Umstände Hitler - ohne gleichzeitige Überwindung des kapitalistischen Prinzips - erspart geblieben wäre, wäre uns dadurch nicht der Krieg erspart geblieben. In einem Artikel „Sinkender Zins macht Weltpolitik“ vom 22. 5. 1938 (Schule der Freiheit) wird auf die vorteilhaften Wirkungen des damals sinkenden Zinses auf die Privat- und Staatshaushalte hingewiesen. Und gleichzeitig wird über die Klagen jener berichtet, die ein Interesse an hohen Zinsen haben.. Bei der Aufzählung der Möglichkeiten, den Zins wieder hoch zudrücken heißt es dann:
„So bleibt den Zinsinteressenten ein weiterer Weg offen: Der Krieg. Professor Akerman schreibt in seinem oben angeführten Aufsatz im Vierteljahresbericht der Skandinaviska Kredit A.B., daß der Zins weiter sinken wird, 'wenn es nicht wieder zu einem neuen Weltkrieg kommt.' In diesem unscheinbaren Nebensatz ist ungeheuer viel zu lesen: ein größerer Krieg und seine wirtschaftliche Folgen würde schlagartig günstige Voraussetzungen für das Zinskapital schaffen.“ ...

0000000

Teilttext aus einem Schreiben an den Bundesvorstand der Partei Bündnis 90 / DIE GRÜNEN vom 12. 5. 99 zum Thema Delegiertenkonferenz in Bielefeld

Bündnis 90 - Die GRÜNEN: Ist der Absturz in der Werteskala vom politischen Hoffnungsträger zum politischen Abschaum noch zu stoppen? - Es ist unfruchtbar, nur über ein Pro oder Kontra der Bombardierung abzustimmen.

Organisatorisch ist der Ablauf der BDK ja wohl gar nicht mehr zu beeinflussen. Eine Partei ist ein mehr als problematisches politisches Instrument. Seit der Gründung der Grünen sind von der Partei eine große unbekannte Zahl von Mitgliedern in die Resignation getrieben worden. Von denen, die inzwischen politisch enttäuscht und verbittert gestorben sind, spricht keiner. Wichtig wäre eine Debatte, die so geführt wird, daß sie nicht nur den Interessen der machtgeilen Mitglieder, der hauptamtlichen Funktionäre und denen der Ideologen dient, sondern allen Mitgliedern und vor allen dem leidenden Menschen und der leidenden Natur allgemein. Es ist wohl nicht nur mein Eindruck, daß die heutige grüne Partei nur noch rudimentär die politischen Impulse repräsentiert, die zu ihrer Gründung geführt haben.

Nicht nur Milosevic und nicht nur die beteiligten westlichen Regierungen gehören vor den internationalen Gerichtshof, sondern politisch gesehen sind auch die Grünen Angeklagte - egal ob zum Pro- oder Kontra-Lager gehörend.

Die aktuelle Debatte auf der BDK kann dadurch entschärft werden und einen Sinn erhalten, daß nicht nur über einen Bombenstopp oder eine Bombenpause abgestimmt wird, sondern daß der Bund wenigstens den Gegenwert von einem Bomber in die Analyse der ökonomischen Ursachen und der Analyse des Ablaufes des Jugoslawien-Krieges durch unabhängige Wissenschaftler - wenn es die gibt - investiert. Der Krieg in Jugoslawien (und die desolaten Zustände in Rußland) haben viel mit einer kriminell zu nennenden westlichen Politikberatung und einer Informationsunterdrückung im sozialökonomischen Sektor der GRÜNEN zu tun. Ein Schritt weiter in die eingeschlagene Politikrichtung, und aus den Grünen, die jetzt schon Mitschuldige sind, werden Verbrecher.

Da unsere (auch von den Grünen mißachtete und mißbrauchte) Verfassung kein imperatives Mandat für die Mitglieder der Regierung und den Bundestag vorsieht, können alle Beschlüsse der BDK in Bezug auf Regierung und Parlament nur Empfehlungscharakter haben. Mir scheint es notwendig zu sein, die Delegierten auf diesen rechtlichen Aspekt der Versammlung aufmerksam zu machen. Wenn die BDK eine andere Politik will, als sie von grünen Mitgliedern des Bundestages und der Bundesregierung praktiziert wird, muß sie sich für Neuwahlen stark machen. Besser noch wäre es, die Bündnisgrünen würden Versäumtes nachholen und den GG-Auftrag erfüllen zu helfen, der da lautet: Die vereinte deutsche Gesellschaft, die einzelnen Bürger (nicht die Parteien) beschließen erstmals eine demokratische Verfassung.

Abromeit Tristan

oooooooooooo

Bürger-Reaktionen auf die Ereignisse vom 11. September 2001

Nach den Terroranschlägen in den USA haben Bundesbürger in vielerlei Weise ihr Mitgefühl, ihre Angst vor einem allgemeinen Terror - Krieg genannt - und ihre Überlegungen zu den Vorgängen zum Ausdruck gebracht. Ein nicht geringer Teil hat - wie auch ich hier - seine Gedanken niedergeschrieben und anderen mitgeteilt.

Leserbriefe, über die Post auf dem Weg gebrachte Serienbriefe und offene Briefe, auf den Home Page des Internetzes, als E-Mail-Ketten und als Einzelbriefe waren und sind die Mitteilungsformen. Eine Kusine, die als Krankenschwester im zweiten Weltkrieg von Bomben zerfetzte Kinder versorgte, nach dem Krieg KZ-Häftlinge pflegte und sich dabei eine Tbc holte, deren Folgen sie wie eine schwere Last durch ihr ganzes Leben trägt, sandte mir einen sehr besorgten Brief.

Ich habe ein paar dieser Bekundungen hier zusammengestellt. Es ist bestimmt kein repräsentativer Ausschnitt bürgerlicher Stellungnahmen. Es ist aber auch keine gezielte Auswahl mit bestimmten Tendenzen, sondern mehr eine Auswahl von Äußerungen, die meine Aufmerksamkeit aktivierten.

Aus der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 1. 10. 2001:

Eiserner Kehraus wirklich erwünscht?

Zu dem Leitartikel „Freunde in der Not“ (schwierige Solidarität) vom 22. September:

„Ein guter Rat ist dazu da, ihn weiterzugeben. Einen anderen Nutzen hat er nicht.“ Ich weiß zwar nicht mehr, von wem dieser Spruch stammt, aber er fiel mir wieder ein, als ich den Artikel las.

Was erwarten Sie denn, Herr Mauersberg? Soll Europa den Amerikanern sagen: Jawoll, zuerst bombardiert Ihr am Besten diesen oder jenen? Als souveräne Nation sind die USA für ihr Handeln verantwortlich. Befreundete Nationen können lediglich Grenzen aufzeigen, bis zu denen sie bereit sind mitzugehen. Genau das haben sie getan. Und was die Erfahrungen der Amerikaner in der Geschichte der Konflikte betrifft, so sehe ich darin eher einen Grund, nach anderen als militärischen Mitteln zu suchen.

Auch spricht das Lehrbuch der Geschichte eine andere Sprache als Sie. Wünschen Sie sich wirklich einen eisernen Kehraus? Wenn sich die USA jetzt sorgfältig darauf vorbereiten, Krieg in Länder zu tragen, wo es den Menschen eh schon schlecht geht, dann kann ich das nicht ganz so toll finden wie Sie. Was die Friedensbemühungen der USA in allen Teilen der Welt betrifft, sind sie sicher verdienstvoll. Leider gingen diesen häufig nicht so öffentliche Bemühungen voraus, die späteren Konfliktparteien gegeneinander auszuspielen.

Was die „verbalen Abwege“ führender US-Politiker betrifft, so sind es wohl auch die internationalen Reaktionen auf diese Worte, die wesentlich dazu beitragen, dass sie nicht in der Tat auf Abwege geraten.

Hannover Steffen Brosig

oooooooo

Effizienter Schlag

Zu dem Leitartikel „Freunde in der Not“ (schwierige Solidarität) vom 22. September:

Wen würde ein militärischer Angriff der USA in Afghanistan am härtesten treffen? Es wären nicht die im Guerillakampf jahrelang erprobten Taliban-Milizen bzw. die Terror-Kommandos Osama bin Ladens. Im wahrsten Sinn des Wortes „leidtragend“ wäre vielmehr die afghanische Zivilbevölkerung.

Wenn jedoch, durch hohe Opfer in der afghanischen Zivilbevölkerung die bereits angespannte Stimmung in Nachbarstaaten wie Pakistan eskaliert, wäre eine grundlegende Destabilisierung - zumindest der Region - die Folge. Ich mag mir nicht vorstellen, was passiert, wenn das Waffenarsenal einer Atommacht wie Pakistan in die Hände fundamentalistischer Islamisten fällt.

Zu selten wird in diesen Tagen auch die Frage gestellt, inwieweit wir westlichen Industriestaaten an dem „Erfolg“ fundamentalistischer Strömungen jeglicher Ausprägung unseren Anteil haben. Das Stichwort heißt hier „Globalisierung“.

Mittel- und langfristig lassen sich Gefahren durch Fundamentalismus und Terrorismus nur dann dauerhaft vermindern, wenn den betroffenen Menschen in ihrer Heimat Perspektiven auf

ein „ziviles“ Leben ohne Krieg, Arbeitslosigkeit und Unterdrückung eröffnet werden. Eine andere nachhaltige Lösung, dem Fundamentalismus Anhänger und Nachwuchs zu entziehen, sehe ich nicht.

Hannover

Immo de Veer

00000000

Anmaßend

Zu dem Bericht „Neue Bündnisse gegen den Terror“ vom 26. September:

Wer oder was kann grenzenlose Gerechtigkeit bringen? Es ist ziemlich anmaßend von den USA, solch ein Codewort für eine Vergeltungsaktion zu nehmen. Der Grund, der die USA veranlasst

hat, das Codewort zu ändern, ist aber noch bewegender. Die Muslime haben sich erregt über die Anmaßung der USA. Nur Allah alleine könne Gerechtigkeit bringen.

Was sagen denn die Christen, die es scheinbar überhaupt nicht berührt, dass sich eine Gruppe von Menschen anmaßt, grenzenlose Gerechtigkeit bringen zu wollen? Wer will denn bestimmen, was gerecht ist? Was ist der Maßstab? Sind etwa die USA oder die in den letzten Tagen viel gerühmte Zivilisation der Maßstab? Solange Menschen die Maßstäbe der Gerechtigkeit festlegen wollen, wird es immer auch Ungerechtigkeit geben.

Ist es gerecht, alle Welt in einen Konflikt zu verstricken? Ist es gerecht, Unbeteiligte ihrer Neutralität zu berauben, indem man sie vor die Wahl stellt, mit den USA zu sein oder gegen sie? Ist es gerecht, Hunderttausende in Hunger und Elend auf die Flucht zu schicken?

Keineswegs möchte ich die Ungeheuerlichkeit der Terroranschläge mildern. Aber wer will eine gerechte Strafe erteilen? Bestraft werden muss solch eine Tat. Ich stelle nur die Anmaßung der USA in Frage, Gerechtigkeit zu bringen.

Letztendlich wird es hier auf der Erde nie Gerechtigkeit geben, sondern nur Entscheidungen und Urteile.

Gehrden

Achim Rath

00000000

Aus der HAZ vom 4. 10. 2001

Hohe Meinung

Zu dem Leitartikel „Die Grünen vor der Wende“ (Deutschland und der Terror) vom 29. September:

Keine schlechte Idee, auf die der alte Bürgerschreck Cohn-Bendit da gekommen ist, nämlich „ein Heer von Sozialarbeitern mit dem Fallschirm über Afghanistan abzusetzen“. Klienten

gäbe es ja dort und in den Elendslagern in Pakistan in Massen zu versorgen - alles Menschen, die für das Terroristen-Massaker in den USA gewiss nicht verantwortlich sind. Beachtlich, welche hohe Meinung Cohn-Bendit von den Sozialarbeitern hat, denn wer sonst - außer den Militärs natürlich - würde es in dieser angespannten Krisenzeit wagen, mit dem Fallschirm ausgerechnet über Afghanistan abzuspringen, noch dazu freiwillig?

Aber wahrscheinlich meinen Cohn-Bendit und der Autor auch etwas ganz anderes, wenn sie die Sozialarbeiter hier als dumme Gutmenschen karikieren, mit einer den „Konsens der Eliten“ bedrohenden Nähe zu jenen, besonnenen Grünen, die es, vermeintlich aufs Gestrige fixiert, riskieren, auch nach politischen und sozialen Ursachen für die Verführbarkeit von Massen und für terroristischen Wahnsinn zu fragen. Oder macht man sich mit solchen Fragen aus dem „linken Sozialkundeunterricht“ schon als Terroristen-Sympathisant verdächtig?
Hannover Prof. Horst Exner

oooooooo

Mit Augenmaß

Zu dem Leitartikel „Die Grünen vor der Wende“ (Deutschland und der Terror) vom 29. September:

Wenn jetzt in Berlin das ausbricht, was man „Operative Hektik ersetzt geistige Windstille“ nennt, sind erst recht Grüne gefordert, die zumindest so viel Augenmaß behalten, dass Schwachstellen zuerst vernünftig analysiert werden, bevor Gesetzesänderungen oder sonstige Maßnahmen ergriffen werden. Und allen, die wie Struck oder Scharping lieber heute als morgen den Bündnis-(Kriegs-)Fall hätten: Das Grundgesetz verbietet nach wie vor irgendwelchen Einsatz der Bundeswehr außerhalb des Bündnisgebietes. Wo sind denn die Parteien, die das Grundgesetz so hoch halten?

Jeder Militärschlag trifft zu 98 Prozent Unschuldige und liefert den Terroristen den nachträglichen Beweis, dass der Westen den Islam auslöschen will. Verbrecher wie bin Laden müssen wir fangen, aber das untauglichste Werkzeug dazu sind Flugzeugträger.

Wenn wir die Wurzeln des Terrors bekämpfen wollen, müssen wir unseren israelischen Freunden vielleicht einmal klar machen, dass die winzige Gruppe radikal-militanter jüdischer Siedler endlich zur Vernunft gebracht werden muss, da sie für die arabische Welt das ist, was die Taliban für uns sind: ein Stachel im Fleisch.

Hannover Christopher Bodirsky

oooooooo

Christen und Muslime trennen Welten

Zu dem Bericht „Den Islam in Deutschland einbürgern“ vom 29. September:
Durch den Dialog der Kulturen soll der Terror überwunden werden. Wie soll ein solcher Dialog aussehen? Wird das Christentum im Gegenzug in muslimischen Ländern

eingebürgert? In Deutschland stehen Moscheen den zum Islam gehörenden Gläubigen zum Gebet zur Verfügung. Stehen Christen in islamischen Ländern Kirchen unserer Religionen zum Gebet zur Verfügung?

Islamkunde wird in deutschen Schulen teilweise schon angeboten. Wird in muslimischen Ländern zukünftig das Christentum in den dortigen Schulen gelehrt? Nur dann wäre es ein echter Dialog der Kulturen und Religionen.

Doch Zweifel sind berechtigt. Der Islam kennt den Begriff „Djihad“ (Anstrengung; Bemühung; Einsatz, um den islamischen Glauben zu verbreiten, die Herrschaft des Islams auszudehnen, und dies mit friedlichen Mitteln, aber auch notfalls mit kriegerischen Handlungen).

Das Christentum kennt derartige Ziele nicht. Christen und Muslime trennen Welten.

Betrachten wir nur die Frauen hier und dort. Ist also mit der Einbürgerung des Islams nicht nur die Information gemeint, sondern auch die daraus zu folgernde Praxis? Es ist für mich eine Horrorvision, meine Enkeltöchter entrechtet und verschleiert durchs Leben gehen zu sehen.

Hannover Hildegard Mesering

oooooooo

Aus der HAZ vom 10. 10. 2001

Warnung wichtig

Zu dem Leitartikel „Die Grünen vor der Wende“ (Deutschland und der Terror) vom 29. September:

Die Warnung der Grünen vor einem Kreuzzug des Westens gegen den Islam ist richtig und wichtig. Schließlich hat George Bush selbst genau diesen Begriff für sein militärisches Vorhaben benutzt.

Bleibt zu hoffen, dass Bush nicht wusste, wovon er da sprach: Die mittelalterlichen Kreuzzüge der westeuropäischen Länder begannen damit, dass man die Juden vor der eigenen Haustür

hinmetzelte, auf dem Zug ins Heilige Land die christlich-orthodoxen Länder ausplünderte und in Jerusalem ein Blutbad anrichtete, bei dem auch Frauen und Kinder nicht verschont wurden. Militärisch betrachtet endeten die Kreuzzüge in einem Fiasko, denn es gelang nicht, dauerhafte Friedensstrukturen zu schaffen, und von den Kreuzzügen kehrten nur wenige lebend zurück.

SPD-Fraktionschef Struck sollte froh sein, einen besonnenen Koalitionspartner an seiner Seite zu haben, statt wichtigtuerisch mit Koalitionsbruch zu drohen.

Hannover Georg Weil

oooooooooooo

Leserbriefe aus der HAZ vom 15. 10. 2001

zum Bericht „NDR in Sorge um Wickerts Denkstrukturen“ vom 5. 10. 2001

Andere Opfer übersehen?

Herrn Wickert wirft man vor, er habe unpassende Vergleiche angestellt. Nicht einmal den Versuch, etwaige Missverständnisse aufzuhellen, scheint man ihm abnehmen zu wollen. Auch

der amerikanische Präsident hat mit seinem später von eigenen Landsleuten kritisierten Wort vom neuen Krieg Missverständliches gesagt.

Blickt man nur auf die tragischen Opfer des Terroranschlages in den USA, ist man dann gerechtfertigt, die vielen anderen Opfer einer ungerechten Welt und unbarmherzigen Wirtschaftskreisläufe zu übersehen? Allein wegen Hungers sterben weltweit täglich zehnmal mehr Menschen pro Tag.

Man mag Herrn Wickert schelten, dass er ob seiner Mitverantwortung für eine breite Meinungsbildung Missverständliches von sich gegeben hat, was an exponierter Stelle vielleicht mit mehr Bedacht vorgetragen werden muss. Aber darf man diese Defizite nicht ansprechen, ohne gleich gesteinigt zu werden?

Hannover

Johannes E. C. Bönker

00000000

Bedauerlich

Wer nicht hundertprozentig hinter der Linie der Amerikaner steht, muss in Deutschland um seine Existenz fürchten. Das zeigt der Fall Wickert. Hat er nicht das ausgesprochen, was viele heimlich denken oder ganz leise sagen? In ein paar Jahren werden viele Persönlichkeiten aus der Öffentlichkeit genau das offen diskutieren, aber eben nicht jetzt. Warum fragt niemand laut und deutlich, weshalb es die Amerikaner trifft, und warum bekommen wir, wenn überhaupt, nur diplomatische Antworten? Es ist nicht das erste Mal, dass die Amerikaner Unrechtsregime lange gestützt haben und noch immer stützen. Die Taliban sind nicht die Einzigen, die erst an der Brust der Amerikaner genährt wurden, um dann der Welt Probleme zu bereiten. Darüber wird geflissentlich geschwiegen. Nun wird auch noch die Nato ganz offen zum Hiwi der USA degradiert. Aber wudem sollen wir uns nicht, und kritische Fragen darf niemand stellen.

Es ist sehr bedauerlich, dass eine Persönlichkeit wie Herr Wickert sich jetzt für etwas entschuldigen muss, was in ein paar Jahren in ähnlicher Form als Wahrheit gelten wird.

Wennigsen

Harald Herbst

00000000

Viel erreicht

Man sollte nicht vergessen, dass die USA, wie die frühere Sowjetunion auch, mit ihrer Schachbrettpolitik die Welt aufgeteilt hatten, was vielen Extremisten und Fundamentalisten die

Machtergreifung oder den Machterhalt möglich machte. Außerdem finde ich die Übereinstimmungen zwischen Bushs und bin Ladens Denkstrukturen in der Tat auffällig, jedenfalls könnten Bushs Reden, in denen er von einem Kreuzzug sprach und davon, dass der Feind in seinen Löchern ausgeräuchert werde, durchaus dem Vokabular bin Ladens oder anderer Fundamentalisten entlehnt sein.

Wenn es nicht mehr möglich ist, öffentlich alle möglichen Hintergründe und Ursachen eines solchen Attentats zu diskutieren, wenn andersartige Denkansätze vom Mainstream der oberflächlichen Gutmenschen erstickt werden, dann hat der Terrorangriff weitaus mehr erreicht, als ich gedacht und befürchtet hatte.

Wennigsen

Dieter Aneus Uden

00000000

Mutig

Bei aller Verantwortung der Medien muss doch gerade für ihre Vertreter die Meinungsfreiheit gelten. Ich kann Ulrich Wickert für seine richtigen Einsichten, die gesagt werden müssen und die ich in den Medien sonst vermisste, nur gratulieren. Jetzt weiß ich also auch, warum sie nirgends geäußert werden, und dass ich ihm außerdem für seinen Mut gratulieren muss. Im Zweiten Weltkrieg hatten die Leute BBC - und was haben wir?

Hannover

Ina Baumann

oooooooo

Aus der HAZ vom 17. 10. 2001

zu dem Leitartikel „Dunkle Motive“ („Den Terrorismus verstehen“) vom 11. Oktober

Dialog muss erfolglos bleiben

In dem Leitartikel wird mit Recht darauf hingewiesen, dass auch bei uns Erklärungsversuche zum Terrorismus oft gleichgesetzt werden mit Rechtfertigungs- und Entschuldigungsbemühungen zu Gunsten der Attentäter.

Bei den notwendigen Versuchen westlicher Zivilisationsvertreter, wenigstens einige der Ursachen für den Terrorismus auch in unserer Hemisphäre aufzuspüren, sollte nicht übersehen werden, dass auf der Gegenseite der Fundamentalisten nicht einmal der kleinste Ansatz zu Differenzierungsbestrebungen des von ihren Anführern beschworenen Feindbildes zu finden ist. Selbst ein so unfähiges und schändliches System wie das der Taliban wird von jenen Anhängern des Islam bejubelt. Dass gerade diese irregeleiteten Vertreter einer Weltreligion, mit denen jeder vernünftige Dialog erfolglos bleiben muss, eine wesentliche Ursache für das Elend in ihren „Gottesstaaten“ sind, scheint manchem unserer „Humanisten“ auch noch nicht so recht klar geworden zu sein.

Im Übrigen sage man nicht, man habe bis zum 11. September nicht ausreichend über die Gefährlichkeit islamistischer Strömungen wissen können. Bereits seit mehr als 20 Jahren beschreiben Orientkenner in ihren Büchern sehr deutlich diese Gefahren. Parolen, wie die 1980 während der Islamischen Konferenz von Islamabad ausgegebene: „Der Islam ist die einzig gültige Religion. Der Islam wird herrschen!“ wurden in der christlichen Welt bisher offenbar nicht ernst genommen.

Hannover

Peter Bensch

xxxxxxxxxxxxx

(Zu dem Leitartikel „Dunkle Motive“ vom 11. 10. 2001)

Schuld auf uns geladen

Auch wenn Erklärungen und Rechtfertigungen bei einigen Autoren nahe beieinander liegen sollten, heißt das noch nicht, dass die Erklärungen von vornherein abwegig sind. Grass, Strauß, Wickert u. a. wollen mit ihren Ausführungen nicht die Täter entschuldigen, sondern der westlichen Welt deutlich machen, dass sie zu lange auf Kosten Dritter gelebt und dadurch Schuld auf sich geladen hat. Unseren Way of Life durch Antiterrormaßnahmen zu retten ist der falsche Weg. Wir müssen lernen, dass wir anderen etwas abgeben müssen.

Die Tragik liegt darin, dass es bereits zu spät ist, den Ausgleich friedlich herzustellen. Die Ungeduldigen holen sich in ihrer Hoffnungslosigkeit ihren Anteil mit unkontrollierbaren Mitteln, und wir pochen auf unsere Rechtsordnung; aber selbst nach der ist Mundraub nicht strafbar.

Laatzen

Jürgen Ellinghaus

000000000

Zu dem Bericht „Moslems gehen weltweit gegen US-Luftangriffe auf die Straße“ vom 13. Oktober:

Ein Zeichen setzen

Jeder Mensch hat das Recht, gegen das seinem Verständnis nach begangene Unrecht zu protestieren. So in den islamischen Ländern und bei den Antikriegsdemonstrationen in Berlin und Stuttgart am 13. Oktober. Doch wo gibt es Demonstrationen gegen die islamistischen Terroranschläge in den USA?

Namhafte Politiker besuchen Moscheen und setzen damit ein Zeichen der Verbundenheit mit den Moslems. Das ist richtig so. Doch sollten die moslemischen Mitbürger - in unserem demokratischen Land ist es möglich - auch von sich aus ein Zeichen setzen und öffentlich in einer

von ihnen organisierten Demonstration bekunden, dass sie sich von jedem islamistischen Terror, wo auch immer, distanzieren.

Hannover

Ursula Chutsch

00000000

Zu dem Bericht in der HAZ

„Schröder: Deutschland in neuer Verantwortung“ vom 12. Oktober 2001:

Falscher Weg

Bundeskanzler Schröder sieht Deutschland in einer neuen weltweiten Verantwortung. Diese Verantwortung gedenkt er vor allem militärisch wahrzunehmen, indem er die Bundeswehr im Ausland einsetzen will. Das ist ein falscher Weg, denn mit Militär kann man zwar vielleicht Macht und Wohlstand für einige sichern, aber keinen dauerhaften Frieden für alle. Wer die-

sen ernsthaft will, muss weltweite Gerechtigkeit schaffen, muss Rüstungsexporte und -Produktion einstellen, muss die Spirale der Gewalt durchbrechen und die zivile Konfliktbearbeitung fördern. Doch daran denkt Schröder offenbar nicht. Er will lieber die Bundeswehr in die Welt schicken und damit lediglich an den Folgen einer Ungerechtigkeit schaffenden Politik herumdoktern.

Bremen

Joachim Fischer

000000000

Haupttext eines der **E-Mail-Unterschriftenliste** der mich erreichte. Diese E-Mails werden vom Empfänger mit Namen und Adresse ergänzt und anschließend an weitere Personen - von denen man annimmt, daß sie ebenfalls zustimmen werden - wieder auf den Weg gebracht - und zwar solange, bis eine bestimmte Anzahl von Unterzeichnern erreicht wurde. Zum Beispiel wird die 25. Unterzeichnerin aufgefordert, den Brief an die Ursprungsadresse und

oder an den Primär-Empfänger abzusenden. Wenn ich es richtig verstanden habe, dann habe ich das nachfolgende Schreiben an den Außenminister Herrn Fischer von Frau Prof. Dr. Komelia Rappe-Giesecke (mail Qe@rappe-giesecke.de web www.rappe-giesecke.de , Evang. Fachhochschule Postfach 69 03 63, 30612 Hannover) erhalten. Sie ist also nicht die Verfasserin des E-Mail-Kettenbriefes.

Sent: Monday, September 17, 2001 3:01 PM
Subject: WG: **Protestbrief an Fischer**

Sehr geehrter Herr Fischer,

wie alle Menschen in diesen Stunden sind auch wir geschockt, sprachlos und fühlen uns ohnmächtig gegenüber der menschenverachtenden Brutalität der Täter, die dieses Inferno in den USA verursacht haben. Trauer und Anteilnahme um die Opfer und deren Angehörige stehen im Vordergrund - viele haben Verwandte und Bekannte in den USA, machen sich große Sorgen um die aktuelle Situation vor Ort, stehen fassungslos vor dem Fernseher....

Unsere größte Sorge gilt jedoch den politischen Entscheidungen, die in den kommenden Stunden und Tagen getroffen werden. Wir befürchten eine endlos sich steigernde Spirale der Gewalt. Wir befürchten eine neue Brutalisierung von Konflikten.

Wir, das sind eine Gruppe von alten und jungen, deutschen und aus anderen Ländern kommen den Menschen, die sich seit vielen Jahren im Göttinger Zeitzeugenprojekt mit den Folgen der nationalsozialistischen Gewalt auseinandersetzen. So wie wir die Verständigung zwischen den Generationen suchen, setzen wir uns auch in vielen aktuellen politischen Fragen für den Dialog zwischen den verschiedenen Kulturen ein.

Unsere Motive, als "kleinste Einheiten" auf diese weltpolitisch dramatische Situation zu reagieren und uns direkt an Sie zu wenden, sind vielfältig:

a.. Nicht tatenlos zusehen wollen

Demokratie lebt von der Mitwirkung eines jeden einzelnen: wir wollen und können nicht tatenlos zusehen, wie eventuell kriegstreiberische Entscheidungen in blitzartiger Schnelle getroffen werden - weil wir wissen, daß Rache nur neue Rache hervorruft.

b.. Stimmen aus "dem Volk"

"Das .deutsche Volk' steht hinter den .amerikanischen Freunden', die Vergeltung wollen". Sätze wie diese vereinnahmen auf eine nicht zu ertragende Weise. Wir stehen nicht hinter einem Präsidenten Bush, der von Vergeltung spricht, wo wir alle wissen, daß es Vergeltung für die vielen Todesopfer nicht geben kann. 'Vergeltung' trifft in aller Regel unschuldige Zivilisten.

c.. Fundamentalismus bekämpfen ohne neuen Haß zu schüren

Wir alle haben Angst vor Extremismus und fanatischer Religiosität.

Dies darf aber nicht dazu führen, nur noch in militärischen Kategorien Wege der Lösung zu suchen.

d.. Keine Freiheitsbeschränkung im Namen der Freiheit / Kein Anti-Islamismus

Wir befürchten, daß die Stimmung von Angst und Unsicherheit auch in unserem Land zur Freiheitsbeschränkung in der breiten Bevölkerung ausgenutzt wird. Wir befürchten, dass in der Bevölkerung durch die Medien und auch durch undifferenzierte politische Äußerungen eine

Stimmung geschürt wird, die jeden Menschen islamischen Glaubens in die Nahe des Terro-

rismus rückt, und damit politische Inhalte und Fragen unnötig personalisiert.

Wir möchten wie die belgische Tageszeitung "De Standaard" vom 12. 9. 2001 vor unüberlegten Reaktionen auf die Terrorwelle in den USA warnen:

„Es droht die Gefahr, daß - noch bevor die wahren Schuldigen bekannt sind - vor allem die arabische Welt an den Pranger gestellt wird. Die Bilder tanzender Palästinenser in den Straßen dürften die Gefühle vor allem in den Vereinigten Staaten noch anfachen. Will Washington nicht in eine sinnlose Spirale der Gewalt geraten, dann gibt es allen Grund einen kühlen Kopf zu bewahren und gezielt zu reagieren. Gleichzeitig ist es nun an den arabischen Ländern, sich vom Terrorismus zu distanzieren.“

Wir erwarten gerade von Ihnen als grünem Minister, dass Sie sich für folgende Haltungen und Maßnahmen einsetzen:

1.. Deeskalation

Keine militärische Scheinlösung! Setzen Sie sich mit allen Ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln für eine konsequente weltweite Terrormusbekämpfung und den Zivilschutz ein. Ein erneuter

Aufrüstungswettlauf wäre fatal. Aus der Friedens- und Konfliktforschung wissen wir, dass Gewalt nicht mit Gewalt zu bekämpfen ist.

2.. Rolle Europas

Wir sehen die Bedeutung Europas gerade darin, in besonnener und deeskalierender Weise auf die Politik der Regierung Bush Einfluß zu nehmen.

Freie Altenarbeit e.V. / Zeitzeugenprojekt

(diverse Unterzeichner)

oooooooooooooooooooo

Offener Brief
von

FRANZ VOGLER POMMERTSWEILER RINGSTRASSE 22 73453 ABTSGMÜND

25. September 2001

An den
Bundeskanzler der BRD
Herrn
Gerhard Schröder
Bundeskanzleramt
10117 BERLIN

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

das Geschehen vom 11. September 2001 hat uns alle tief angerührt und betroffen gemacht. Wir stehen unausweichlich vor der Frage, wie es dazu kommen konnte und was es uns zu sagen hat.

Zum ersten Mal in seiner Geschichte wurden die Vereinigten Staaten auf eigenem Territorium angegriffen und verwundet. Die größte Militärmacht der Welt hat ihre Unverwundbarkeit eingebüßt. Der Schock sitzt tief.

Rache und Vergeltung werden laut, der alte Gott des „Aug' um Aug' und Zahn um Zahn“ feiert Urständ, und Milliarden Dollar werden ihm auf seinem Altar bereitgestellt.

Die Geschichte zeigt uns, dass die Vereinigten Staaten darin geübt sind, wie man Kriege einfädelt. Erinnerung sei an die "Lusitania 1915", an "Pearl Harbor 1941", an den "Irak 1991" und "Restjugoslawien 1999". Immer waren es geopolitische Interessen, die dahinter standen und jetzt, nach einer Aussage des Nahostexperten Peter Scholl-Latour, auch in Afghanistan.

Wir sind gut beraten, ihre Worte und Bilder zu hinterfragen. Allzu oft verbergen sich dahinter Absichten, die uns in eine ganz bestimmte Richtung lenken sollen.

Sie, Herr Bundeskanzler haben sofort nach dem Anschlag auf das World-Trade-Center und auf das Pentagon dem amerikanischen Volk unser tiefes Mitgefühl, unsere Hilfe und unseren Beistand bei der Überwindung des Terrorismus zugesagt und es unserer Freundschaft versichert.

Es überschreitet aber Ihre Kompetenz, wenn Sie die BRD bedingungslos dem "Tun und Lassen" der Vereinigten Staaten überantworten. Freundschaft, wenn sie denn als solche gelten soll, heißt das eigene Denken in Gang zu setzen und seine Ergebnisse dem Anderen bereitzustellen.

Wir sprechen von Terrorismus und übersehen allzu leicht, dass der Terrorist des Einen der Held des Anderen ist. Europa hat da seine geschichtlichen Erfahrungen.

Wir werden also sehr genau hinsehen müssen, wenn wir den Ursachen vom 11. September 2001 auf den Grund kommen wollen.

Der Terror hat viele Gesichter. Wir alle tragen ihn in Teilen in uns, sind daran beteiligt auf vielen Gebieten unseres täglichen Daseins. Einige Beispiele seien hier genannt:

Wir lassen es zu, dass weltweit Boden, Wasser und Luft vergiftet werden, dass mit den Nahrungsmitteln der Dritten Welt unsere Tiere gefüttert und in Käfigen gehalten werden, dass Millionen von Tieren in der Vivisektion, in der Pharma- und Kosmetikindustrie qualvoll vernichtet werden, dass die natürlichen Lebensmittel zunehmend durch industrielle Nahrungsmittel mit all ihren bekannten und unbekanntem Stoffen wie Farben, Aromen und Pharmaka ersetzt werden, dass Fernsehen und Zeitschriften die Seelen unserer Kinder mit Bildern von Mord und Totschlag und sexuellen Ausschweifungen füllen, dass täglich ca. 99.000 Menschen an Hunger sterben, und während ich diese Zeilen schreibe, 15 Tage nach dem 11. 09. 2001, ca. 1,5 Millionen Menschen an Hunger gestorben sind.

Kein Aufschrei weltweit, keine Beflaggung auf Halbmast, keine Blumen und Kranzniederlegungen und keine Betgottesdienste und keine Bereitstellung von Milliarden Dollar, auf dass die Hungernden gesättigt, die Nackten bekleidet und die Obdachlosen behaust werden können.

Das Geschehen vom 11. September 2001 hat unser aller Dasein verändert. Ein "Weiter so" kann es nicht mehr geben. Willi Lohman, Basel, sieht das so:

Die innerlich orientierungslos gewordene westliche Welt, die sich als "Neue Weltordnung" global verstreut und ausbreiten möchte, steht vor einer todbringenden Auseinandersetzung mit einer östlichen Welt, die das Heil grundsätzlich im "Göttlichen" sucht, auf die Vereinigung mit dem Göttlichen wartet, während das Dasein im Westen sich auf die Zeit zwischen Geburt und Tod beschränkt, vorrangig nach Äußerlichkeiten wie Unterhaltung, Bequemlichkeit und Macht strebt.

Es kann kein Ausweichen mehr geben, und die Zeit der Versäumnisse ist vorbei. Wann endlich, schreibt Pablo Casals, werden wir uns an die Tatsache gewöhnen, dass wir menschliche Wesen sind?

Die Sterbenden vom 11. September 2001 fordern uns auf zu begreifen, dass die Erde unser aller Mutter und jeder von uns gefragt ist: "Wo ist dein Bruder?"

Wenn wir ihr Sterben als inneren Aufriss fassen, war es nicht umsonst, sondern wir geben ihm einen Sinn und eine Würde.

Sie rufen uns an, denkend die Zukunft zu erträumen für eine Welt:

Wo jeder Mensch die Würde des Anderen wie die eigene achtet, wo Krieg und Not ein Ende haben und alle Völker unter ein und demselben Gesetz von Liebe und Ehrfurcht leben, wo das Wort des Menschen als Versprechen und jeder Trug verbannt ist, wo Kinder sicher in den Armen ihrer Mütter schlafen und weder Furcht noch Schmerz kennen, wo Menschen Tugend, Wahrheit und Schönheit verehren und in ihren Herzen Frieden herrscht und die Liebe wie ein Feuer in jedem Herd. (Stephan Lawhead)

Herr Bundeskanzler, wenn Sie von einem militärischen Beistand der BRD zur Ausrottung des internationalen Terrorismus sprechen, kann das nur über die Vereinten Nationen gehen. Dazu gehört, wenn die USA ihre Sicherheit zurückgewinnen wollen, dass sie ihren Weltmachtanspruch aufgeben und sich als Volk unter Völkern verstehen, eingebunden in die UNO und wie die anderen Völker auch, ihr militärisches Potential, wann immer erforderlich, auf sie übertragen.

Das wird weltweit die Verteidigungskosten auf das für die Landesverteidigung notwendige Maß reduzieren und die finanziellen Mittel frei setzen, die es dann den Regierungen zur Pflicht macht, jene Aufgaben zu übernehmen, die bis zur Stunde alle Hilfsorganisationen aus Spenden nur tropfenweise leisten konnten.

Es gibt keinen anderen Weg, wenn dem internationalen Terrorismus der Boden entzogen werden soll.

Herr Bundeskanzler,

wir haben eine lange Geschichte, haben Tausende von Schlachten geschlagen unter dem Banner unseres Schutzpatrons St. Michael, haben für Europa gestanden und es wie in Auschwitz mit Füßen getreten.

Beides gehört zu uns, das Dichten und Denken und der Hohe Mut zum Bekenntnis unserer Schande. Es hat uns reif werden lassen für den aufrechten Gang.

Sie stehen einem Volke vor, das in hohem Maße diszipliniert und mit Talenten in allen Bereichen von Wissenschaft und Technik reich gesegnet ist.

Ein Volk, durch Erfahrungen geläutert, dem Frieden auf allen Ebenen zu dienen mit dem Endziel, den ersten Schritt zur totalen Abrüstung zu wagen.

Wer, wenn nicht wir, und wer, wenn nicht Europa, soll dem geschichtslosen Amerika wegweisend zur Seite stehen, auf dass es seinen Platz finde in einer begrenzten Welt?

Mit einem Wort von Dr. med. Werner Hartinger möchte ich diesen Brief beenden und an Menschen weitergeben:

Der Zustand unserer Erde ist das Produkt unseres Denkens. Er kann nicht verbessert werden, ohne dass wir unser Denken ändern.

Mit guten Wünschen für Sie und Ihr Wirken, hochachtungsvoll,

gez. Franz Vogler

Literaturhinweise:

Pablo Casals, Licht und Schatten auf einem langen Weg, Fischer Taschenbuch 1976
Stephan Lawhead, Talisin, Sängerrund Seher, Piper Verlag 1987
George Morgenstern, Pearl Harbor 1941, Herbig Verlag 1998
Pierre Salinger/Eric Laurent, Krieg am Golf, Hanser Verlag 1991
Ramsey Clark, Wüstensturm, Lamuv Verlag 1993
Peter Scholl-Latour, Lügen im Heiligen Land, Siedler Verlag 1997
Willi Lohmann, Symptomatologische Illustrationen, Nr. 21, September 2001
Mansu Khan, Das Kosovo-Komplott, Hohenrain Verlag 2000
Joachim C. Fest, Hitler, Die Prophyläen-Biographie 1995
William L. Shirer, Aufstieg und Fall des Dritten Reiches, Komet Verlag
Theodor Plievier, Stalingrad, Bechtermünz Verlag 1998
Gitta Sereny, Am Abgrund: Gespräche mit dem Henker, Serie Pieper 1995
Dietrich Bonhoeffer, Widerstand und Ergebung, Kaiser Verlag 1951
Rolf Winter, Nein, so hat diese Republik nicht werden sollen, Rasch und Röhning Verlag 1994
Werner Hartinger, Das Tier in der Humanmedizin, Druckerei F. Wipler

(Abschrift T.A.)

000000

Heikle Geschäfte im Namen Allahs

Obwohl der Islam Zinsen verbietet, läuft das Geschäft

Bericht aus der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 13. Oktober 2001 ohne Bild /Abschrift

VON HERMANNUS PFEIFFER

Offensichtlich haben die mutmaßlich islamischen Terroristen an ihren Anschlag auf das World Trade Center durch Börsenspekulationen Millionen verdient. Verstießen sie damit auch gegen die Regeln des Islams? Offenbar ja: „Am koranischen Zinsverbot besteht unter den islamischen Schriftgelehrten kein Zweifel“, sagt Aziz Alkazaz, Volkswirt am Deutschen Orientinstitut in Hamburg.

Banken in arabischen und islamischen Staaten machen trotzdem gute Geschäfte. Untersagt ist Moslems allerdings eine risikolose Rendite, wie sie westlichen Banken zusteht, die bekanntlich von ihren Kreditnehmern eine Sicherheit verlangen, an der sie sich notfalls schadlos halten. Obendrein darf bei islamischen Finanzgeschäften die Höhe der Rendite - der Zinssatz -

nicht schon vorab fixiert sein. Dies ist die vorherrschende Meinung islamischer Rechtsgelehrter.

Hinter dem Zinsverbot stand bis ins Mittelalter hinein eine Natural- und Tauschwirtschaft, die innerhalb der eigenen Gemeinde zweckemäßigerweise auf das Gebot der Nächstenliebe setzte - und „unter Brüdern“ wird Hilfe bekanntlich nicht bezahlt. Jahrtausendlang herrschte der Konsumkredit vor, der dem Nachbarn in akuten Notlagen zum Überleben verhalf. Grund genug für die Prohibition des Zinses (althochdeutsch: Abgabe, Tribut), nicht allein im Islam, sondern auch unter Christen. Bis ins Mittelalter hinein waren Kredite für Investitionen und zur Erhöhung der Produktivität daher nahezu unbekannt. So basierte ehemals das Zinsverbot weniger auf Moral als vielmehr auf einem profanen gesellschaftlichen Nutzen.

Neben, das Zinsverbot setzt die moslemische Finanzwelt ihre Idee der Risikoteilung. Beispielsweise kann statt eines Darlehens eine Kapitaleinlage als stiller Gesellschafter vergeben werden: „Das islamische Gerechtigkeitsempfinden verlangt grundsätzlich eine mögliche Verlustbeteiligung des Geldgebers“, erklärt Wirtschaftswissenschaftler Alkazaz. Wer am wirtschaftlichen Risiko beteiligt sei, dürfe dann auch am Gewinn teilhaben, und darum sind Aktien, Kursgewinne und Dividenden nach islamischem Rechtsverständnis an sich erlaubt. Nicht erlaubt dürfte allerdings das Ausnutzen von Insider-Wissen sein, wie es die Terroristen offensichtlich anwendeten, um von den absehbaren Kursverlusten von Fluglinien und Versicherungen durch so genannte Leerverkäufe zu profitieren.

Zinsverbot im Koran

„Diejenigen, die den Zins verzehren, werden nur so aufstehen, wie der aufsteht, den der Satan packt und zu Boden schlägt. Dies, weil sie sagen: Das Verkaufen ist gleich dem Zinsnehmen. Aber Gott hat das Verkaufen erlaubt und das Zinsnehmen verboten. Gott vernichtete das Zinsnehmen, und er verzinst die Almosen.“

Koran 2,275-2,276

In arabischen und moslemischen Staaten hat sich trotz des Zinsverbots eine vielfältige und im westlichen Sinn konventionelle Bankenbranche entwickelt, die mehr oder weniger europäisch geprägt ist und es mit religiösen Tabus nicht immer so genau nimmt. Im Ergebnis bieten viele Finanzinstitute eine Produktpalette an, die derjenigen von deutschen oder französischen Kreditinstituten durchaus „ähnlich“ ist, analysiert die Chase Manhattan Bank in einer Branchenstudie. Erst in den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts begann sich ein islamisches Bankwesen zu entwickeln. „Zwei Entwicklungen kamen zusammen, der Anstieg des Ölpreises und die Ausbreitung pan-islamischer Bewegungen“, schreibt Islamkenner Ibrahim Warde in „Le Monde diplomatique“. Nur in Pakistan und Saudi-Arabien, im Sudan und Iran existieren rundum islamische Finanzbranchen, darüber hinaus agieren

etwa 110 moslemische Banken in 75 Ländern. Islamische Einsprengsel finden sich jedoch auch andernorts. So bieten amerikanische und britische Kreditinstitute seit längerem spezielle Produkte in so genannten „islamischen Fenstern“ an. Seit den sechziger Jahren wurden zudem mit dem islamischen Gesetz konforme Geldinstitute unter anderem in Dänemark und der Schweiz gegründet. Vor einem Jahr legte die Commerzbank als erste deutsche Bank ein spezielles islamisches Finanzprodukt auf. Der Investmentfonds „Al Sukoor European Equity Fund“ richtet sich nach islamischen Wertvorstellungen. Dies bedeutet, daß vor allem Zinseinnahmen - etwa aus festverzinslichen Wertpapieren - verboten sind. Kursgewinne von Aktien fallen jedoch nicht unter dieses Verbot.

ame „Al Sukoor“ steht für den in den arabischen Staaten äußerst statu strächtigen Jagdfalken. „Al Sukoor“ investiert in europäische Aktien, darunter Bayer, BP, Mannesmann und Nestle. Die Auswahl wird von fünf arabischen Experten ethisch überprüft. Tabu sind Investments in Firmen, die Schnaps brauen, Tabak verarbeiten oder Panzer und Raketen bauen, und auch zin strächtige Kreditinstitute sind verboten. Der Fonds lief überaus erfolgreich, denn islamische: Fonds gehören zu den „am schnellsten wachsenden Märkten“, hieß es bis vor kurzem aus der Commerzbank.

Ökonomen halten das Zinsverbot auch in der globalen Wirtschaftsära für nützlich. Es bremse die Inflation, beschränke die Macht der Banken und verhindere unwirtschaftliche Wucherzinsen, meint

der Orientforscher Alkazaz, der auch deutsche Banker berät. Volker Nienhaus von der Universität Bochum hält die islamische Finanztradition für ein mögliches „Vehikel der Modernisierung“ in Asien. „Islam und Kapitalismus sind unvereinbar“, glaubte einst der Soziologe Max Weber - ein Irrtum, wie man heute weiß.

-0-0-0-0-

Anmerkungen von T.A.

Es ist erfreulich, daß in Folge des Terroranschlages auf das WTC nicht nur von Zerstörung und Vergeltung gesprochen wird, sondern auch über Inhalte des Islam. Es wäre noch erfreulicher, wenn dem Beitrag über das islamische Zinsnahmeverbot ein solcher über das christliche folgen würde.

Kommentar zum Artikel von Pfeiffer:

Pfeiffer schreibt: „So basierte ehemals das Zinsverbot weniger auf Moral als vielmehr auf einem profanen gesellschaftlichen Nutzen.“ Da kann man nur sagen: Eine Moral, die keinen gesellschaftlichen Nutzen stiftet, ist völlig überflüssig.

Wenn Max Weber glaubte, daß der Islam und der Kapitalismus unvereinbar ist, dann hat er ja wahrscheinlich vom Inhalt des Koran her geurteilt. Er irrt nicht in der Sache. Er hat vermutlich nur die theologische Rabulistik, die auch das christliche Zinsnahmeverbot ausgehebelt hat, nicht berücksichtigt. Die Beteiligungserträge, wie sie hier beschrieben werden, sind natürlich auch Zins. In dieser Form ist er nicht ganz so destruktiv wie in der „christlichen“ Form. Auf der gleichen Seite der HAZ steht ein Bericht mit dem Titel „Pleitewelle rollt über Deutschland“. Wenn die hoch verschuldeten deutschen Unternehmen Kredite in der islamischen Form

hätten aufnehmen können, würden auch nicht so pleite gehen. Die Stellung von Sicherheiten ist bei unserer Art der Kreditgewährung nicht so sehr das Problem. Das gefährliche für Unternehmen bei uns ist, daß der Zins in seiner Höhe und Fälligkeit völlig unabhängig vom Betriebsergebnis des Unternehmens ist. Die Durchsetzung von Zinsforderung im Naturaltausch ist nur in bestimmten Marktsituationen möglich. Derjenige, der einen Naturalkredit hergeben soll, steht im Regelfall wie der Naturalkreditnehmer unter Druck, weil sein Naturalvermögen dem Verderben ausgesetzt ist. Wenn er die gleich Menge zurück erhält, hat er schon einen Nutzen, er hat den Verlust vermieden.

Es ist auch nicht richtig, wenn Pfeiffer das Zinsverbot nur mit der bis ins Mittelalter hinein herrschenden Natural-Tauschwirtschaft und Konsumkrediten in Verbindung bringt. Die Geldwirtschaft hatte zwar nicht den Umfang wie in der Neuzeit, sie hat aber ein biblisches Alter.

Schon bei Mose sind Geldprobleme beschrieben. Das goldene Kalb, das sind die Zinsen, die das Vieh (pekunia, Vermögen an Vieh = Geld) abwirft. Das „gold“ im Begriff *goldenes Kalb* deutet darauf hin, daß zur Zeit der Begriffsbildung eine Goldwährung im Umlauf war.

Aber heute kann es gar darum gehen, sich für Zinsverbote, die umgangen werden können, stark zu machen, sondern erst einmal geht es darum, die destruktiven Wirkungen des Zinses in seinen verschiedenen Erscheinungsformen im vollen Ausmaß zu erkennen, um dann in einem zweiten Schritt den Zins institutionenell - oder mit einem anderen Begriff -, strukturell seine negativen Wirkung zu nehmen. Der Zins als Preis für die Überlassung von Liquidität funktioniert auch, wenn er zwischen minus zwei und plus zwei Prozent p.a. Pendelt.

oooooooooooo

Künstler melden sich vermehrt zu Wort

zwei Berichte aus der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 22. 10. 2001

Zurück in die Siebziger?

Künstler kritisieren Otto Schily

Über Ursachen und Bekämpfung des Terrorismus ist es am Wochenende zu einer Kontroverse zwischen Künstlern und Bundesinnenminister Otto Schily gekommen. Autoren wie Günter Grass und Peter Sloterdijk, Filmemacher wie Volker Schlöndorff und Musiker wie Herbert Grönemeyer warnten vor vorschnellen „scheinbaren Gewissheiten“ und einem „Druck zur Einheitsmeinung“. Vor allem der Literatur-Nobelpreisträger Grass verwarf sich erneut gegen den Vorwurf des Antiamerikanismus, den Schily am Sonnabend pauschal gegen „gewisse intellektuelle Kreise“ erhoben hatte.

Schily hatte in einem Interview mit der in Potsdam erscheinenden „Märkischen Allgemeinen“ die mangelnde Wehrhaftigkeit in der deutschen Gesellschaft bemängelt. Zur geistigen Auseinandersetzung mit dem Terrorismus sagte er: „Es gibt keinen Grund, sich jetzt in Selbstzweifeln oder einem elegischen Kulturpessimismus zu ergehen. Für verheerend halte ich auch die Behauptung, die Amerikaner hätten es als Repräsentanten eines globalisierten Kapitalismus gar nicht besser verdient. Das ist eine wirklich schlimme Entgleisung, die leider in gewissen intellektuellen Kreisen gegenwärtig zu hören ist.“

Der Philosoph Peter Sloterdijk nannte die Vorwürfe in der „Welt am Sonntag“ einen „Rückfall in den Kalten Krieg“. „Wenn Schily als deutsche McCarthy in die Geschichte des Ungeistes eingehen will, soll er ruhig so weiterreden.“ Hilmar Hoffmann, Präsident des Goethe-Instituts

Inter Nationes, sah sich an eine „Autorenschelte aus den Zeiten des seligen Franz Josef Strauß“ erinnert. Der Autor Walter Kempowski appellierte an den Innenminister, sich „vor Verallgemeinerungen zu hüten“. Grass pochte ebenfalls in der „Welt am Sonntag“ auf ein Recht auf Kritik und verwies auf „amerikanische Schriftsteller wie Norman Mailer, die nach New York gesagt haben: 'Wir müssen uns fragen, warum die arabischen Terroristen uns so hassen'“.

Auf dem Leipziger Dokumentarfilmfest fühlten sich bei einer hitzigen Podiumsdiskussion Filmregisseure wie Volker Schlöndorff, Andres Veiel und Gerd Conradt an die Situation im

Deutschland der siebziger Jahre während des Terrorismus der Rote-Armee-Fraktion erinnert. Es sei ein starker Druck zu spüren, der damals wie heute zu einer Einheitsmeinung zwinge. „Wenn man sich selbst das Denken verbietet, ist das der Anfang vom Ende“, sagte Schlöndorff. „Weshalb muss ich mich vom Terror distanzieren“, fragte er, „wie kommt man darauf, dass ich mich damit identifizieren könnte?“ dpa

„Das ist Feigheit“

HERBERT GRÖNEMEYER, Sänger, hat vor einer blinden Unterstützung Amerikas gewarnt. Für solche Entscheidungen sei Deutschland noch nicht reif, „und das ist auch keine Freundschaft, das ist Feigheit“, sagte er dem „Tagesspiegel“. Gerade jetzt sei für Europa die Zeit gekommen, sich zu emanzipieren und deutlich zu machen: „Wir unterstützen euch in der Jagd der Terroristen, aber wir bomben nicht wild durch die Gegend.“ dpa

00000000

Aus der HAZ vom 15. 10. 2001

Saddam nennt Angriffe „Akt des Terrorismus“

Der irakische Staatschef Saddam Hussein hat die Angriffe der USA auf Ziele in Afghanistan als „Akt des Terrorismus“ verurteilt. Dadurch schürten die Amerikaner nur den Hass auf ihr Land, sagte Hussein am Sonnabend. „Amerika muss wissen, dass die Welt kein amerikanischer Platz für Angriffe gegen alle möglichen Länder ist. Jeder Tag, an dem Amerika andere Länder angreift, wird Amerika schwächen, statt den Terrorismus zu beenden“, hieß es in den im Fernsehen übertragenen Äußerungen. Irak hat jegliche Verbindungen zum Terrornetzwerk von Osama bin Laden dementiert.

US-Präsident George W. Bush hatte indessen am Donnerstag erklärt, man beobachte das Verhalten Iraks sehr genau. Saddam Hussein warf Bush vor, Massenvernichtungswaffen zu entwickeln. Unterdessen griffen amerikanische und britische Kampfflugzeuge am Sonnabend erneut Militäreinrichtungen im Süden Iraks an. Wie die US-Streitkräfte mitteilten, wurde eine Kontroll- und Kommandozentrale bombardiert. Dies sei eine Reaktion auf eine Bedrohung alliierter Maschinen gewesen, die auf Patrouillenflug über Südirak gewesen seien. Es war der dritte Angriff in zwei Wochen. ap

000000000

Auszug aus: Das Boden(un)recht - Beiträge zur Förderung der Menschenrechte, des Friedens und der Freiheit von Tristan Abromeit u.a., Oktober 2000 (nur als Kopien im Umlauf)

Wie kann begonnen werden?

Welche Arbeitsschritte sind nötig?

Welche Verfahren sind möglich?

Welcher Maßstab soll bei der Formulierung der Möglich- und Notwendigkeiten gelten:

Klein- oder Großmut ?

Bekanntlich stellt sich leicht Resignation ein, wenn ein Projekt im Verhältnis zu den Mitteln in der Ausgangssituation zu groß, der Katalog der Maßnahmen zu umfangreich beschrieben wird. Umgekehrt verwehrt es dem Willen das Attribut „realistisch“, wenn ein Berg versetzt werden soll, und der Vorgang so dargestellt wird, als sei das Vorhaben mit einem Dutzend Leute, die mit Schubkarren und Schippen ausgerüstet sind, machbar. Der Glaube, der hier Berge versetzen soll, besteht darin, daß sich soviel Menschen mit Schippen, Karren, mit Baggern und Lastwagen und anderen Hilfsmitteln in diesem Projekt vereinigen, daß der Berg tatsächlich versetzt werden kann. Im Regelfall denkt der Mensch ganz richtig, ein Berg - des überkommenen Rechts - steht dort richtig, wo er steht. Beim Bodenrecht geht es aber um einen Berg, der ins Rutschen gekommen ist und dem Fluß des Lebens seinen Lauf versperrt, so das alles im Tal der Hoffnung zu ersäufen droht. Es ist eine natürliche Reaktion, daß die Menschen, die sich bedroht fühlen, flüchten. Aber manche Gefahren werden zu spät erkannt, so daß keine Flucht mehr möglich ist, oder es wird festgestellt, daß der vermeintliche Zufluchtsort genauso bedrohlich ist. Eine Gefahr, die gebannt werden soll, ist auf jene weitsichtigen Menschen angewiesen, die genügend Abstand vom Gefahrenherd haben, um die Bedrohung und die Auswege rechtzeitig zu sehen und gleichzeitig noch die Fähigkeit haben, sich deutlich von jenen Zeitgenossen abzusetzen bzw. abzuheben, die immer viel Lärm um nichts machen oder bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit den Weltuntergang prophezeien.

Ich lasse mich hier in meiner Beschreibung der Notwendig- und Möglichkeiten nicht von dem leiten, was erforderlich wäre, um in fünfzig Jahren das Paradies auf Erden zu schaffen, sondern ich orientiere mich daran, was helfen kann, den nächsten Weltkrieg zu vermeiden. Ich gehe dabei von folgendem aus: 1. Heiße und kalte Kriege innerhalb der Völker und zwischen Völkern sind keine Gottesgerichte, sondern eine Dokumentation menschlicher Dumm- und Blindheit. 2. Es ist sinnvoller, öffentliche Gelder für eine Arbeit auszugeben, die Zukunftsperspektiven schafft und Wege zeigt, Armut und Abhängigkeiten zu überwinden, als Geld in einer destruktiven Weise fürs Nichtstun auszugeben. 3. Es verschafft jenen, die in der Lage sind, Geld zu verleihen oder zu verschenken, einen größeren Genuß, ein außergewöhnliches Projekt wachsen zu sehen, als täglich mit Bangen in die Zeitung zu verfolgen, ob der Kurs der eigenen Aktien gefallen oder gestiegen ist.

Der Berg, von dem Gefahr droht und der versetzt werden muß, ist ein Datenberg. Daten, die erhoben, analysiert und weitergeleitet werden wollen. Es gilt, Datenbruchstücke von baufäl-

ligen Gebäuden / Institutionen und neu entwickelte Elemente zu etwas zusammen zu fügen, was das Menschenfreundliche fördert und nicht zerstört. Das ist erst einmal ein gedanklicher Prozeß, der sich ideenmäßig und friedlich in der Welt ausbreiten muß, bevor er national, europäisch und weltweit auf gesetzgeberische Weise nachvollzogen werden kann.

Das Wichtigste bei dem Vorhaben sind genügend helllichtige Menschen, die sagen: „Ja hier ist eine Gefahr, die behoben werden muß. Ich bin dabei!“ Aber genauso wichtig sind jene, die aus dem Herzen sagen: „Die Kleingläubigkeit vermiest uns schon genug den Alltag. Ich mache mit und trage so zum Beweis bei, daß der Glaube Berge versetzen kann. Der Berg ist meine Herausforderung, er wird meine Einsichten und meine Kräfte fördern, so daß Freude aufkommt.“

Diese Menschen über die üblichen Medienkanäle zu erreichen, war in der Vergangenheit fast unmöglich. Das Internet bietet eine ernsthafte Chance, a) die Botschaft an die Empfänglichen zu senden, b) diejenigen, die die Botschaft verstanden haben, zu veranlassen, alleine oder im Verbund mit anderen, einen der vielen Informationssteine zu sammeln und zu bearbeiten und c) sich mit allen, die am gleichen Berg, am gleichen Projekt arbeiten wollen, zu vernetzen.

Wenn auch das so entstehende Datennetz ein wichtiges Instrument ist, das zum Gelingen beitragen kann, so werden sicher auch bodenständige, Institutionen benötigt. So wichtig Ideen und so nützlich die modernen Kommunikationsmittel sind. Das Gegenständliche, das seinen Raum braucht, die Dinge mit einer längeren Lebensdauer als Sekunden oder Tage sind nach wie vor wichtig. Ich werde versuchen, sie später zu beschreiben.

Von den Mitwirkern des Vorhabens wird sicher der größte Teil ehrenamtlich tätig werden, mit dem Wachsen der gesammelten Daten und der Zahl der Mitwirker werden aber nebenamtliche und hauptamtliche MitarbeiterInnen nötig sein.

Wenn wir uns jetzt individuell und kollektiv daran machen, Daten zur Behebung der Bodenrechtsprobleme zu sammeln, dann müssen wir uns zuerst fragen: a) Welche Daten sammeln wir?, b) Wie sammeln wir die Daten?, c) Wie schaffen und bewahren wir uns eine Übersicht? und d) Wie schaffen und bewahren wir uns und anderen jetzt und in Zukunft einen Zugriff auf die Daten?

Da wir Menschen sind, als Wesen mit begrenzten Kräften in einer endlichen Zeit, können wir nicht alles Sammeln. Wir müssen also herausfinden, welche Daten uns helfen und welche nur Ballast sind. Das ist sicher ein kollektiver Findungsprozeß. Es darf aber keine kollektive Festlegung werden, weil das die Freiheit der einzelnen MitwirkerInnen einengen würde. Es kommt auch immer wieder vor, daß aus dem von der Mehrheit als nebensächlich eingestuft die neuen Erkenntnisse erwachsen. Mit anderen Worten, die erforderliche Selektion der Daten darf keine Erkenntniswege verstellen.

Die Frage, wie Daten gesammelt werden, ist auch nicht nebensächlich, weil sie ja vergleichbar sein und katalogisiert werden müssen, damit sie eine Aussagefähigkeit erhalten. Auch wird, sobald das Projekt auf dem Erfolgsweg ist, versucht werden, es mit dem Vorwurf der Unwissenschaftlichkeit zu sabotieren. Es sind also möglichst im frühen Stadium des Projektes die sozialwissenschaftlichen Erhebungsmethoden nach heutigen Stand, aber in einfacher, verständlicher Darstellung auf einer gesonderten Internetseite abrufbar zu machen.

Die Datenübersicht ist auch eine wichtige Angelegenheit. Was würde einem ein Lexikon ohne Systematik beim gezielten Suchen nützen?

Der Zugang zu den Daten ist ebenfalls wichtig. Ich habe heute noch den Hinweis gelesen, daß

im Mittelalter die Gläubigen die Bibel nicht lesen durften, weil das die Macht der Priester geschwächt hätte. Als Schiffsjunge wurde mir vom Steuermann gesagt: Ich hätte es doch gut. Mich würde keiner am Lesen hindern. Zu seiner Zeit als Schiffsjunge hätte nur der Steuermann und Kapitän die Zeitung lesen dürfen. Es gibt immer Leute, die sich durch einen Informationsvorsprung einen Vorteil versprechen. Das Bodenrechtsthema ist nun aber auch ein solches, das erheblichen politischen Widerstand hervorrufen kann (nicht zwangsläufig muß). Besonders elektronisch gesammelte Daten müssen daher gegen Vernichtung oder Verfälschung geschützt werden. Andererseits ist die Datenerhebung ein erheblicher Kostenfaktor. Wenn das Projekt sich ganz oder zum Teil selber finanzieren muß oder von den Subventionen seiner Förderer abhängig ist, dann muß unter Umständen die Datenverwertung gegen Entgelt gesichert werden können.

Wenn wir nun Daten systematisch erheben wollen, dann müssen wir ja vorher wohl einen Erhebungsplan machen. Wenn dieser auch nicht kollektiv erstellt wird, dann muß er wenigstens kollektiv einsehbar sein. Wenn ich jetzt bei der Beschreibung der Entwicklung des Projektes Erhebungsbeispiele nenne, dann können einzelne sich später als nebensächlich oder andere sich als vertiefungswürdig herausstellen.

1. Arbeitsschritte, die jede und jeder Interessierte sofort machen kann, bevor es überhaupt zu einer organisierten Arbeit kommen kann. Die Ergebnisse der noch nicht organisierten Datenerhebung können dann aber später in das große Projekt (im Sinne von Joseph Beuys: in das soziale Gesamtkunstwerk) eingefügt werde

1.1 Western-Filme ansehen, die Konfliktursachen, die Gegenstand der Handlung sind, notieren: Weiderechte, Wegerechte, Wasserrechte, Schürfrechte und welche noch? Drehbuchautor, Regisseur, Entstehungsdatum (bei persönlichem Interesse auch die Hauptdarsteller) notieren. Wenn eine Landnahme vorkommt, hinhören, ob eine rechtliche oder moralische Begründung erfolgt. Wie wurde das Land verteilt, wie die Filmfiguren „IndianerInnen“ gezeichnet bzw. gespielt. Gibt es eine verwertbare Literatur über das Genre dieses Films?

1.2 Welche Bücher sind in der jeweiligen Stadt-, Unternehmens- Institutsbibliothek über die Stichworte: Bodenrecht, Bodenreform, Bodenrechtsreform, Bodenrechtsbewegung, Bodenrecht und Eigentumsgarantie, Bodenverteilung, Bodennutzung, Bodenrecht und Stadt- bzw. Raumplanung, Grundrente, Bodenzins zu finden: Titel, Autor, Erscheinungsjahr, Verlag, Umfang und Ausleihungen notieren (und soweit möglich lesen). Die Suche in den Bibliotheken kann zum Teil von zu Hause vom PC aus erfolgen, weil viele Bestände schon edv-mäßig erfaßt sind.

1.3 Wer gerne Romane liest, dem wird es sicher keine große Mühe machen, bodenrechtliche Aussagen zu notieren. Beispiel aus: Marlo Morgan / Taumfänger - Die Reise einer Frau in die Welt der Aborigines, Taschenbuchausgabe von 1998: „Mit der Zeit entdeckten die Ureinwohner jedoch, wie wichtig diese Steine dem weißen Mann waren. Dies fanden sie noch seltsamer als seinen eigenartigen Glauben an den Besitz und die Verkäuflichkeit des von Grund und Boden.“ (S.125)

1.4 Welche Titel hat der örtliche Buchhändler zum Thema Bodenrecht vorrätig, welche Titel kann er über den Großhandel besorgen (Computerausdruck geben lassen).

1.5 Alle erreichbaren Antiquariate auf Titel zum Bodenrecht hin abfragen, 1. zur Bereicherung der eigenen Bibliothek, 2. zum Sammeln für eine später zu schaffende Zentralbibliothek.

1.6 Zeitungsartikel sammeln, die das Bodenrecht berühren. Wenn man dafür einen Blick entwickelt, sind es mehr, als man vermutet. Wenn z.B. in der Hannoverschen Allgemeinen

Zeitung vom 9. 8. 2000 die Überschrift zu lesen ist: Gehirn von 'Ishi' nach 84 Jahren bestattet, dann vermutet man kein Thema des Bodenrechts dahinter. Wenn man dann aber liest: „Das Yahi-Volk war von weißen Siedlern gnadenlos ausgerottet worden. Kalifornische Behörden hatten sogar Kopfgeld für ermordete Angehörige dieses Volkes gezahlt.“ ..., dann weiß man, daß man beim Thema ist. Ein anderes Beispiel: DIE ZEIT vom 24. 9. 98 titelt „Das Rätsel von Jinnium“. Im Text ist zu lesen: „Im Ausgang liegt ein 'Entschuldigungsbuch' aus, in dem weiße Besucher ihren Namen unter einen vorgedruckten Text setzen: 'Ich drücke hiermit mein tiefes Bedauern für die Ungerechtigkeiten aus, die den Eingeborenen als Ergebnis der europäischen Landnahme zugefügt wurden.'“ Wenn in der HAZ vom 9. 1. 98 die Titel zu lesen ist: „Kanada entschuldigt sich bei den Indianern“, dann ist das Thema schon fast offensichtlich. Aber daß die FAZ vom 11. 8. 2000 das Thema Bodenrecht unter dem Titel „Im Auge des Exodus“ - einen Bericht über eine Ausstellung des Fotografen Sebastiao Salgado benennt, ist wiederum nicht gleich ersichtlich. Ein Thema der Ausstellung: „Emigranten und Vertriebene in aller Welt, die Tragödie Afrikas, der Kampf um Landbesitz in Südamerika, das wilde Wachstum asiatischer Metropolen. ... Selbst wenn es künftig keine Völkermorde und ethnische 'Säuberungen' mehr gäbe und wenn die Armen Lateinamerikas endlich von einer Landreform profitieren könnten, bliebe immer noch das verstörende Phänomen, daß Menschen überall ihr karges Land verlassen und sich in den Slums unkontrollierbar wachsenden Riesenstädte an den Traum klammern, hier werde es ihnen eines Tages besser gehen.“ ... Aber auch wenn nur die Lokalzeitung titelt „Der Bebauungsplan liegt aus“ sind wir beim Bodenrechtsthema und jenen Konflikten, die aus dem geltenden Recht herrühren. Aber auch wenn es heißt, „Initiative kämpft gegen Fluglärm“ oder „Ein Gericht stoppt Wal-Mart“-Bauvorhaben sind wir beim Thema. Solche Stellen sollte man gleich beim Lesen markieren, weil es eine wesentliche Erleichterung ist beim Wiederfinden der Textstellen. Für eine spätere Auswertung ist dann wichtig: Organ, Verfasser, Datum und evtl. auch die Seite zu erfassen. Der Tenor und der Umfang der Berichterstattung über das Themas Bodenrecht in überregionalen Zeitungen und Zeitschriften und in ausgesuchten regionalen Zeitungen im Jahrhundertquerschnitt und im jeweiligen Jahresschnitt zu erfassen, ist dann schon eine Aufgabe für die Zeit, in der die Gruppe sich schon professionalisiert hat. Auch gehören zur Erfassung der Einstellungen der Redaktionen der Massenmedien zum Bodenrecht eine genügende Anzahl von Mitwirkern und deren Schulung. Ich denke, die Medien benötigen dringend in Bezug auf ihre Berichterstattung über drängende Zeitprobleme so etwas wie eine Mischung aus Rechnungsprüfungshof, Bund der Steuerberater und der Stiftung Warentest. Es ist Vergeudung unserer Ressourcen, wenn die Medien die Seiten und Sendungen mit den zum Überdruß wahrgenommenen Blähungen von Politikern und verblödend wirkenden Sendungen füllen, aber für Menschen, die noch etwas zu sagen haben, keinen Raum und keine Zeit haben.

Nachtrag: In der Monatsschrift das „Memeler Dampfboot“ vom Juli 2000 fand ich einen Artikel mit der Überschrift „Litauens Staatspräsident Valdas Adamkus spricht sich für baldige Bodenreform aus“. Es ist dann im Artikel selbst nur ein Satz dazu zu finden. Dieser weist aber darauf hin, daß hier mit Bodenreform eine Anpassung an den heutigen westlichen Standard gemeint ist: „Es ist an der Zeit, dass auch Ausländer und ausländische Firmen Boden für landwirtschaftliche Zwecke erwerben können ...!“ Die ganze Misere der westlichen Ökonomieberatung nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion offenbar sich hier.

1.7 Es gibt aber noch viele andere Möglichkeiten, sich individuell auf die konzertierte Bodenrechtsaktion vorzubereiten. Neulich erzählte mir ein Zimmergenosse im Krankenhaus, daß in der Nähe des Expogeländes ein Landwirt für einen Acker soviel Geld verlangen konnte, daß er für eine Kirchenglocke und die Erneuerung des Glockenturms über eine Million

Mark gespendet hat, ohne daß er das Gefühl bekam, dadurch ärmer geworden zu sein. Solche Fälle, wenn auch in geringerem Umfang gibt es in jeder Gemeinde. Diese Vorgänge ohne Neidgefühle und Schuldvorwürfe zu erfassen, ist wichtig. (Die wenigsten Bodenreform-befürworter würden der Versuchung widerstehen können, eine Wiese in Gold zu verwandeln, wenn sie dazu die Möglichkeiten hätten.)

1.8 Andere können ein Grundlagenwissen damit erlangen, das sie sich erarbeiten, was bodenrechtlich nach dem Krieg auf dem Gebiet der untergegangenen DDR geschah und welche „ordensverdächtige Leistungen“ die Politik (Parlamentarier, Minister und der betroffene Beamtenapparat) im Vereinigungsprozeß DDR / BRD bodenpolitisch erbracht hat.

1.9 Noch andere können aber auch in unsere Vergangenheit einsteigen und versuchen, örtlich oder regional herauszufinden, welche bodenrechtlichen Bedingungen im Laufe der Jahrhunderte herrschend waren. Neulich blieben meine Augen beim Nachschauen im Lexikon zufällig an dem Begriff „Stedinger“ hängen. Ich erinnerte mich, in meiner Jugendzeit bei Verwandten in Delmenhorst davon gehört zu haben. Also las ich: „Stedinger (niederd. Gestadebewohner), freie friesisch-niedersächs. Bauern des Mittelalters in den Marschen an der Unterweser, wurden 1229 - 34 durch Erzbischof Gerhard II. von Bremen in schweren Kämpfen unterworfen. Er verurteilte sie wegen Zehntverweigerung 1230 als Ketzer und bewog Papst Gregor IX., Kreuzzüge gegen sie predigen zu lassen. Nach tapferer Gegenwehr erlagen die S. am 27. 5. 1234 bei Altenesch einem Kreuzheer.“ (Lingen Lexikon) Solches Geschehen aus der Ecke eines Lexikons wieder ins gegenwärtige Bewußtsein zu holen, auch als Filmsaga wäre das, was man den Toten am Grabe immer verspricht und meist nicht einhält: „Wir werden Euch nicht vergessen.“ Wer in deutscher Vergangenheit forscht, muß allerdings damit rechnen, daß die Nationalsozialisten sich des Themas schon angenommen haben. Aber wenn wir alles meiden wollen, was die Nazis durch Unverstand in den Dreck gezogen haben, dann müßten wir aufhören, uns mit der Geschichte zu befassen.

1.10 Eine weitere Möglichkeit, sich dem Bodenthema zu nähern, wäre jene, sich der eigenen Gefühle und Erinnerungen zum Thema Boden bewußt zu werden und sie aufzuschreiben. Auch ist der Besitz und das Eigentum an Grund und Boden in der Geschichte der eigenen Familie für ihr jeweiliges Selbstverständnis von Belang. In einer Gesellschaft, die viel von Datenschutz redet, in der aber die Politik jeden Tag neue Regeln beschließt, die den Bürger zwingen, sich datenmäßig immer wieder nackt auszuziehen, sollte man keine Scheu haben, sich zur eignen Familiengeschichte zu bekennen, so wie ich es ansatzweise in meinem weiter oben nachgedruckten Brief an die Ökumenische Werkstatt versucht habe. Der Boden hat auch für Kinder eine enorme Bedeutung, als Wohnplatz, als Garten, Spielplatz, als Schulweg, Schulplatz usw.. Sowohl der Nichtbesitz wie auch der Besitz an Boden prägt die Familien. Welche Spuren lassen sich hier verfolgen und sichern.

1.11 Wie die weiter oben nachgedruckten Zeilen von Heinrich Heine zeigen, kann man sich dem Thema auch dichtend nähern. Man muß ja nicht gleich das Format von Heine erreichen. Im Grund hat Heine in wenigen Zeilen das ausgedrückt, was ich in diesem elend langen Schrieb versuche, zu beschreiben.

1.12 Eine weitere noch individuell zu leistende - aber schon ins Kollektive hinein ragende - Datenerhebung mit sofortigem Nutzen, aber auch mit fördernder Wirkung ist folgende:

1.12.1 Es können anhand der Vorlesungsverzeichnisse der Hochschulen Listen angefertigt, gesammelt und später im Internet veröffentlicht werden, aus denen zu entnehmen ist, welche Professorinnen, welche Hochschullehrer der Geschichte, der Rechte, der Volks- oder Betriebswirtschaftslehre, der Soziologie, der Sozialpsychologie und Theologie wo und in wel-

chem Umfang seit 1900 oder seit 1945 Lesungen in Sachen Bodenrecht (wenn feststellbar: mit welcher Tendenz) gehalten haben. Diese Listen können dann später mit Hinweisen über Veröffentlichungen der betreffenden HochschullehrerInnen zum Thema Bodenrecht ergänzt werden.

1.12.2 Eine gleiche Liste kann dann aufgrund der aktuellen Vorlesungsverzeichnisse gemacht werden.

Diese Listen sollen keinen Pranger darstellen: Sie könnten aber folgende Funktionen übernehmen:

a) Junge Menschen, die sich studierend dem Thema Bodenrecht nähern wollen, können erfahren, welche Universität, Fakultät oder welcher Lehrstuhl sich zum Thema Bodenrecht profiliert hat.

b) Volkshochschulen, die das Thema anbieten möchten, Vereinigungen und Verbände, die sich zum Bodenkompex schlau machen möchten, können erfahren, wo sie kompetente Referenten finden können.

c) Da der Hochschullehrbetrieb eine antimarktwirtschaftliche Einrichtung ist, die Hochschullehrer - wenn sie erst Teil des Apparates sind, ihr gutes Gehalt unabhängig davon erhalten, was sie leisten, und neue Hochschullehrer mit neuen und mutigeren Inhalten vor der Tür stehen bleiben, weil die öffentlichen Kassen leer sind und /oder das Selektionsverfahren derjenigen, die nicht gestört werden wollen, sie nicht durchlassen, kann eine solche öffentliche Liste einen gewissen Druck in Richtung einer Kurskorrektur ausüben. Es wird der Reputation, dem Ansehen eines Professors - in dessen Fach bestimmte Aspekte des Themas Bodenrecht gehören - nicht gut bekommen, wenn er 30 Jahre im Amt ist und noch keine Vorlesung, keine Veröffentlichung zu einem Grundpfeiler der Ökonomie, der Gesellschaft vorzuweisen hat, auch dann nicht, wenn er Spezialist ist für mathematische Verschlüsselungen von ökonomischen Einsichten.

1.13 Die Durchsicht der Parteiprogramme im Hinblick auf bodenrechtliche Aussagen dürfte auch interessante Ergebnisse bringen. Die diesbezügliche Analyse der SPD-Programmaussagen seit ihrer Gründung, wäre schon mehr als eine Diplomarbeit.

1.14 Ein interessantes Thema für Einzelwirker ist das Erbbaurecht. Die Entstehungsgeschichte des Erbbaurechtes, seine Verbreitung und seine Akzeptanz, sein Nutzen und mögliche Probleme sind Themen, die eine gute Vorbereitung auf eine Diskussion der Bodenrechtsreform sind.

1.15 Die Erfassung und Darstellung von Bodenfonds und konzentriertem Bodeneigentum in der Literatur kann auch schon von einzelnen vorbereitet werden: a) Bodenfonds zur Erzielung einer Rendite, Bodenfonds zum Schutz von Naturschutzgebieten oder zum ökologischen Landbau, Bodenfonds mit bodenreformerischen Absichten, Klosterkammern, großes Bodeneigentum in privaten Händen, im staatlichen und im kirchlichem Eigentum.

2. Arbeitsschritte die schon organisiertes Handeln voraussetzen

2.1 2.1 Die Veröffentlichung dieser Seiten auf einer Internetseite und in gedruckter Form setzt schon Förderer voraus, also das Handeln mehrerer Personen und vielleicht auch schon die Mitwirkung einer Institution wie z.B. die der Stadt Osnabrück.

2.2 Klar muß aber von Anbeginn sein, daß weder eine Stadtverwaltung noch der Rat einer Stadt oder ein Interessenverband einen Zugriff auf die Internetseiten „Bodenrecht“ bekommen dürfen, weil das die Unabhängigkeit des Projektes unmöglich machen kann. Die Gefahr

von Blockaden und unnötigen Reibungsverlusten sollten nicht unterschätzt werden. Die Internet-Adresse muß so kurz und einprägsam sein wie möglich und nicht Teil einer langen Adressenkette.

2.3 Dem Rat und der Verwaltung, die das Projekt gerne in ihren Mauern angesiedelt sehen möchten, muß klar gemacht werden, daß die Gewinnung des Projektes für ihre Stadt so angegangen werden muß wie die Ansiedlung eines ansehnlichen Unternehmens. Andererseits wird eine Stadt sich auch nur von Zahlen beeindrucken lassen, die eine ökonomische und kulturpolitische Potenz gedanklich nachvollziehbar machen. Der „Kurs“ des Projektes wird steigen und damit sich die Verhandlungsposition verbessern, wenn viele per Internet oder per Post ihre Mitarbeit und / oder Ihre Förderung des Projektes (möglichst verbindlich) anzeigen.

2.4 Das Projekt muß wenigstens ein Vierteljahr auf einer Internetseite vorgestellt und diskutiert werden (wobei auch ein postalischer Gedankenaustausch möglich sein muß), um heraus zu finden, wie das Projekt angenommen wird. Vorher lassen sich keine realistischen Aussagen über die Chancen des Gesamtprojektes machen.

3. Die Funktionen des realisierten Projektes

3.1 Das Projekt hat die Aufgabe, mit wissenschaftlichen Methoden und vereinigttem Bürgersinn einen gesellschaftlichen Gestaltungsprozeß zu fördern bzw. einzuleiten.

3.2 Die Einzelmaßnahmen

3.2.1 Das Projekt erfaßt dazu nationale und internationale Daten zum Themenkomplex Boden.

3.2.2 Bereitet diese Daten so auf, daß sie in der Wissenschaft und der Politik weiterverarbeitet werden können.

3.2.3 Das Projekt erarbeitet selbst neue Erkenntnisse.

3.2.4 Das Projekt wird als Gutachter für Parlamente, Regierungen und NGOs tätig.

3.2.5 Das Projekt stellt zeitlich befristete Forschungsplätze zur Verfügung für a) für Menschen aus Entwicklungsländern, unterdrückten Völkern und für solche Menschen, die sich schon im Thema profiliert haben und durch ihr Wissen das Projekt bereichern und b) für Studenten die eine Diplomarbeit zum Themenbereich Bodenrecht anfertigen, und für Doktoranden, die mit entsprechenden Themen promovieren wollen.

3.2.6 Das Projekt richtet alle drei Jahre eine internationale Tagung zum Thema Bodenrecht aus zu der sowohl Regierungsvertreter wie solcher der NGOs und unabhängige Fachleute eingeladen werden.

3.2.7 Das Projekt betreibt themenbezogene Fort- und Erwachsenenbildung: a) in der z.B. Juristen und Ökonomen ihr Wissen um das Bodenrecht auf den jeweils neuesten Stand bringen können, b) in der z.B. Schüler, Studenten und Parteimitglieder einen ersten Überblick über den Themenkomplex Bodenrecht vermittelt werden kann und c) in der sich die Internertaktivisten in Sachen Bodenrecht persönlich begegnen und kennenlernen können

4. Institutionen - die von der Zielerreichung her gesehen - erforderlich sind

4.1 Internet

4.1.1 Als erstes ist ganz logisch erforderlich, daß die Idee der Gründung einer Datenbank zum Bodenrecht mit angeschlossenen wissenschaftlichen Institutionen auf einer Internetseite vorgestellt werden kann und Rückmeldungen dazu registriert und ausgewertet werden können.

4.1.2 Findet die Gründungsidee eine genügend große Resonanz, kann der Ausbau eines Internetbüros erfolgen. Dieses Büro hätte dann eine Auskunft- und Lotsenfunktion in Bezug auf das Bodenrechtsthema und seine Verknüpfungen mit anderen Sachbereichen zu übernehmen. Die Aufgaben wären die Gestaltung und Betreuung der eigenen Internetseite, der Aufbau und die Betreuung der Datenbank und die persönlich-individuelle Auskunft und Lotsenfunktion in möglichst vielen Sprachen. Zur Aufgabe des Büros gehört aber auch, die eigne Homepage bekannt zu machen.

4.2 Die Bodenrechtsbibliothek: a) Abteilung deutsche Sprache und b) Abteilung fremde Sprachen. die Abteilungen dann je nach Fülle des Materials wieder untergliedert in gedruckte Daten und Daten auf modernen Datenträgern usw.

4.3 Interdisziplinäres Forschungs- und Beratungszentrum für Bodenrecht. Die Gliederung der Arbeitsbereiche des Forschungszentrums kann nach mehreren Kriterien erfolgen. Beispiel für eine geographische Gliederung: Deutschland / Nord-, Süd-, West und Osteuropa / Nord-, Mittel- und Südamerika / u.s.w. . Eine Anwendungsorientierte Gliederung könnte nach Sachgebieten erfolgen wie: Raumplanung, Städtebau, Landwirtschaft, Bergbau, Gewerbe und Industrie, Verkehr zu Lande, auf dem Wasser und in der Luft, Politik und Rechtsprechung. Ein drittes Gliederungsschema könnte sich an Hand der Wissensgebiete bilden: Recht, Volkswirtschaftslehre, Betriebswirtschaftslehre, Soziologie, Sozialpsychologie, Theologie (alle großen Religionen), Politologie, Geographie. Eine vierte Gliederungsebene wäre dann noch: Geschäftsleitung, Finanzierungsabteilung, Forschungsabteilung, Haustechnik, Computertechnik, Vollversammlung, Aufsichtsrat (im Sinne der Geschäftskontrolle) und Kuratorium (als ein Kontrollorgan für Wissenschaftlich- und Überparteilichkeit).

4.4 Die Akademie für Erwachsenenbildung (Akademie Erdball, Gaia o.ä.) mit den Funktionen wie unter 3.2.7 beschrieben. Weil es aber viele Menschen gibt, die das, worauf es ankommt, mit den Herzen besser verstehen als sogenannte kluge Menschen mit ihrem Verstand, erscheint es mir wichtig, auch Einsatzfelder zu schaffen für mehr praktische Arbeiten. Der Akademie Erdball könnte - wenn sie z.B. in Gebäuden eines nicht mehr genutzten Gutes untergebracht werden kann - eine Abteilung experimenteller ökologischer Landbau und Werkstätten zur Vermittlung ökologischer Handwerkstechniken und ebensolche für den experimentellen Umgang mit umweltschonender Energiegewinnung und -verwendung angliedert werden. (Wir benötigen nach wie vor Brücken von der Handarbeit zur Kopfarbeit, wie auch umgekehrt.)

Immobilienfonds. Aus Finanzierungsgründen, sollten Gebäude und Grundstücke der genannten Institutionen eine gesonderte Vermögensmasse bilden. Es gibt viele Menschen, die für ein, fünf oder zehn Jahre DM 1000, 5000, 10000 oder 50000 zu einem Zinssatz, der einen Inflationsausgleich garantiert, dem Projekt als Darlehen oder wiederverkäufliche Anteilen überlassen wollen oder können, aber nicht bereit oder in der Lage sind, diese Beträge zu spenden. Wenigstens ein Teil des Finanzbedarfs kann so über revolvingende Kredite gegen relativ hohe Darlehensabsicherung oder Vergabe von Anteilsscheinen beschafft werden. Für den Auf- Aus- oder Umbau der erforderlichen Gebäude könnte zur Unterstützung der professionellen Handwerksarbeit ein internationales Aufbaulager für arbeitslose Jugendliche eingerichtet werden. (Wichtig wäre dann aber: Daß solche Jugendliche teilnehmen, die wollen und nicht solche, die nur sollen.)

Schlußbemerkungen (...)

Wenn das Projekt verwirklicht wird, entstehen spielend hundert qualifizierte Arbeitsplätze. Die Nützlich- und Notwendigkeit eines solchen Gesamtprojektes ist auch leicht einzusehen.

Aber ist das nicht alles - im Umfang - zu phantastisch beschrieben worden? Von der zu leistenden Arbeit her gesehen, eher zu bescheiden. Es bleibt zu hoffen, daß bei Erfolg, aber auch beim Scheitern des Vorhabens, in anderen Ländern ähnliche Einrichtungen entstehen.

Die Kosten für Immobilien, Inventar, Sachaufwendungen und Löhne summieren sich zu - auf dem ersten Blick - erdrückenden Zahlen. Volkswirtschaftlich gesehen, reduzieren sich die Kosten auf der anderen Seite aber bei den Arbeitslosen. Wir müssen auch fragen: „Was kostet die gleiche Zahl von öffentlich Bediensteten, die häufig nur sich selber oder irgendein Subventionsprogramm verwalten dürfen?“ „Was kostet die gleiche Anzahl von Soldaten und ihre Ausrüstung?“ „Welche friedenssichernde Maßnahme ist effektiver?“ „Wieviel Menschen müssen unnötig darben oder weiterhin vorzeitig sterben oder auch nur den Glauben verlieren, daß die hohen Werte: Freiheit, Gleichheit und Geschwisterlichkeit jemals mit dem Attribut „glaubwürdig“ versehen werden können, wenn die Arbeit, die hier als eine Notwendende beschrieben wurde, unterlassen wird?“

Nachtrag: Bundeskanzler Gerhard Schröder sagte am 7. Oktober, am Tage als in Jugoslawien die Opposition die Regierungsgewalt übernommen hatte, sinngemäß. Der militärische Einsatz sei ja nicht nur ein moralische Frage, sondern auch eine ökonomische. Es sei billiger in den Frieden zu investieren als in den Krieg. Nun könnte ich hinterher rufen: „Aber nicht so rentabel!“ Der Rentabilitätsanspruch des Geldkapitals ist in der Tat das größte kriegstreibende Element in der Welt. Das ist aber ein neues Thema. Ich will Schröders Ausspruch hier aber so verstehen, als würde er den BürgerInnen, die sich dem Bodenrechtsthema zuwenden wollen, zu rufen: „Fangt endlich an, bevor der nächste Krieg ausbricht!“

Zum Ausklang Zitate aus:

Traumfänger - Die Reise einer Frau in die Welt der Aborigines von Marlo Morgan

„Aber wir in unseren so-geannten zivilisierten Gesellschaften ignorieren die Kraft der Gedanken, weil es ja eine Modeerscheinung sein könnte. Statt dessen sind wir uns einig: Lieber noch ein bißchen abwarten und sehen, wie es bei den wenigen Versuchen funktioniert.“ ... (Eine auf die Medizin bezogene Aussage / S. 136)

„Der Stamm der 'Wahren Menschen' ist der Überzeugung, daß die Menschheit als Ganzes den evolutionären Lernprozeß noch nicht abgeschlossen hat. Die Welt entwickelt sich nach wie vor weiter, sie ist ein Projekt, das noch lange nicht beendet ist. Die Menschen sind zu sehr mit dem aktuellen *Sein* beschäftigt, um *werden* zu können.“ ... (S. 138)

„Auch von der Schlange, die durch den Wüstensand gleitet, können wir etwas lernen, wenn wir sie betrachten, wie oft sie ihre äußere Hautschicht abwirft. Wenn man von den Dingen, die man mit sieben geglaubt hat, mit siebenunddreißig immer noch überzeugt ist, hat man in seinem Leben wenig dazugelernt. Es ist notwendig, sich hin und wieder von alten Überzeugungen, Gewohnheiten, Meinungen und sogar Weggefährten zu trennen. Für die Menschen ist es oft sehr schwierig loszulassen. Das Abwerfen ihrer alten Haut bedeutet für die Schlange weder Verlust noch Gewinn. Es ist einfach nur notwendig. Wo kein Platz ist, kann auch nichts Neues gedeihen.“ ... (S. 139)

000000

Anzeigen aus der Zeitung für Nächstenliebe Nr. 272 Oktober

Ein interessantes Angebot....

Anlässlich des Jubiläums der INWO-Österreich bieten wir alle Bände
DDr. Johannes KLEINHAPPLS statt um 2.430,- zum ermäßigten Preis von 50%
an. Wenn Sie jetzt bestellen, zahlen Sie für alle 5 Bände nur 1.215,- ATS
[€ 88,30]. Das Sonderangebot gilt bis 10. Dezember 2001.

Die einzelnen Bände:

Bd 1 „Christliche Wirtschaftsethik“	414 Seiten	450,-
Bd 2 „Christentum und Kapitalismus“	384 Seiten	490,-
Bd 3 „Kirchliche Kapitalismuskritik“	375 Seiten	510,-
Bd 4 „Soziales Christentum“	424 Seiten	490,-
Bd 5 „Unus contra Omnes“	390 Seiten	490,-
Gesamtbetrag.....		2.430,-
Abzgl. 50% Rabatt (bis 10.12.01)		1.215,-

Das Angebot gilt solange der Vorrat reicht.

Das Angebot gilt nur bei Bestellung aller 5 Bände zuzüglich Versand porto.

Ihre Bestellung richten Sie an die INWO-Österreich,

Staudingergasse 11, A-1200 Wien;

Tel.: +43 (0)1 330 04 25 Fax 19.

Email: frat-hifa-inwo@netway.at

Univ. Prof. DDr. Johannes Kleinhappl S.J. ist mit Abstand der größte Wissenschaftler für Ethik und Moral im 20. Jahrhundert gewesen. Schon lange bevor er 1946 an die Universität Innsbruck berufen wurde, beschäftigte er sich eingehend mit Fragen der Ethik und Moral, sowie sozioökonomischer Vorgänge in den praktizierten Wirtschaftssystemen. Die Schlussfolgerungen, die Kleinhappl zieht, sind ebenso messerscharf wie einmalig. Er war es auch, der zusammen mit Dr. Ernst van Loen, dem ehemaligen Kanzlerlektor aus Bonn, eine gedruckte Eingabe an die Vorbereitungskommission des zweiten vatikanischen Konzils erstellte und die Kardinal Bea S.J. intensiv unterstützte. Trotzdem wurde die Eingabe damals nicht auf die Tagesordnung gesetzt. Heute würde das vermutlich bereits anders aussehen. Die 5 Kleinhapplbände geben auch einen sehr interessanten Einblick in einen Abschnitt österreichischer Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der letzten 80 Jahre, den wir „normalerweise“ nicht kennen.

oooooooo

Achtung: Spitäler, Arztpraxen

In einem Gebiet Nordnigerias, in dem es bisher kaum ärztliche Versorgung gab, hat ein Mäzen Geld gegeben, um das kleine Landspital BURSARI Local Government Damaturu, Yobe State, Nigeria mit 48 Betten zu bauen. Diese Spital ist baulich fertig und wurde bereits in Betrieb genommen, was fehlt sind verschiedene medizinische Einrichtungen. Wir bitten alle unsere

Leserinnen und Leser, wenn Sie von aufgelassenen Arztpraxen wissen, oder von Spitälern, die ihre Geräte, Betten und div. Einrichtungen erneuern, lassen Sie uns das bitte wissen. Wir

wollen in Zusammenarbeit mit einem deutschen Staatsbürger, der schon viele Jahre in Österreich wohnt und 35 Jahre in Nigeria gearbeitet hat. gemeinsam mit dem nigerianischen Mäzen, das Spital funktionstüchtig machen.

Für folgende Abteilungen würden gebrauchstüchtige Geräte gesucht:

- > für das Ambulatorium
- > für die Chirurgie
- > für die Geburtshilfe
- > für das Labor
- > Radiologische Geräte zur Diagnose

Ihre Informationen, bzw. Angebote richten Sie bitte an die
HIFA-AUSTRIA, Staudingergasse 11, A-1200 Wien; Tel.: +43
(0)1330 04 25, Fax Klappe 19. Email: frat-hifa-inwo@netway.at.

Wir danken im Voraus für Ihre Mühe und Ihr Engagement!

00000

Zusammenstoß der Hegemonialinteressen

Ein Standpunkt von Gerhard Margreiter

(Aus R-Evolution - Alternativen zum Kapitalismus / Nr. 3, Okt./Nov. 2001
INWO International, Sektion Deutschland, INWO e.V., Max-Bock-Str. 55, 60320 Frankfurt)

George Bush junior ist - wie sein Vater - von den Ölgesellschaften an die Macht gebracht worden. George Bush junior will - wie sein Vater - einen Kreuzzug gegen das Böse unternehmen, um die Vormachtstellung der USA weiter auszubauen und vor allem, um den US-Ölgesellschaften besseren Zugang zu fremdem Öl zu verschaffen. Das Kriegsziel des Golfkrieges von 1991 war nicht die Entmachtung Saddam Husseins, sondern die Stationierung amerikanischer Truppen in Saudi-Arabien. Eine solche Stationierung war vorher vom Königshaus der Saudis verweigert worden. Gerade diese Truppen sind es, die dem Dschihad so großen Zulauf gebracht haben. Viele Moslems sind nicht damit einverstanden, dass sich die GIs in dem Land aufhalten, in dem die heilige Stätte Mekka liegt, zu der sie pilgern sollen.

Die Jagd auf den (angeblichen) Verursacher des Attentats auf das WTC ist nun ein exzellenter Vorwand, wiederum besseren Zuaang zu fremdem Öl zu bekommen. Die zukünftigen Ölausbeutungsgebiete liegen in Zentralasien, vor allem rund um das Kaspische Meer (Turkmenistan). Das Öl muss aber nicht nur gefördert, es muss auch abtransportiert werden. Eine Ölleitung geht durch russisches Territorium nördlich des Kaukasus und war von den Tschetschenen zeitweise blockiert worden. Eine zweite ist südlich des Kaukasus außerhalb Russlands in Richtung Schwarzes Meer im Entstehen. Und eine dritte Pipeline soll über Afghanistan nach Pakistan führen und im Hafen von Karachi enden. Um diesen Plan ausführen zu können, haben die USA seinerzeit die afghanischen Kämpfer gegen die Sowjetunion

unterstützt. Die Sowjetunion wollte diesen Weg auch frei haben. Der Taliban wurde vom CIA in Pakistan ausgebildet und mit Waffen versorgt. Darunter waren auch die sehr wirksamen Stinger-Raketen, die ein einzelner Kämpfer gegen ein Flugzeug abfeuern kann. Damit ist es den afghanischen

"Freiheitskämpfern" - so wurden sie damals glorifiziert - tatsächlich gelungen, die Sowjettruppen zu vertreiben. Die Sowjets hatten auch bereits begonnen, Erdgas zu fördern und über eine Gasleitung in ihr damaliges Gebiet zu leiten. Erdgas kommt im Norden Afghanistans reichlich vor. Die Gasleitung nach Norden wurde durch die kriegerischen Ereignisse zerstört.

Offenbar aber hatten die USA ihre Rechnung ohne die Taliban gemacht, die nicht willens waren, ihr Gebiet den Ölgesellschaften zur Verfügung zu stellen. Turkmenistan und Pakistan vereinbarten 1996 den Bau einer Erdöl- und Erdgaspipeline von Turkmenistan durch Afghanistan (über Herat und Kandahar) zum pakistanischen Hafen Karachi. Hinter dem Vorhaben steht ein Konsortium um die US-Ölgesellschaft UNOCAL. Seit ihrer Verweigerung haben die Taliban-Milizen nunmehr eine schlechte Presse und werden nicht mehr Freiheitskämpfer genannt. Jetzt wird ihr Umgang mit den Menschenrechten angeprangert, der vorher für westliche Begriffe auch nicht akzeptabel war.

Die Ereignisse vom 11. September sind für Bush und seine Gönner nun sehr günstig, denn es gibt jetzt einen vorzeigbaren Grund, in Afghanistan einzumarschieren und den bösen Taliban zu bestrafen. Obwohl selbst eine erfolgreiche Hatz auf Osama Bin Laden den erklärten Dschihad nicht wird stoppen können, man ist in der Lage, eine kolonialistische Kanonenboot-Operation als moralisch hochwertige Aktion zu verkaufen.

Da Bush diesen Schritt nun begonnen hat, ergibt sich daraus längerfristig ein Interessenkonflikt mit Russland und China. Russland hat seine Großmachtideen noch nicht aufgegeben und möchte die zentralasiatischen Energievorräte selbstverständlich auch gerne unter seiner Kontrolle haben. Militärisch steht Russland keineswegs mehr so arm da, wie man es uns hierzulande weismachen will bzw. wollte. Die Waffenproduktion läuft auf Hochtouren. Exportiert wird nach Iran, Indien und China. China hat ein kleines Stück gemeinsamer Grenze mit Afghanistan. China ist mittlerweile ein ernst zu nehmender Global Player. Es will Taiwan wieder in seinen Staat integrieren. China wird es nicht schätzen, wenn die USA Militärstützpunkte im Nachbarland errichten. In Zukunft wird auch in China das Interesse an Erdölvorkommen steigen. Die Zusammenarbeit von Russland und China ist auch bereits vertraglich vereinbart - siehe die "Moskauer gemeinsame Erklärung der Staatsoberhäupter von Russland und China" vom 18. Juli 2001, in der es heißt: "immer Freunde, niemals Feinde".

Da Bush nun seinen Überfall auf Afghanistan ohne jegliche UNO-Abdeckung und ohne öffentlich Beweise vorzulegen begonnen hat, ist der Weg in Richtung Dritter Weltkrieg eingeschlagen. Früher oder später werden die Hegemonialbestrebungen der USA in Asien auf Widerstand stoßen. Das absolut Unklugste, was Westeuropa in dieser Situation tun kann, ist die Unterordnung unter die US-amerikanischen Interessen. Der Dritte Weltkrieg findet dann zwangsläufig in Europa statt. Wohin sollte die russische Führung im Auseinandersetzungsfalle ihre Panzer rollen lassen, wenn nicht nach Westen, wo sich US-Militärbasen befinden?

Dass Russland unter Putin derzeit auf die Antiterror-Welle aufgesprungen ist, sollte nicht beruhigen. Diese Taktik erklärt sich aus der momentan gleichen Interessenlage. Putin hat mit den bisher so genannten Freiheitskämpfern in Tschetschenien ein sehr vergleichbares Problem, und auch generell mit dem islamischen Fundamentalismus in Zentralasien. Jetzt wird den Tschetschenen der ideologische und wohl auch der materielle Boden entzogen.

Als Überfallstäter wird - jedenfalls gegenüber der Dritten Welt - immer die USA dastehen. Welcher Terrorakt wird die Antwort auf das Feuerwerk in Afghanistan sein?

5.10.2001

Gerhard Margreiter, Jahrgang 1940,
war als Statistiker und Systemanalytiker
in verschiedenen wissenschaft-

lichen Arbeitsgruppen, zuletzt bei der UNIDO, Wien, tätig.

Weitergehende Informationen:

Zur Stationierung von US-Truppen in Saudi-Arabien:

- http://www.bsro.tue.bw.schule.de/projekte/2001/golf/operation_desertshield.htm

Zur wirtschaftlichen/geopolitischen Lage Afghanistans:

- <http://www.sai.uni-heidelberg.de/intwep/zingel/afgha-wi.htm>

Zu einem Rüstungserfolg Russlands:

- <http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/co/8428/1.html> (siehe "Wunderwaffe")

Allgemeine geopolitische Überlegungen:

- http://www.nadir.org/nadir/periodika/jungle_world/_99/29/15.htm
- <http://sef-bonn.org/publ/trends/trends2000/u371-397.pdf>

Kronberger, Hans: Blut für Öl. Der Kampf um die Ressourcen. Uranus Verlag 1998,
ISBN: 3-901-62608-5

Rashid, Ahmed: Taliban, Islam, Oil and the New Great Game in Central Asia. London,
New York: I. B. Tauris Publishers 2000.